CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 Nr. 51 Jahrgang 5 Dezember '88

00.2621 001 5 ##
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

125 Jahre Hoechste Zeit!

Über die Unvereinbarkeit von Kapitalismus, Ökologie und Menschenwürde

Red. Rhein/Main *Nicht nur die Alternativen jubeln auf Jubiläen. Ehemalige Mitglieder der IG-Farben durften in dem jetzt ausklingenden Jahr ihr 125-Jähriges feiern und hatten noch nicht einmal ein schlechtes Gewissen. So sahen wir uns dann veranlaßt, den Schwerpunkt der vorliegenden und den der nächsten Ausgabe der Situation in den Betrieben, den Lohn- und Profitverhältnissen und dem Umweltschutz zu widmen; vor allem auch nach dem Gewäsch unseres Oskars und Huberts.*

Auf der Suche nach einem ökologischen Frühwarnsystem schien uns und einigen anderen letztendlich nur eine Instanz einleuchtend, vertrauenswürdig und logisch.
Unser Vorschlag: Wie wär's mit dem Kollegen im Betrieb?

Dies freilich sieht die Chemie-Industrie, im Besonderen Hoechst-Arbeitsdirektor Justus Mische ganz anders: er hält ein Mitspracherecht der Arbeitnehmervertreter für einen „unzulässigen Eingriff in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit". Logisch – die nämlich wird gebraucht, um notfalls ins Ausland abzuwandern, sollten Genehmigungen zu lange dauern oder nicht erteilt werden, z.B. für die produktive Nutzung der Gentechnik.

Stattdessen wurde vor kurzem vom Arbeitgeberverband und der IG-Chemie die „Gesellschaft zur Information von Betriebsräten über Umweltschutz in der chemischen Industrie", kurz: CIBUCI, gegründet, da es einer „hohen Akzeptanz in der Bevölkerung bedarf". Dabei geht es der bundesdeutschen Chemie-Industrie seit sieben Jahren so gut wie noch nie, und die betroffenen Firmen stehen noch nicht einmal an der Spitze der führenden deutschen Unternehmen, obwohl sie in jeder geschichtlichen Situation ihren größtmöglichen Profit zu machen wußten. Wen die Meinung dieser Herren zum Thema interessiert, sei auf das „Handelsblatt" verwiesen; wir mochten ihnen keinen Zentimeter mehr Platz in unserer Zeitung gönnen. Dafür berichtet Heike Möser über eine Führung des *Hessenkollegs durch die* Hoechst AG Frankfurt (Seite 6, „Die Schuld gegenüber den Aktionären")

Bayer – ebenso wie die Hoechst AG ehemaliges Mitglied der IG-Farben – steht seit Jahren unter der Beobachtung der Koordinationsgruppe gegen Bayer-Gefahren. Uwe Friedrich beschreibt die Arbeit der internationalen Gruppe und weiß zudem einiges über die Herstellung und Verbreitung von Pestiziden im In- und Ausland zu berichten. (Seite 7, „Aktuell und brennend!")

Eine ganz spezielle Art von Umweltschutz – man könnte sie als Beispiel ökologischen Kapitalismus' bezeichnen – hat Thyssen entdeckt: man nehme die jahrelang selbst verseuchten Böden und schlage aus ihnen Profit, nachdem den die Stahlverarbeitung nicht mehr abwirft. Über die Hintergründe und das Verfahren berichten Uli Wagner (Seite 7, „Wehe, wenn sie die Umwelt entdecken!") und Armin Thiemann (Seite 8, „Vom Stahlstandort zur Müllkippe?")

In der nächsten Ausgabe gehts dann weiter mit Beiträgen zum Einstieg in die produktive Nutzung der Gentechnik, zur speziellen Lage der Frauen im Kapitalismus, zur Geschichte der IG Farben, zum Wandel der Gewerkschaften am Beispiel Boehringer/Mannheim.

Derweil zieht Uli Briefs, MdB die GRÜNEN, noch in dieser Ausgabe eine Art Zwischenbilanz mit Schwerpunkt auf die Selbstverwaltungswirtschaft (Seite 8, „Sackgasse der Selbstausbeutung oder Perspektive der Selbstentfaltung?"), da immer wieder deutlich wird, daß wir uns im Kampf um unsere Lebensgrundlage nicht auf staatliche Gesetze, nicht auf Politiker und nicht auf Arbeitgeber verlassen können, sondern letztendlich nur der Protest des Selbstbestimmten Menschen – des mündigen Bürgers – tatsächliche Veränderungen bewirken kann.

Fortsetzung Seite 6

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

125 Jahre Hoechste Zeit!

Das ökologische Frühwarnsystem ist der Kollege im Betrieb Petra Inden Seite 6
Die Schuld gegenüber den Aktionären... Heide Möser Seite 6
Aktuell und brennend Bayer, Uwe Friedrich Seite 7
Wehe, wenn sie die Umwelt entdecken Ulrich Wagner, Hattingen Seite 7
Vom Stahlstandort zur Müllkippe? Armin Thiemann, Hattingen Seite 8
Zum Thema Selbstverwaltung Ulrich Briefs, MdB Seite 8

Ökobank:

Eine Bank zwischen Müsli und Jäger 90?

Hinweise zum Ökobank-Partner R+V Versicherung
Geschäfte mit Rüstung, Südafrika und Atomwirtschaft

Red. Bremen In dem Mitteilungsblatt der Ökobank war in Oktober dieses Jahres zu lesen, daß selbiges Kreditinstitut mit der R+V Versicherung zusammenarbeite.
Wir erinnern uns: Als die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre in ihrer vollen Blüte stand, wurde in die Diskussion geworfen, das Geld der „Szene", das im Geldkreislauf der Großbanken zirkulierte, sinnvoller einzusetzen. Kontenbewegungen als Unterstützung für ökologisch sinnvolle Produkte und selbstverwalteter Projekte waren angesagt. Anläßlich des evangelischen Kirchentages 1987 wurde zum Beispiel unter dem Motto . „Mit 10 Ökomark spenden Sie 2 DM für die Arbeit der Aktionsgemeinschaft Kirchentag gegen Apartheid" für die Bank-Initiative geworben. Bekanntlich ist gerade im Kirchenspektrum das Projekt Ökobank auf fruchtbaren Boden gestoßen.

Der „Sündenfall" kam schneller als erwartet: Als ein Beweggrund der Ökobank, warum sie gerade mit der R+V Versicherung zusammenarbeiten will, wurde unter anderem angeführt, daß die R+V genossenschaftlich organisiert sei, kein Geld in die Rüstungsindustrie gebe und nicht mit der Atomwirtschaft zusammenarbeite. Doch durch die eingegangene geschäftliche Verbindung haben sich die Frankfurter Öko-Banker auf einen Partner eingelassen, der genauso arbeitet wie traditionelle, nicht- genossenschaftliche Unternehmen. Er ist genauso verflochten mit der Rüstungsindustrie und der Atomwirtschaft. Er investiert ebenfalls in Ländern der Dritten Welt, partizipiert an der Ausbeutung schwarzer Minenarbeiter in Südafrika, erwirtschaftet Dividenden für seine Genossen durch Abschreibungsmodelle und setzt Millionen DM ihrer Anleger durch Fehlspekulationen in den Sand.

Fortsetzung auf Seite 14

CONTRASTE als Beachparty? und Neuer Abotrend bei CONTRASTE?

CONTRASTE-Intern **auf Seite 2**

Kreuzberger Abgründe

In unsere Oktober-Ausgabe berichteten wir über Auseinandersetzungen in Berlin-Kreuzberg um Projekte, auch bekannt unter dem Begriff „Kübelgeschichten". Unter dem Titel **„Ein Ja zum Nein, oder: Autonomie contra soziale Integration"** wird die Diskussion über die Anwürfe gegen Stattbau Berlin fortgeführt.

Seite 4

Außer Spesen nichts gewesen

So jedenfalls wertet unser Autor Helmut Creutz das Ergebnis des IWF-Spektakels in Berlin. Für ihn gilt dies auch für die Gegenveranstaltungen, auf denen fast überall nur Symptome und Symptombehandlungen diskutiert wurde.
Ein Diskussionsbeitrag, der, weil letztendlich auch nur der Zins, die Geldordnung und die Fehler der Geldtechnik kritisiert wird, hoffentlich zum Widerspruch reizt...

Seite 5

Frauen und Wirtschaft
Kongreß in Berlin

„Die Umarmung dieser Frauen haben wir nicht verdient..." so das Resumee von Biggi Business in ihrem Beitrag über diesen vom Bangemann's Ministerium veranstalteten Kongreß. Mit dabei waren u.a. Frau Lambsdorff, Frau Schwarz-Schilling, Frau Süßmuth, eine grüne Dame aus Bonn und ...
Frauenräume – Frauenträume? Ein Beitrag von Daniela Hansen über eine Fachtagung in Kiel

Seite 9

Eigenständige Regional-entwicklung

Alles über den Begriff und dessen versuchsweiser Umsetzung in Hessen (während der rot-grünen Koalition). Beiträge von Albert Herrenknecht (BaWü) und Hilde Brandt (Hessen) auf

Seite 10/11

Außerdem in dieser Ausgabe

Parteien und SV-Ökonomie Fortsetzung Grüne Ökofonds und SV-Wirtschaft Seite 3
Kooperativ vermarkten! Burghard Flieger Seite 3
Ernst Bloch und das Böse Aus dem Salencina-Tagebuch von E. Holler Seite 12
Wo ist die Service-Seite? Erstmals wieder im Januar 1989!

CONTRASTE als Beachparty?

Red.Heidelberg Die Februarausgabe wird im sonnigen Süden produziert!

Als Medienexperiment erster Sahne soll die Februarausgabe unserer Zeitung in die Geschichte alternativer Pressearbeit eingehen. Zu Weihnachten und Neujahr veranstaltet CONTRASTE ein Workcamp in Tarifa (bei Gibraltar). Dabei sein werden der Heidelberger CONTRASTE-Betrieb mit seiner Produktionstechnologie, seine Frankfurter Computerfachleute, CONTRASTE-AutorInnen aus In- und Ausland (das Redaktionsplenum will tagen), und VertreterInnen einiger Organisationen und Verbände der Alternativszene. (von der ... bis zum ID Amsterdam).

CONTRASTE am Rande Europas

Ganz am Ende Europas versammelt sich (fast) die gesamte CONTRASTE-Seilschaft natürlich nicht nur deshalb, um vor dem plötzlichen Wintereinbruch zu fliehen. Und den armen Zurückgebliebenen sei auch versichert, daß die unökologische Kfz-Kilometergesamtzahl durch MFG-Organisationen minimiert werden soll. Auch Spesenrittertum ist nicht gefragt – ihre Ausgaben bestreiten CONTRASTE- Globetrotter selbstredend aus eigener Tasche.

Auch die gesamte Workcamp-Veranstaltung wird natürlich keine reine Beach- Party an den herrlichen Stränden der Costa de la Luz. Das Redaktionsplenum verordnete sich ein Programm. Der Betrieb soll die Produktion gewährleisten und selbstorganisierte Diskussionen und Recherchen werden von allen TeilnehmerInnen angestrebt, um im Februar zum Schwerpunktthema **Europäischer Binnenmarkt 1992** zu veröffentlichen (nur die Computerfreaks arbeiten an einem eigenen Medienthema ... und wir alle an einem ganz neuen Produktionserlebnis).

Das durch seine frischen Winde ohnehin kaum der Südsee gleichende Ambiente der Meerenge zwischen Afrika und Europa soll, vermittelt durch unsere Berichte, unserer Leserschaft und den daheimgebliebenen SelbstverwalterInnen den ganzen Themenkomplex Binnenmarkt gleich in zweierlei Hinsicht deutlicher und begreifbarer machen:

Wie sieht ein Europa ohne Grenzen von unten nach oben betrachtet aus?

In Tarifa werden wir uns in einer derjenigen Regionen Europas befinden, wo viele ohne geregeltes Einkommen auskommen müssen. Wo es zur Überlebensfrage wird, das Leben in die eigene Hand zu nehmen, und in diesem Sinne selbstzuverwalten.

Und wie werden die Zaungäste diese Entwicklung zum Binnenmarkt wohl erleben?

Der schwarze Kontinent liegt quasi „vor der Haustür unseres Workcamps" – schon bei der Anreise wird auf der Route Bordeaux-Algeciras die (neben der Autoput Jugoslawien) wohl wichtigste Fremdarbeiter/ImmigrantInnen-Route zu befahren sein. Und die vorbeiziehenden Karawanen marrokanischer FranzösInnen (Markenzeichen: gigantische Dachlast auf vollbesetztem Auto) wird schwerlich die Frage vergessen lassen, **wer an der europäischen Entwicklung teilhaben und wer von ihr ausgeschlossen werden soll.** Längst vergangene IWF-Debatten werden wieder aufleben.

CONTRASTE international

Die Grenzen der Möglichkeiten eines modernen Mediums in einer „grenzenlosen Zukunft" zu erkunden wie die Diskussion hierzu und zu Nachteilen und Chancen, neuen Grenzen und Perspektiven des Binnenmarktes zu internationalisieren ist gleichermaßen Ziel der gesamten Aktion. Unmittelbar vor der Abreise, während der Produktion der Januarausgabe, die im Kasten sein muß, um loszufahren, werden Nachrichten an Adressen in Italien, Frankreich, Portugal und ins Baskenland verschickt – vielleicht entsteht ein europaweites KorrespondentInnennetz.

Bereits jetzt sei angekündigt, daß alle Beiträge und Vorlagen zum Thema berücksichtigt werden können, die uns **bis 15. Dezember in Heidelberg** erreichen. Schwerpunktgestaltung und Endredaktion wird jedoch von den TeilnehmerInnen des Workcamps zu leisten sein. Sie werden auf Anfrage in der Bar „Telefax"/Tarifa telefonisch erreichbar sein (genauere Information auf Nachfrage vor der Abreise aus Heidelberg).

In der Februarausgabe stehen dann Artikel über deren Verlauf dieser einzigartigen Aktion, und ob sie mehr gebracht hat als eine beachparty für CONTRASTE...

Wann ist CONTRASTE wieder erreichbar?

Vom 16.12.88 bis einschl. 15.1.1989 ist das Heidelberger Büro geschlossen. Ebenfalls nicht erreichbar sind in dieser Zeit die Redaktionen Rhein/-Main, Kassel und Nürnberg. **Post** könnt Ihr natürlich schicken, sie wird auch bearbeitet! **Anzeigenschluß** für die Februar-Ausgabe ist am **16. Januar 1989.** Zu diesem Zeitpunkt sind wir auch wieder zu erreichen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ich beiße auf den Maulkorb

Die inhaltlich gedachte Einführung in den November-Schwerpunkt enthielt persönliche Erklärungen eines Teiles der Bonner Redaktion, die einige Unrichtigkeiten beinhalten. Dies leider inkognito, da vergessen wurde, persönlich zu zeichnen.

Gegendarstellung:

1. Weder gibt es eine Redaktion Bonn, noch deren Arbeitsgruppe. Es gibt aber einen Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens mit Sitz in Bonn und einer Artikelsammelstelle für CONTRASTE. Es gab ferner eine informelle Zusammenarbeit am November-Schwerpunkt zwischen Thomas Schaefers (Verein zur Förderung...) und mir, welche sachliche Gründe hatte, da er als Mittler der SPD und ich als Fraktionsmitarbeiterin der GRÜNEN für den Bereich Selbstverwaltungswirtschaft, in das Thema involviert sind. (Michael Raetsch konnte an einer Vorbesprechung, nicht aber an der Realisierung teilnehmen, Ludger Porada trat nie in Erscheinung).
2. Diese wurde im März '88 beim Redaktionsplenum beschlossen, nachdem ich von CONTRASTE Heidelberg um eine Zusammenarbeit **in der o.a. Eigenschaft** ausdrücklich gebeten worden war.
3. Damit sollte zugleich ein **Probelauf** für den gemeinsamen Aufbau einer unabhängigen Bonner Redaktion stattfinden, die von Projekten und VernetzerInnen getragen wird. Dieser Probelauf ist gescheitert.
4. Gescheitert ist er aber nicht, wie suggeriert wird, aus Gründen der Unklarheit bei den GRÜNEN oder weil ich „frühzeitig im Besitz aller Papiere" gewesen wäre.

   Gescheitert ist er vielmehr, weil mir im September, zusammen mit einem unredigierten Papierstapel der SPD in mehr als doppeltem Umfang unserer Mengenplanung eine delikate Mitteilung von Michael Müller (MdB SPD) zukam; übermittelt und bekräftigt durch Thomas Schaefers. Sie enthielt die Warnung, ich möge die Papiere nicht „mißbrauchen" und meiner journalistischen Sorgfaltspflicht nachkommen. **Klartext:** Hier beginnt die redaktionsfreie Zone.
5. Nun hätte ich mir schon vor dieser herrschaftsfreien Kommunikation eher die Arme amputieren lassen, als SPD-Gut zu tangieren. Daher war ich umso betroffener, denn:
   a) setzt die Warnung, etwas nicht zu mißbrauchen, ein (unterstelltes) Interesse am Mißbrauch voraus, kommt also einer Kündigung der kollegialen Beziehung gleich,
   b) setzt die Möglichkeit, etwas zu mißbrauchen, logisch voraus, daß man es **ge** - brauchen kann.

   Beides war nicht der Fall, wie man unschwer dem Schwerpunkt entnehmen kann.
6. Anregungen bei der Planung bis hin zu Formulierungshilfen bei Anschreiben waren zunächst - ohne irgendwelche Zweifel an meiner „journalistischen Sorgfalt" - durchaus dankbar von Thomas aufgegriffen worden.

   Erst nach Fertigstellung des SPD-Materials stellten sich solche Zweifel ein.

Persönliche Erklärung von mir:
Ich bedaure, daß die Unabhängigkeit des Vereins zur Förderung des Genosssenschaftsgedankens solche Formen annimmt, daß der Druck seitens der SPD auf Vereinsmitarbeiter von diesen versucht wird, an Dritte weiterzugeben. Ich bedaure ferner, daß diese unselige Konstellation eine Zeitung für **Selbstverwaltung** trifft, die ihre politische Autonomie als zentralen Wert betrachtet.
Merke: Wer von Unabhängigkeit redet, ist noch nicht unabhängig.
Freie Vögel singen nicht von Freiheit - freie Vögel fliegen.

Ursela Brockner

Hinweis:

Der für unsere Oktober-Ausgabe angekündigte Beitrag mit den detaillierten Ergebnissen zum Kongreß „Perspektiven der Alternativen Ökonomie bis zum Ende des Jahrtausends" konnte aus Platzgründen nicht veröffentlicht werden. Dieser und andere Beiträge zum Thema sind im „Rundbrief Alternative Ökonomie" veröffentlicht worden.
Bestellungen für den Rundbrief:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 90

Neuer Abotrend bei CONTRASTE?

Red. Heidelberg Neues von der Abofront berichteten unsere Vertriebsmenschen in Heidelberg. In den vergangenen beiden Monaten konnte die Geschwindigkeit bei der Steigerung unserer AbonnentInnenzahlen verdoppelt werden. Dabei schlagen die von den Ökofonds der Grünen, den Netzwerken und der Ökobank in die Wege geleiteten Abobeaktionen noch nicht einmal zu Buche und auch eine von der Sozialistischen Verlagsauslieferung gesponserte Werbeverschickung an den linken Buchhandel (die einzige bisher abgeschlossene dieser direct-mailing-Aktionen) steigerte die Anzahl der Buchläden, in denen CONTRASTE zu kaufen ist, noch nicht ausreichend.

Der Abozuwachs ist nach genauerer Ananlyse als erstes Zwischenergebnis nach Auflösung des Ökobankvereins zu werten. Viele ehemaligen Vereinsmitglieder haben offenbar gemerkt, daß ihnen CONTRASTE seit Oktober fehlt, nachdem sie die Zeitung bisher über ihren (jetzt aufgelösten) Bundesverein bezogen haben. Weitere Mitglieder werden wohl nachziehen, wenn ihnen aufgrund der Beschlußlage der Auflösungsversammlung des Vereins in diesen Tagen ein Brief ins Haus flattert, in dem ihnen sämtliche Regionalverbände des Ökobankvereins nahelegen, CONTRASTE zu abonnieren, sich in den Regionalverbänden für den Bankaufbau in der Region zu engagieren und bekanntzugeben, daß sie fürderhin den CONTRASTE e.V.! als adäquate Bundesstruktur anerkennen und ermöglichen wollen, ein bundesweites Forum für Ökologie und Selbstverwaltung zu bieten.

Ziehen die Berliner mit?

Ob die Abosteigerung von Oktober/November anhält, oder gar als neuer Trend hochgerechnet werden kann, wird wesentlich von den Berlinern abhängen. Knapp 2.000 NetzwerkerInnen haben mit dieser Ausgabe das letzte von drei Werbeexemplaren in den Händen und müssen sich jetzt entscheiden, ob sie abonnieren. Auf einer Mitgliederversammlung Anfang Dezember will das Netzwerk darüberhinaus eine Diskussion über die Zukunft ihres eigenen, aufwendig produzierten, Mitgliederrundbriefes beginnen. Kooperationsangebote von CONTRASTE bestehen seit längerer Zeit und würden gewiß eine stärkere Einbindung bundesweiter Diskussionsprozesse hervorrufen.

So würden all diejenigen Berliner, die CONTRASTE noch nicht abonnieren, von der hitzigen Diskussion über die Zukunft der BAG-Netzwerke garnichts, oder erst sehr viel später erfahren. In der Januar-Ausgabe z.B. werden die fränkischen NetzwerkerInnen darstellen, warum sie so sauer über die bundesweite Netzwerk-Entwicklung sind und deshalb die Mitgliedschaft in der BAG-Netzwerke kündigen wollen... und dies unmittelbar vor der BAG-Bundesversammlung im Januar in Nürnberg.

Die Berliner könnten dies aber erst, wenn überhaupt, viel später erfahren, wenn ihr eigener Mitgliedsrundbrief dazu schreibt, oder – wie in der Vergangenheit schon öfter praktiziert – entsprechende CONTRASTE-Artikel übernimmt. Ein sehr unökonomisches Verfahren.

Daß Bedarf an dem bundesweiten Forum CONTRASTE existiert, zeigt auch überdeutlich die Entwicklung der Mitgliederzahlen des CONTRASTE e.V.. Der positive Trend der vergangenen Monate hielt an. Auch eine weitere Zahl belegt die Existenzberechtigung unserer Zeitung: CONTRASTE konnte in den vergangenen 20 Monaten die Zahl der Einzelabonnenten verdoppeln...

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

Kooperativ vermarkten!

Bauern-Städter-Genossenschaft in Bremen praktiziert eigenen Ansatz

Red.Heidelberg „Ein Weg im Rahmen der Erzeugung und Vermarktung ökologischer Produkte sowie Förderung umwelt- und gesundheitsschonender Verarbeitungsmethoden ist der Zusammenschluß von Produzenten und Konsumenten in kleinen dezentralen Selbsthilfe-Genossenschaften zur gemeinsamen Direktvermarktung von Naturwaren", heißt es in der Präambel der frisch gegründeten „Erzeuger- Verbraucher-Genossenschaft Bremen" i.G. Auf diese Weise soll, so heißt es in der Präambel weiter, „das Risiko der Vermarktung gemeinschaftlich getragen werden."

Burghard Flieger

Es ist seit Jahren die erste Genossenschaftsgründung in Bremen. In ihr wird versucht, die klassischen Vorbilder – landwirtschaftliche Genossenschaften und Konsumgenossenschaften – in einer Organisation miteinander zu verknüpfen. Daß dies gelingt, hat aufgrund der Vorerfahrungen der GründerInnen große Chancen. Arbeitet doch ein großer Teil der ersten 15 Genossenschaftsmitglieder schon seit Jahren in einer Food Coop mit.

Die Food Coop wird weiter bestehen bleiben. Ehrenamtliche Arbeit, enge persönliche Beziehungen und die überschaubare Mitgliederzahl begrenzen jedoch deren Wirkungsfeld. Die Genossenschaft soll professioneller arbeiten. „Unser Ziel ist, Menschen anzusprechen, die mit der Bio- Szene bisher nichts zu tun hatten, weil ihnen Zeit oder Geld fehlen", erklärt Gründungsmitglied Peter Bargfrede die Grundidee. Außerderdem sollen auch Erzeuger Mitglied werden können, die nach Möglichkeiten suchen, ihre Höfe auf biologischen Anbau umzustellen. Zu einer solchen Unterstützungsarbeit sind kleine Food Coops nicht imstande.

Wer sich an der Genossenschaft beteiligen will, muß mindestens 100,- DM und darf höchstens 1000,- DM einlegen. Sind erst einmal die angepeilten 500 GenossInnen beisammen, soll das Geld zum Aufbau eines eigenen großen Ladens mit bezahlter Arbeit dienen. In diesem werden nicht nur die Produkte der (bisher zwei) beigetretenen Erzeuger an die Mitglieder verkauft. Auf Wochenmärkten soll es zusätzlich einen freien Verkauf geben. Großküchen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Gemeinden und andere an gesundem Essen Interessierte können sich ebenfalls beliefern lassen.

Daß die Bremer Neugründung den erforderlichen langen Atem für das Erreichen dieser Ziele haben dürfte, zeigt die systematische Vorgehensweise. Nach mehreren kleineren Veranstaltungen ging man/frau nun mit einer Wochenendtagung über Konsum, Politik und Natur an die Öffentlichkeit. Unter dem Motto „Die Vermarktung selbst in die Hand nehmen!" wurde drei Tage lang viel problematisiert und diskutiert. Dabei wurden nicht nur Erfahrungen schon lange existierender Erzeuger- Verbraucher-Genossenschaften wie der BERSTA aus Österreich und der Wurzelwerk e.G. in Gütersloh zu Rate gezogen.

Auf der Abschlußveranstaltung befragten die Teilnehmer Vertreter des Revisionsverbandes deutscher Konsumgenossenschaften, des Bremer Wirtschafts- und Arbeitssenators und des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, welche Möglichkeiten der Unterstützung ihnen denn von diesen Verfechtern einer Neubelebung des Genossenschaftsgedankens zugesagt werden könnten. Das Bremer Förderungsprogramm, die Beratungsangebote des Revisionsverbandes und die „Brückenschlag"-Zusage des Genossenschaftsvereins klangen vielversprechend. Ob sie auch Wirkungen haben, wird einmal mehr erst die Zukunft zeigen.

Eine spezielle Problematik von Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften zog sich als roter Faden durch die gesamte Veranstaltung. Ist es möglich, zwei Interessengruppen langfristig unter einem Dach zu halten? Werden irgendwann Erzeuger oder Verbraucher dominieren oder wird es irgendwann sogar eine Genossenschaften der angestellten Mitglieder? Verbindendes Element, darüber war mensch sich einig, muß eine ideelle Zielsetzung, ein moralischer Überbau sein, der über die Eigeninteressen der Beteiligten hinausweist. Dem Ökologiegedanken und seiner stärkeren Verwirklichung wollen die Gründungsmitglieder deshalb viel Zeit widmen.

Foto: Eckhard Möller

Grafik Design im Atelierhof, Bremen

Bundes-Food-Coop

Ende Oktober fand der 4. Bundeskongreß der Food-Coop statt. Einen Bericht von Tom Albrecht, der für diese Ausgabe vorgesehen war, können wir aus Platzgründen erst in unserer Januar-Ausgabe abdrucken. Diese Ausgabe wird noch vor Weihnachten ausgeliefert.

Grüne Ökofonds und Selbstverwaltungswirtschaft

Fortsetzung zum Schwerpunktthema November '88: „Parteien und Selbstverwaltungsökonomie"

Arnd Grewer, Ökofonds NRW, Geschäftsführer

Red. Bonn Selbstverwaltungswirtschaft und Grüne Partei haben mehr gemeinsame Wurzeln als manch einer heute noch wahrhaben will. Allerdings wurden DIE GRÜNEN bei ihrer Parteigründung ein Schmelztiegel verschiedenster politischer Traditionen, von denen einige gestandenen linken Alternativökologen eher suspekt oder exotisch erscheinen – und umgekehrt.

Dennoch war die Idee, gemeinsam mit Initiativen und Alternativbetrieben politische Projekte zu organisieren und finanzieren, bei den GRÜNEN so stark verwurzelt, daß mit den Jahren in allen Bundesländern Ökofonds eingerichtet wurden.

Beim Ökofonds der GRÜNEN NRW ist ein Hauptschwerpunkt die Förderung von und Zusammenarbeit mit alternativen ökonomischen Projekten. Die Gründe für diese Schwerpunktsetzung sind:
Projekte bieten konstruktive Alternativen für ein neues Leben und Arbeiten an; sie verwirklichen in Ansätzen drei der vier grünen Grundsäulen, indem sie selbstbestimmt, sozial und (möglichst) ökologisch arbeiten; damit nehmen sie eine Modellfunktion für eine grüne Wirtschaftspolitik ein.

Schließlich wollte der Ökofonds etwas von der Benachteiligung aufheben, die Kollektiven im Wirtschaftsleben entgegenschlägt (Kreditvergabe).

Zusammenarbeit

Der Ökofonds hat den Anspruch, gemeinsam mit den Projekten rauszuarbeiten, wie das jeweils anvisierte Vorhaben verwirklicht werden kann. Dies wird zum einen erschwert durch die Antragssituation: AntragsstellerIn mit bestimmten Vorstellungen, Wünschen und Hoffnungen hier – Ökofonds mit bestimmten politischen Vorgaben da. Zum anderen will der Ökofonds auch Entwicklungen steuern, eigene Akzente setzen, Projektvernetzung anregen und Modelle einer Einzelförderung vorziehen.

Dadurch entsteht ein Spannungsverhältnis, das sich in originellen Ideen und neuen Wegen, aber auch im „Aneinandervorbeireden" und gegenseitigem Frust entladen kann.

Grundsätzlich haben die Initiativen und Projekte aber die Chance, ihre politischen Forderungen und (Alltags-)Bedürfnisse durch die Ökofonds anschaulich in die grüne Partei hineinzutragen. Das Verhältnis zueinander wird auch geprägt durch die Veränderungen während der letzten Jahre: ist bei den GRÜNEN vieles formalisierter, verkrampfter, eben parteimäßiger geworden, fand bei den Inis und Projekten häufig eine Änderung der Projektstruktur statt, die Grenze von reiner Initiativarbeit über Arbeitsplatzschaffung (ABM!) bis zu echten selbstverwalteten Betrieben wird zunehmend fließend, der Professionalisierungsgrad steigt. Ganz zu schweigen von den Scharen hoffnungsfroher JungunternehmerInnen, die sich selbst als Projekt verstehen bzw. verkaufen wollen...

Was wollen DIE GRÜNEN?

Sind die Ökofonds nun Ausdruck grünen Interesses an der Selbstverwaltungswirtschaft oder kaschieren sie nur das Desinteresse an diesem Bereich? Anzeichen gibt es sicherlich für beides. Innerparteilich und programmatisch sind Fragen der Selbstverwaltungswirtschaft kein Thema bei den GRÜNEN. Die großen Wirtschaftsstrategen streiten sich lieber um den großen gesamtwirtschaftlichen Wurf, um den rechten Sozialismus oder den Ökokapitalismus als Ausweg. Eine Beschäftigung mit dem wirtschaftlichen „Unterhaus" Alternativökonomie ist ihnen viel zu popelig und zu wenig publicity-trächtig. Da kommt es gerade recht, daß Fragen der Alternativökonomie im Ökofonds abgehandelt werden, als – zwar unbewußt geschaffene – Spielwiese mit Alibi und Ersatzfunktion für fehlende Diskussionen.

Andererseits sind durch die Ökofonds Förder- und Kontaktstrukturen geschaffen worden, die Entwicklungen aus der Projekteszene in DIE GRÜNEN hineintragen und an denen innerparteilich nicht mehr vorbeizusehen ist. Eine Förderung von Initiativen und Projekten von über 10 Millionen DM (die genauen Zahlen weiß niemand, da es keine zentrale Erfassung gibt) seit Einzug in den Bundestag durch DIE GRÜNEN ist auch kein Pappenstiel – insbesondere verglichen mit den paar hundert Mark, die SPD-Abgeordnete kürzlich unter großem Presserummel an das Arbeitslosenzentrum Dortmund spendeten.

DIE GRÜNEN als Träger einer selbstverwaltungsfreundlichen Politik

Die Altparteien wollen und können die Ziele der Selbstverwaltungswirtschaft nicht nachhaltig unterstützen. Als wirtschaftsliberale Partei kann die FDP unmöglich die eher libertär-kollektivistischen Ideen der Selbstverwaltungswirtschaft heutiger Ausprägung unterstützen, vielmehr subsummieren einige gutmeinende FDPler diese unter ihre Kleinkapitalistenförderungspolitik – haarscharf meilenweit daneben, meine Herren!

Bei der CDU hat das Thema allenfalls Platz als „Soziale Selbsthilfe entlastet den Sozialstaat"-Programm Fink'scher Ausprägung.

Die SPD hat in Münster mit den GRÜNEN programmatisch scheinbar gleichgezogen und propagiert nun wieder das selbstverwaltete Wirtschaften, sofern es sich „Genossenschaft" nennt. Warum dieser Ansatz an den Bedürfnissen der Projekte vorbeigeht, kann hier nicht weiter ausgeführt werden. In erster Linie mangelt's an der praktischen Umsetzung. Der Parteivorstand prüft nun die Einrichtung eines „Genossenschaftsfonds", von dem „Projekte unterstützt werden, die von SozialdemokratInnen initiiert und getragen werden "(Originalbeschluß Münster).

Na, da wird sich die Selbstverwaltungswirtschaft aber freuen!

Ansonsten entwickelt die SPD Scheinaktivitäten auf einer Hyperebene (Europakoordination der Genossenschaften!) und kauft fleißig die Selbstverwaltungstheoretiker und die Beraterszene ein. Gutes Beispiel ist hier NRW: Landeskreditprogramm für Neugründungen, das aber gerade politisch interessanten Selbstverwaltungsprojekten überhaupt nicht weiterhilft, und ABM-Stellen für Berater und Selbstverwaltungsfunktionäre.

Die SPD kann nichts Ernsthaftes für die Selbstverwaltungswirtschaft unternehmen, da ihre Klientel als sowohl gewerkschafts- wie auch bürgerlich orientierte Volkspartei eine völlig andere ist.

Bleiben DIE GRÜNEN als HoffnungsträgerInnen. Ob über DIE GRÜNEN eine Politik des selbstbestimmten Arbeitens transportiert und verwirklicht werden kann, hängt in erster Linie von der „Szene" selber ab. Zur Zeit sieht es eher so aus, als ob die Projekte damit beschäftigt wären, alle angebotenen Beratungs-, Arbeitsbeschaffungs-, Förderungs- und sonstige Programme doppelt und dreifach auszulutschen. Statt dessen wäre es sicherlich angesagt, politisches Profil zu entwickeln und Druck zu entfalten. DIE GRÜNEN sind ein politisches Instrument, auf dem mensch spielen kann – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wenn Ihr nicht drauf spielt, liebe Leute, gibt's auch keine Musik ...

Für die Selbstverwaltungswirtschaft gibt es noch jede Menge Möglichkeiten und Angebote, auf die Politik der GRÜNEN einzuwirken. Ob sich dabei der Weg des direkten gesellschaftlichen Wirkens wie über die Ökofonds oder die parlamentarische Arbeit als effektiver erweisen, oder ob sich beide notwendigerweise ergänzen müssen, ist eine alte grüne Gretchenfrage. Auf jeden Fall würde sich eine kritische Auswertung des Experiments „Hessenknete" als Grundlage für weitere Überlegungen anbieten.

fischer alternativ

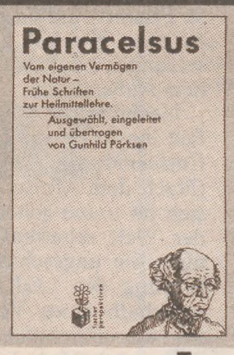
Bd. 4124 DM 10,80
Die Errichtung einer Abfall-Deponie oder einer Müllverbrennungsanlage sichert nicht von selbst eine intakte Umwelt. Im Gegenteil: Solche Einrichtungen können den Abfallberg erst recht anwachsen lassen. Demgegenüber entwerfen die Autoren eine Strategie der Vermeidung von Abfall oder einer kostengünstigen Wiederverwertung (Recycling) von Abfällen.

Bd. 4117 DM 14,80
In diesem Buch berichten engagierte Wissenschaftler von der Gefährdung durch Pestizide. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den Langzeitwirkungen einzelner Produkte. Die Autoren und Autorinnen wollen damit dem Leser helfen, sich über die Gefährlichkeit dieser Substanzen ein eigenes Bild zu machen.

Bd. 4114 DM 12,80
Seit Jahren wird vor den Folgen eines gedankenlos expandierenden Tourismus gewarnt. Schon lange wurden und werden Konzepte für einen angepaßten Tourismus erarbeitet und umgesetzt. In diesem Band werden Probleme erörtert, Perspektiven aufgezeigt und Ratschläge gegeben.

fischer perspektiven

Bd. 4189 DM 16,80
Die offizielle Wirtschaftspolitik scheint nicht imstande zu sein, Vollbeschäftigung und eine unversehrte Umwelt zu garantieren. Die Verfasser dieses Buches sind der Ansicht, daß nur eine neue Investitionspolitik und eine Umverteilung sowie Neustrukturierung der Arbeit dieses Problem lösen werden. Eine ökologisch angepaßte Wirtschaft beruht auf Erwerbsarbeit und informeller Arbeit.



Bd. 4187 DM 9,80
Paracelsus (1493-1541) gehört zu den wirkungsvollsten Gestalten der europäischen Medizin. Sein Werk bildet den Markstein zwischen Mittelalter und Neuzeit, zwischen Magie und Wissenschaft. In einer bilderreichen Sprache hat er die Heilmittellehre auf eine neue Grundlage gestellt: »Der Arzt kann nur Krankheiten heilen, wenn er Himmel und Erde kennt.«

Bd. 4186 DM 12,80
Wie verhalten sich Leib und Seele zueinander? Seit Menschen über sich selber nachdenken, wurde auch diese Frage gestellt. In diesem Buch entwickelt der Autor, seinen Lösungsansatz: Psychisches und Physisches hängen zwar zusammen, zwischen beiden gibt es aber ein Medium. Dieses läßt sich nach den Prinzipien der Psychokybernetik, die hier dargestellt werden, erfassen.

Fischer Taschenbuch Verlag

Ein Ja zum Nein, oder:

Autonomie contra soziale Integration

Stattbau, Stadtplanungsentwicklung GmbH

Red. Heidelberg Die Idee, einen Selbsthilfeträger zu gründen, welcher Wege einer möglichen Legalisierung aufzeigen sollte, ist durch die Initiative mehrerer besetzter Häuser in der Winterfeldtstraße in Schöneberg entstanden. Im Mai 1982 wurde unter der Bezeichnung „Netzbau gemeinnützige Stadtentwicklungsgesellschaft" eine GmbH gegründet, deren einziger Gesellschafter Netzbau Selbsthilfe e.V. war.

Gertrud Trisolini

Neue Gesellschafter waren der Verein „Leben im Stadtteil", welcher überwiegend aus seriös-prominenten Paten bestand und der Bewohnerverein des Blocks 103 Nachbarschaft und Selbsthilfe. Stimmberechtigt im Aufsichtsrat der Stattbau GmbH sind mit 50% die Bewohner, 25% Leben im Stadtteil (LiST), mit 25% die evangelische Kirche und Mitarbeiter bei Stattbau sowie der Mieterverein. Allen Beteiligten war klar, daß Stattbau als Feigenblatt den Alibiblock 103 übertragen bekam, während drumherum munter drauflosgeräumt wurde. Die vom Gesamtbesetzerrat geforderte Gesamtlösung war längst unterlaufen, die Spaltung in Verhandler und Nichtverhandler hinterließ noch heute spürbare Wunden. „Rette sich wer kann" schien die Devise.

Im Oktober 1983 nimmt „Stattbau" seine Tätigkeit vor Ort auf. 360 Bewohner in 13 Häusern stimmen folgenden Sanierungszielen zu:

- im Sanierungsvertrag zwischen Stattbau und Senat ist das Selbstverwaltungsprinzip für die Bewohner ausdrücklich verankert
- die Erneuerung der Gebäude muß an den Bedürfnissen der jetzigen Bewohner orientiert sein (Wohnraum für Großgruppen)
- die Selbsthilfegruppen werden bei der Erhaltung und Verbesserung der Bausubstanz unterstützt und beraten
- es soll besser, billiger und bewohnergerecht saniert werden
- die hiesigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sollen über die Stadtreparatur gestärkt werden
- Kreuzberger Betriebe sollen angemessen an der Stadterneuerung beteiligt werden
- Erneuerung darf zu keiner Vertreibung der Mieter führen
- bezahlbare Mieten, ohne auf Wohngeld- oder Sozialamtszuschüsse angewiesen zu sein
- keine weitere Bodenspekulation; Neutralisierung von Grund und Boden
- Sanierung soll unter ökologischen Gesichtspunkten durchgeführt werden.

All dies sollte im Einklang mit allen Beteiligten in einem Zeitraum von 5 Jahren geschaffen werden.

Aus „sozial-hygienischen" Gründen wurden in den besseren Wohnquartieren die Häuser jedoch abgeräumt, und „Netzbau" löste sich aus Protest gegen die Räumung Maaßenstraße am Winterfeldtplatz auf.

Im Dezember 1982 gab eine Bewohnerinitiative der meisten besetzten Häuser im Block 103 eine Erklärung für das Fortbestehen des Sanierungsträgers ab – aus „Netzbau" wurde „Stattbau".

Stattbau als Hoffnungs-träger für akzeptable Wohnverhältnisse – oder: statt bauen, Stattbau

Die ehemaligen Besetzer wohnten nun seit 3 Jahren in diesen heruntergekommenen, teilweise im Sanierungsauftrag mutwillig zerstörten Häusern (warmer Abriß – das Losungswort für Hausbesitzer). Von der Legalisierung, dem Stück Ja-sagen zum Staat, der Verführung durch öffentliche Gelder, hatten sich viele zunächst einmal einen etwas wärmeren Arsch im „1. legal zugebrachten Winter" erhofft. Naiv waren alle in der Annahme, daß ein alternativer Sanierungsträger die Bauaufsicht außer Kraft setzen oder die sehr langsam mahlenden Senatsmühlen zu schnellerer Betriebsamkeit veranlassen könnte. Sanierungsauflagen und Bauvorschriften, der lange Weg, Fördermittel zu beantragen für eine „andere als 08/15-Sanierung", dazu ein Sammelsurium von jungen unerfahrenen Architekten und Selbsthelfern, sowie ein Apparat Stattbau, welcher sich zum Ziel gesetzt hatte, sich nach der Sanierung überflüssig zu machen, bewirkten, daß 2 Jahre vergingen, bevor die Baumaßnahmen überhaupt in nennenswerten Ausmaßen begonnen werden konnten. Eine provisorische Winterfestmachung der Häuser jagte die nächste undd die Vertreter der evangelischen Kirche drohten mit der Rücknahme ihres Kapitals, falls bis zum Winter 1986 keine Verbesserungen und größeren Baumaßnahmen durchgeführt sein sollten.

Stattbau etabliert sich – und die Bewegung wird Träger

„Eine Stärkung der Binnenstruktur im Block contra soziale Integration" war die Wunschvorstellung vieler. Die Autonomie der Häuser mußte gewahrt bleiben. Aktive BewohnerInnen organisierten sich im Blockbüro, um blockübergreifend die Baumaßnahmen zu organisieren und zu betreuen. Die Selbstverwaltungsstrukturen in den Häusern sollten damit unterstützt und ausgebaut werden. Betraut mit dieser Vielfalt von Aufgaben stellte sich für viele BewohnerInnen bald heraus, daß sie überfordert waren und auch keine Lust mehr hatten, all diesen Anforderungen und Sachzwängen gerecht zu werden. Viele wollten einfach „nur noch wohnen", und das möglichst subito.

Ein um sich greifendes Funktionärswesen der noch übriggebliebenen Blockaktiven war die Folge dieser Müdigkeitserscheinungen. Diese hielten das Banner der Selbstverwaltung hoch und forderten die Bewohner permanent nachhaltig auf, ihre ureigensten Belange nicht Stellvertretern zu überlassen. Die Hausbewohner organisierten sich in Hausvereinen, um Baumaßnahmen durchzuführen und die Übertragung der Verwaltung der Grundstücke im rechtlichen Sinne vorzubereiten. „Die Häuser" gaben sich Namen wie: ManCo e.V. (Manteuffelcooperative), Trittbrettfahrer e.V., I.P.A.D. e.V. (Interdisziplinäres Projekt für angewandte Daseinsforschung), Marianne 48 e.V., Oral e.V., N.U.S.S. e.V. (Nachbarschaft und Selbsthilfe), Verein zur Förderung des Wohlbefindens der Bewohner des Hauses Oranienstr. 5, Trend e.V. Strategien für die Jugend oder schlicht: Verein Manteuffelstr. 42.

Zur Befriedung – sprich: Arbeitsbeschaffung im Kiez

Stattbau hat sich immer als „gemeinnütziges Wohnungsbauunternehmen" verstanden, (wenn auch von Seiten des Senats die Gemeinnützigkeit nicht anerkannt wurde, weil Stattbau keine Kleinwohnungen baut), welches hausübergreifend Großgruppenkonzepte favorisiert und mit dem Auftragspotential über die Sanierung Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung anbietet. Motto: Die Kreuzberger bauen sich selber auf. Die Hausbewohner suchten sich also einen Architekten ihres Vertrauens und konnten mit dem zur Verfügung stehenden Geld nach den Regeln der Baukunst und nach ihren Fähigkeiten wie Firmen im eigenen Haus arbeiten. Die Instandsetzung wird mit 100% über Steuermittel bezuschußt; die Modernisierung müssen die Bewohner als Muskelhypothek abarbeiten. Die ökologischen Baumaßnahmen wie Stromerzeugung mit Solarzellen, Wärmekraftkopplung für Heizungs- und Warmwasser; Vertikalsümpfe zur Grundwasserreinigung und Wiederverwendung als Klospülung, Begrünung von Dächern, Fassaden und Höfen werden als experimentielle Maßnahme im innerstädtisch verdichteten Raum bezuschußt.

Die ehemaligen Besetzer sind nun mit „Häusle bauen" beschäftigt, und wenn sie keinen Bock drauf haben, machen Firmen die Arbeit.

Die sogenannten „Edelbesetzer", die's auf die Reihe kriegen mit der Selbstorganisation, arbeiten selbstbestimmt, und ihre Bezahlung entspricht den Preisen, zu welchen eine Firma gearbeitet hätte. Sie werden nach erbrachter Leistung bezahlt, sind entweder vom Hausverein angestellt oder arbeiten auf Werkvertragsbasis. Die sog. „Prolos" (Eigenbezeichnung), welche von ihren physischen Voraussetzungen nicht in der Lage sind, einen derartig aufwendigen Ablauf zu organisieren, oder dazu einfach keine Lust haben, arbeiten, falls sie wollen, für einen Stundenlohn von 11,47 über ein BSHG-Programm, 25 - max. 40 Stunden pro Woche. (BSHG = Bundessozialhilfegesetz). Im Vergleich dazu, ein Bauwerker (ungelernte Arbeitskraft) verdiente 1986 nach Tarif 13,80 DM. Entgegen allen anonymen Bekennerschreiben: keinem Stattbauhausbewohner wurde die Sozialhilfe gekürzt, wenn er keine Lust hatte auf Bauarbeiten. Von „Zwangsarbeit" zu reden, zeugt von Unwissenheit über die tatsächliche Situation. Innerhalb von wenigen Monaten haben 44 Stattbauhäuserbewohner die Arbeit mit den Bedingungen des BSHG-Programms soweit akzeptiert, um damit in ihrem eigenen Haus ihre Situation verbessern zu helfen.

Zum Vorwurf, Stattbau befriede die Bewohner, um sie von den Kämpfen der Straße fernzuhalten: Wache Beobachter der Hausbesetzerszene wissen, daß lange vor der Etablierung von Stattbau die revolutionäre Kampfbereitschaft der Besetzer auf dem Nullpunkt angelangt war. Richtig ist, daß durch die Legalisierung ein Anbinden der Bewohner an die erkämpften Freiräume stattgefunden hat. Über die Selbstverwaltung findet eine Konfliktverlagerung von oben nach unten statt. Vom Besetzer zum Besitzer sozusagen. Wir haben gefordert: die Häuser denen, die darin wohnen: Jetzt haben wir die Häuser mit langem Atem in der Verfügung und müssen uns mit diesem Widerspruch auseinandersetzen. Wir können uns nicht nur die Rosinen aus dem Kuchen nehmen und permanent behaupten, daß das Angebrannte nichts mit unserem ureigensten Verhalten zu tun hat und immer nur die anderen schuld sind.

Die Autonomie der Häuser in der Genossenschaft Luisenstadt eG

Seit April 1986 gibt es einen Zusammenschluß aller Stattbauhäuser und einem ehemaligen BeWoGe Haus in der Genossenschaft Luisenstadt. Die Bewohner fordern vom Senat die Verfügung über 75 Jahre auf ihren Grundstücken. Jedes Haus verwaltet sich selbst. Den organisatorischen Rahmen bietet die Genossenschaft, welche mittlerweile vom Verband der Berliner Wohnungsbaugenossenschaften und -Gesellschaften e.V. anerkannt ist. Gleichzeitig tritt die Genossenschaft als Betreiberin für dezentrale Energieversorgung ein, d.h. sie erzeugt und verkauft Strom, Wärme und Warmwasser, die Vertikalsümpfe reinigen Wasser, was wiederverwendet wird, die umfangreichen Begrünungsmaßnahmen dienen zur Klimaverbesserung in dieser Gegend, wo die Luft permanent atemberaubend ist.

Stattbau wird sich aus den Häusern zurückziehen, sobald die Bauarbeiten beendet sind. Dann haben wir es nur noch mit uns selbst zu tun. Das Gelingen dieses Projektes hängt im wesentlichen davon ab, ob wir tatsächlich in der Lage sind, im solidargemeinschaftlichen Verbund gemeinsam verantwortlich das Erkämpfte zu genießen. Genossenschaft bedeutet für mich gemeinsam genießen, was meint ihr dazu?!

Aus der Traum vom eigenen Sender?

Perspektiven eines Radio-Projektes in München

Mathias Lahmann

Red. Heidelberg Nach über zwei Jahren Initiativenarbeit ist es nun endgültig heraus: LORA München wird nicht auf Sendung gehen. Welche Hintergründe haben zu dieser Entwicklung geführt und wie sehen die weiteren Perspektiven des Projektes aus?

Gerade, wenn man über LORA München nachdenkt, muß der Satz eines ZEIT-Artikels (Zeit, 10.11.88) bitter aufstoßen:
„Freie Radios und offene Kanäle sind letztlich nur Abfallprodukte der Kommerzialisierung, dort erlaubt, wo der Werbemarkt ohnehin ausgeschöpft ist."

Ein kurzer geschichtlicher Abriß über LORAs Entstehen und Ableben als Senderprojekt wird diesen Satz bestätigen:

- Ausgehend von der eigenen Unzufriedenheit sowohl mit der Dudel-Realität der lokalen Kommerzo-Funker als auch des politisch orientierten Unterlassungsjournalismus des bayrischen Rundfunks, fanden sich 1986 einige InitiativlerInnen zusammen, hier gegenzusteuern.
- Das bayrische Medien- Entwicklungsgesetz ermunterte mit seinen Ausführungen zur Programmgestaltung kritische und lokalbezogene MedienmacherInnen dazu, Anträge auf Sendeplätze zu stellen: Gerade weil die dort postulierte programmliche Vielfalt in den bis dato sendenden lokalen Stationen nicht vorhanden war, stellte LORA München im Februar '87 einen Antrag auf einen täglichen Sendeplatz von vier Stunden und bot ein buntes Kultur- und Politik- engagiertes StadtProgramm für den Münchner Radiohimmel an.
- Dieses Ansinnen durchkreuzte die Überlegungen der Vergabe-Institutionen aber vehement: Eigentlich hatte man sich an seinen zehn Fingern schon ausgezählt, welche Strohmänner von welchen Kapitalgebern noch auf Frequenz mußten, um den Finanz und Konzernproporz vordergründig zu gewährleisten.
- Auch das oben zitierte Mediengesetz beinhaltete natürlich ein Recht auf Widerspruch. Und, wie Initiativen nun mal sind ...: Es wurde ein Anwalt gesucht und widersprochen. Der Justitiar der „Gegenseite" forderte prompt papiernes „Futter" in Form von Finanzierungs- und Strukturkonzepten, um Argumente für eine endgültige Ablehnung zu finden.
- Spätestens zu diesem Zeitpunkt begann bei LORA ein Entwicklungsprozeß, an dessen Ende das endgültige AUS für die Sendertätigkeit steht.

Das Finanzierungskonzept, abgeschaut bei LORA Zürich in der Schweiz (Vereinsmitglieder und generöse SpenderInnen finanzieren einen Minimaletat) wurde aufgeplustert mit Hilfe eines Anlagenprofis: Eine GmbH, gegründet mit dem Vorsatz, eigentlich gar kein Geld auszugeben, sollte von einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts und deren Anlegern finanziert werden; linke Mäzene sollten über Spenden (man hatte auch einen gemeinnützigen Verein!) Sendeminuten sponsern und ein Rechtsanwalt sollte über die Korrektheit des Geldtransfers zwischen den Körperschaften wachen.

Die Auseinandersetzung mit der Medienverwaltung auf dem Schriftweg, die Anwesenheit während der Medienratssitzungen, die ständige Anti-Chambriererei bei den unterschiedlichsten Fraktionen, das immer wieder mühselige Erkären der aufgezwungenen Struktur... all das führte zu einer immer grotesker werdenden Distanz zum eigentlichen Projekt: Man/frau wollte doch Radio machen und entwickelte sich zum juristischen Verwaltungsspezi, der seiner/ihrer Basis (einer möglichen kritischen Hörerschaft...) immer fremder wurde.

Letztendlich wurden soviel Kompromisse für die Anerkennung durch die Landesmedienzentrale geschlossen (z.B. restriktives Redaktionsstatut, finanzielle Bürgschaft über 150.000 DM durch einen Münchner Geschäftsmann), daß sich kaum noch eine(r) mit dem Projekt „Radio LORA München" identifizieren konnte: Freundschaften gingen in die Brüche, interne Auseinandersetzungen häuften sich ... unter dem Außendruck.

Nachdem die Medienzentrale fast ein Jahr eine letztendliche Entscheidung hinauszögerte (Nach dem Motto: die werden sich da unten schon selbst aus der Welt schaffen!), beschleunigte die ungeschickte Prozeßführung des LORA- Anwalts innerhalb eines Vorverfahrens um die gerichtliche Entscheidung, ob LORA denn nun senden dürfe, den Projekt- Tod:
Das Gericht bescheinigte LORA lautere Absichten (und durchaus Chancen auf einen Sendeplatz), forderte aber von LORA die Prozeßkosten für das Vorverfahren, in dem auf Einstellung aller privater Sendetätigkeit in München geklagt worden war.

Während die (juristisch verantwortliche!) GmbH- Führung versuchte, diese Kosten zu senken (was hatte dieser Sender schon alles gekostet...?!), setzte sich im Initiativenverein eine andere Arbeitsrichtung durch:

- **Schulung von Kritikfähigkeit**
  Allzuoft tauchte bei Diskussionen um private Sender eine allgemeine, aber leider kaum artikulierbare Kritik an deren Programm auf. Hier mit Diskussionsveranstaltungen, Referaten und Workshops einzugreifen und Produktions- und Funktionsweisen anschaulich zu machen, wird die einzige Art sein, „Bürgers" Medienkompetenz „auf (kritischen!) Trab" zu bringen!
- **Analyse der Entwicklung**
  Ob es nun in Bayern um die Nutzung der Frequenzen 1992 geht oder europaweit um die „Anpassung" der Landesmediengesetze zueinander...: Nur die ständige Beobachtung hält die Augen kritisch auf, das Berichten über die Veränderungen, das Anlegen von Archiven wird zunehmend wichtiger.
- **Unterstützung der sendenden Projekte**
  Man und frau kann in München „linke" Radioproduktionen machen...: Und die werden dann auch gesendet; allerdings kaum in München, sondern in befreundeten Sendern wie DREYECKLAND, Radio 100 oder Radio Z; so wird ein Beitrag für ein linkes Korrespondenten-Netz geleistet, von dem die linken PrinterInnen schon fast seit Jahrzehnten träumen!

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Außer Spesen nichts gewesen!

Wir müssen Denkbarrieren durchbrechen, wenn wir weiterkommen wollen

Verschuldungs- und Wachstumszwang haben die gleichen Ursachen

Red. Heidelberg „Außer Spesen nichts gewesen!" So könnte man das Ergebnis jenes 30 Millionen DM teuren IWF-Spektakels sarkastisch umreißen, das in der letzten Septemberwoche in Berlin gelaufen ist. Leider gilt das auch für die meisten Gegenveranstaltungen: Fast überall wurden nur Symptome und Symptombehandlungen diskutiert. Und selbst ein Schuldenerlaß, wenn er zustande gekommen wäre, hätte nur eine vorübergehende Erleichterung bewirkt. Denn die Verschuldungsmisere der Entwicklungsländer ist nur die aufgetauchte Spitze eines riesigen Schulden-Eisbergs, der die Weltwirtschaft immer mehr bedroht. Doch während Eisberge normalerweise abzuschmelzen pflegen, wird jener der Schulden täglich größer.

Helmut Creutz

Wie groß ist der gesamte weltweite Schuldenberg?

Daß die Auslandsverschuldung der Dritten Welt, Ende 1987 bereits bei 1.200 Mrd. Dollar lag, ist allgemein bekannt. Über die Dimension der gesamten weltweiten Schuldenlast gibt es jedoch noch nicht einmal annähernde Zahlen. Allenfalls mit Hilfe einiger Vergleiche kann man die Größe erahnen. So ist beispielsweise schon die Verschuldung der Bundesrepublik (Ende 1987 3.600 Mrd. Dollar) fast doppelt so hoch wie die gesamten Auslandsschulden aller Entwicklungs- und Schwellenländer, einschließlich der Ostblockstaaten. Die Verschuldung in den USA ist sogar rund achtmal so hoch. Und allein die Verschuldung der Öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik ist bereits höher als die Auslandsschuld aller lateinamerikanischen Länder.

Zieht man das Verhältnis zwischen Schulden und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zum Vergleich heran, dann liegen die Auslandskredite der 15 höchstverschuldeten Entwicklungsländer bei 46 % ihres Sozialproduktes, die bundesdeutsche Gesamtverschuldung bei 180 % und die in den USA bereits über 200 %. Und während die Pro-Kopf-Verschuldung in der Dritten Welt bei etwa 620 DM liegt, beträgt die unsere bereits 59.000 DM und die US-amerikanische rund 72.000 DM. Das heißt, daß jeder Arbeitende in der Bundesrepublik bereits für 140.000 DM Schulden gerade stehen, also rund 10.000 DM Zinsen erwirtschaften muß!

Was ist mit Inlands- und Auslandsschulden?

Natürlich sind die obigen Vergleiche unzulänglich, weil bei den Entwicklungsländern nur die Auslandsschulden herangezogen wurden. Die Inlandsbelastungen dürften in den meisten Ländern jedoch noch höher sein, vor allem wenn man die Bodenpachtabgaben mit hinzunimmt, die häufig den Bauern mehr als die halbe Ernte nehmen. Seltsamerweise wird diese Seite der Ausbeutung jedoch bei uns kaum thematisiert, obwohl sie den Zwang zur Auslandsverschuldung entscheidend verstärkt haben dürfte.

Gewiß gibt es zum Teil gravierende Unterschiede zwischen Inlands- und Auslandsschulden. Für die ausgebeuteten Mehrheiten in allen Ländern aber ist es ziemlich gleichgültig, ob die erpressten Schuldenzinsen an reiche Minderheiten innerhalb oder jenseits der Grenzen fließen: Sie werden im gleichen Umfang ärmer, wie die **Gesamt**verschuldung rascher zunimmt als ihre volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Diese aber bleibt gegenüber der Verschuldungszunahme nicht nur überall zurück, sondern wird durch die Überschuldung zusätzlich abgewürgt.

Was ist die Ursache der Verschuldungseskalation?

Leihen kann man nur bei einem, der hat. Der überproportionale Anstieg der Verschuldungen hat also eine entsprechende Entwicklung der Geldvermögen zur Voraussetzung. Diese Geldvermögen haben beispielsweise in der Bundesrepublik seit 1950 dreimal so rasch zugenommen wie die volkswirtschaftliche Leistung und die Arbeitseinkommen. Allein von 1980 bis 1987 stiegen sie tagtäglich um rund 500 Mio. DM an, rund fünfzehnmal mehr als die Nettolöhne und -gehälter.

Überproportional zunehmende Geldvermögen **ermöglichen** jedoch nicht nur eine immer höhere Verschuldung, sondern **erzwingen** sie. Denn die sich in Geldvermögen sammelnde Kaufkraft muß über Kreditgewährungen wieder in den Nachfragekreislauf zurückgeführt werden, wenn die Wirtschaft nicht zusammenbrechen soll. Alle Volkswirtschaften befinden sich also in einer Zwickmühle: Führen sie die wuchernden Geldvermögen wieder zurück, enden sie in der Überschuldung. Unterlassen sie die Rückführung, droht ihnen „morgen" eine deflationäre Rezession. Und versuchen sie – wie bisher – die Probleme durch ständiges Wirtschaftswachstum weiter vor sich herzuschieben, tritt beschleunigt der ökologische Kollaps ein.

Was sind die Folgen des monetären Überwachstums?

Da jede Ausleihung von Geld mit Zinslasten für den Leiher und mit Zinserträgen für den Verleiher verbunden ist, muß sich die Problemspirale immer schneller drehen: Die Geldleiher, die bereits zuwenig Kaufkraft hatten und sich darum welche leihen mußten, werden durch den Zinsabfluß noch ärmer. Die Verleiher, die bereits zuviel Geld in der Kasse hatten und es darum verleihen konnten, erhalten durch den Zinszufluß noch mehr. Als Folge aller Leihvorgänge vergrößern sich also die Geldvermögen und damit erneut der Verschuldungszwang. Und weil eine solche Einkommensumschichtung bei den sowieso schon Armen am ehesten zu unhaltbaren Situationen führt, ist die Misere in der Dritten Welt erklärbar. Doch auch innerhalb der anderen Länder, sogar in den reichen Industrienationen, nehmen aufgrund der zinsbedingten Einkommensumschichtungen die Probleme zu. „Die neue Armut" ist nicht nur ein griffiges Schlagwort, sondern leider für viele bereits Wirklichkeit, auch wenn dies in unserem Land erst in Ansätzen der Fall ist.

Warum folgt aus der Verschuldung ein Wachstumszwang?

Wenn ein Privatmann seine Verschuldung rascher erhöht als sein Einkommen, hat er nur die Alternative, seinen Gürtel enger zu schnallen, oder mehr zu arbeiten.

Das gilt genauso für jedes Land und jede Volkswirtschaft: Übersteigt die Verschuldungszunahme die normale Leistungsentwicklung, kann eine Verarmung nur durch ein noch größeres Wirtschaftswachstum verhindert oder wenigstens abgemildert werden. Eine Wachstumsstabilisierung (auch „Nullwachstum" genannt) ist also ohne Stabilisierung der Schuldenentwicklung unmöglich. Diese aber setzt eine Stabilisierung der Geldvermögensgrößen voraus. Solange die Geldvermögen jedoch überproportional zunehmen, bleibt der Zwang zur Verschuldungsausweitung bestehen und mit ihm verbunden der Wachstumszwang.

Genau wie die Verarmung der sowieso schon Armen, ist also auch die Plünderung und Vergiftung unserer Erde letztlich eine Folge des Überwachstums der Geldvermögen.

Wodurch wachsen die Geldvermögen?

Geldvermögen sammeln sich normalerweise aus Arbeitersparnissen an. In einer älter werdenden Volkswirtschaft dagegen akkumulieren und konzentrieren sich die Geldvermögen vor allem durch den Zinseszinseffekt. Das heißt, die einmal entstandenen größeren Vermögen wachsen immer mehr „von alleine", d.h. auf Kosten anderer. Entsprechend fällt den Arbeitenden das Sparen immer schwerer, da ihnen über den Zins ständig mehr von ihrem Einkommen genommen wird. Das Tempo dieser Umschichtung hängt dabei vor allem von der Zinshöhe ab. Bei steigenden Zinsen beschleunigt sich die Umverteilung von der Arbeit zum Besitz, bei sinkenden verlangsamt sie sich. Der Schlüssel zur Problemverringerung ist also der Zins und seine Höhe. Bei einem niedrigen Zins werden manche Schulden trag- und rückzahlbar, die es bei höherem Zins nicht sind. Ebenfalls werden viele Investitionen rentabel und nicht zuletzt läßt das Geldvermögenswachstum nach.

Warum sinkt der Zins nie gegen Null?

Der Zins sorgt normalerweise für den Fluß des Kapitals in die effektivste Anlage und signalisiert mit seiner Höhe den Knappheitsgrad des Kapitals. Das heißt, wie die Knappheitsgewinne der Unternehmen mit der Marktsättigung gegen Null tendieren, müßte auch der Zins das tun, wenn Geldangebot und -nachfrage ausgeglichen sind. Diese natürliche Wechselwirkung zwischen Angebot und Nachfrage kann jedoch heute von der Geldseite her unterlaufen werden. Sinkt zum Beispiel bei uns der Kapitalmarktzins unter die Marke von 6%, wird das Angebot für langfristige Kredite künstlich verknappt. Keynes spricht von der „Liquiditätspräferenz", die in solchen Fällen wirksam wird. Konkret heißt das, man parkt „sein Geld" verstärkt in kurzfristig gebundene Anlagen um, steigt in Aktien- und Wechselkursspekulationen ein (wo man mehr zu verdienen hofft) oder hält sogar verstärkt Bargeld fest, was besonders gefährlich für die Konjunktur sein kann.

Aufgrund dieser Manipulationen mit unserem wichtigsten „öffentlichen Verkehrsmittel Geld" kann das marktgerechte Absinken des Zinses also verhindert werden. Das ist selbst dann der Fall, wenn – wie in unseren Tagen – weltweit ein Überangebot an Geld vorhanden und die Inflation sehr niedrig ist.

Natürlich kann die Notenbank das stillgelegte Geld durch neugedrucktes ersetzen. Damit aber bildet sich ein Inflationspotential, das jederzeit zum Tragen kommen kann und dann, mit einem erneuten Zinsauftrieb, die Geldvermögens- und Verschuldungsbildung beschleunigt und die Wirtschaft abwürgt.

Fazit

Gehen wir der Ursachenkette noch einmal bis zur auslösenden Ebene nach:

- O Die Notlage der Entwicklungsländer wird entscheidend von der Überschuldung bestimmt, die bei den sowieso schon Armen zuerst durchschlägt.
- O Die Überschuldung ist die Folge der weltweit eskalierenden Geldvermögen, die sich immer mehr bei Minderheiten konzentrieren.
- O Die überproportionale Entwicklung der Geldvermögen ist vor allem die Folge eines Zinses, der trotz geldlicher Überversorgung nicht nach unten geht.
- O Die Ursache des nicht sinkenden Zinses ist die Möglichkeit, das Geldangebot künstlich zu verknappen und damit das Geld von einem dienenden Instrument für alle zu einem spekulativen Herrschaftsinstrument für wenige zu machen.
- O Die Ursache dieses Mißbrauchs einer öffentlichen Einrichtung wiederum liegt in einer unzulänglichen Geld-Umlaufsicherung, die heute noch den schwankenden Zins- und Inflationssätzen überlassen bleibt.

Das Völkertribunal hat also in Berlin zurecht „den Terrorismus des Geldes als den schlimmsten Terrorismus der heutigen Welt" bezeichnet. Diesen Terrorismus des Geldes können wir jedoch nur eindämmen, wenn wir auf der auslösenden Ursachenebene die Flamme kleiner drehen, die am Ende der Kette den Kessel überkochen und jene Probleme entstehen läßt, mit denen wir uns vor Ort so intensiv befassen. Konkret: wir müssen uns, wenn wir den Schulden- Eisberg verringern oder zum Schmelzen bringen wollen, mit der Geldordnung bzw. mit den Fehlern in der Geldtechnik beschäftigen, auch wenn uns das meilenweit von der Not der Dritten Welt und der Natur entfernt zu sein scheint. Ohne einen solchen Ansatz werden wir die eskalierenden Probleme in der Dritten wie der Ersten Welt nicht überwinden, so wenig wie wir das Waldsterben stoppen können, wenn wir uns nicht mit den Ursachen des Sauren Regens befassen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

EIN ÜBERRASCHENDES MIT HOCHWILLKOMENENEN GESCHENK FOLGEN...

WOCHEN LANG
TAZ FÜR TAZ

FÜR .....

VON .....

BESTELLSCHEIN (BITTE DEUTLICH SCHREIBEN)

AN: TAZ-ABO WATTSTR. 11-12 1000 BERLIN 65

PRESENT-SCHECK ZUM ÜBERREICHEN

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

ICH VERSCHENKE
die tageszeitung
☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen. 160

Datum, Unterschrift

„Das ökologische Frühwarnsystem ist der Kollege im Betrieb"

So lautete das Motte einer von der Lehrerkooperative Frankfurt organisierte Veranstaltung im vergangenen Sommer. Wie wahr diese These ist, wird immer dann deutlich, wenn Kritikern in den Betrieben der endgültige Rausschmiß droht.

Petra Inden

Red. Rhein/Main *„Die Hoechst AG hat E. Schaaf, seit 10 Jahren im Werk Griesheim, am 16.11.87 fristlos gekündigt, weil er sich angeblich in einer Reportsendung „wahrheitswidrig und unsachlich" als Anonymer über einen umweltrelevanten Störfall (gelber Regen) bei der Hoechst AG im Jahre 1986 geäußert hat. Die Untersuchung des Störfalles vom 20.01.86 durch das Hessische Umweltministerium hat jedoch ergeben, daß „erhebliche Mengen (ca. 530 kg) Chlornitrobenzol, alle Zwischen- und Nebenprodukte und das Endprodukt Hydrabenzol selbst emittiert sein" können sowie Zink und auch Cadmium (Ausschußvorlage vom 18.06.86). Die Informationen über den Vorfall wurden erst auf Nachfragen der kommunalen Stellen durch die Hoechst AG gegeben, obwohl das Werk Griesheim in einem dicht-bewohnten Gebiet liegt!*

In der Reportsendung wird behauptet, Chlornitrobenzol sei krebserregend. Dies wird dem gekündigten Betriebsrat Schaaf als Verbreitung von Unwahrheit unterstellt und ist das Hauptargument für seine Entlassung. Nachforschungen haben ergeben, daß die entwichenen Stoffe a) toxisch – also giftig – sind, b) in Tierversuchen als krebserregend eingestuft werden.

Unabhängig davon, wer der Anonyme in der Reportsendung war, ist es ein Skandal, daß statt der Verantwortlichen die Kritiker bestraft werden. Gerade die Ereignisse der letzten Zeit bei Sandoz, Transnuklear oder Nukem zeigen, daß solche Betriebe nicht ausreichend von außen kontrolliert werden können. Wer eine solche Kontrolle im Interesse von Arbeitssicherheit, Gesundheit und Umweltschutz will, muß verhindern, daß innerbetriebliche Kritiker, noch dazu auf bloßen Verdacht hin, mundtot gemacht werden. Wir fordern die Rücknahme der Kündigung und Weiterbeschäftigung des Kollegen"
(Brief des Deutschen Krebsforschungszentrums an den Vorstand der Hoechst AG, Werk Griesheim).

Wir leben in einem zivilisierten, hochindustrialisierten Land. Wir verdienen nicht schlecht. Hungerlöhne, wie in der sogenannten Dritten Welt kennen wir nicht. Was wir allerdings auch kennen, ist die Knechtung im Betrieb; wenngleich auch in einem anderen Gewand. Unterdrückung hat viele Gesichter und findet ihren Ausdruck in den verschiedensten Formen der Abhängigkeit, die man sich als Kollege in der „reichen" BRD nur ungern eingesteht.

Sicher haben auch wir arme und reiche Branchen. Die Chemieindustrie, von der hier die Rede sein soll, ist durch und durch wohlhabend. Trotzdem können wir ganz offensichtlich nicht mit ihr und in ihr angstfrei leben. Dafür braucht man sich nicht erst an den „Störfall" Sandoz zu erinnern, an Bophal und Seveso, da lassen uns bereits die ganz normale Abfallproduktion dieser Industrie und ihre Entledigungspraktiken frösteln. In der Öffentlichkeit bekannt werden freilich immer nur die Mißstände und Pannen, die nicht mehr geheimgehalten oder bagatellisiert werden können. Dadurch wird klar, daß es da Systeme geben muß, die Schweigsamkeit erzwingen. Spektakuläre Kündigungen wie die von H.-W. Kraus (die Durchschaubaren Betriebsräte der Hoechst AG) oder die jüngste Kündigung des oppositionellen Betriebsrats Emanuel Schaaf müßten aufschrecken und nachdenklich stimmen. Hier reagierten nicht etwa beleidigte Leberwürstchen in einer irgendwie verständlichen Form auf Unbotmäßigkeiten ihrer Angestellten! Nein, hier wird von Profis das Strafmaß für nicht erlaubtes Reden zelebriert. Und da gibt es dann auch noch eine Rechtsprechung in Frankfurt, die in der naiven Vorstellungswelt lebt, es gäbe soetwas wie eine 30.000-köpfige Betriebsfamilie, die auch im Sinne des Staates handelt, wenn sie versucht, das Grundrecht auf freie Meinungsfreiheit auszuhebeln.

Und so, wie sich die Arbeitsrechtsprechung befleißigt, unternehmensdienlich zu erscheinen, so müssen selbstverständlich auch alle, das unternehmerische Produzieren betreffenden Gesetze geeignet sein, dem Unternehmen zu dienen.

Unbestritten ist der Kern jeder Unterdrückung eine menschenverachtende Denk- und Handlungsweise. Um dies der Hoechst AG zu unterstellen, brauchen wir uns nicht die Rolle der IG-Farben im II. Weltkrieg in Erinnerung zu rufen. Es reicht aus, sich die Herstellung krebserregender Produkte als Teilaspekt einer auf reinen Profitinteressen basierenden Wirtschaftspolitik der Hoechst AG intensiver zu betrachten.

Z.B. wird immer noch mit anerkannt krebserregenden Stoffen gearbeitet, die gesundheitsschädlich sind obwohl eine Erklärung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vorliegt, daß man für krebserregende Stoffe keine Ungefährlichkeitsgrenze festlegen kann. Die Konsequenz daraus ist aber nicht ein Verbot dieser Stoffe, nein, die DFG verarbeitet stattdessen Jahr für Jahr die Verzichtsmöglichkeiten – kaufmännisch wie technisch – der Industrie zu TRK-Werten (TRK = technische Richtkonzentration). Die DFG legt also das öffentlich erlaubte, weil technisch nicht zu umgehende Krebsrisiko fest.

Jeder Beschäftigte in der Chemieindustrie wäre eigentlich damit aufgefordert, einmal genauer hinzuschauen, wo MAK- durch TRK-Werte ersetzt wurden. Vielleicht würde ihm dabei auch die Zuhälterrolle der sogenannten Kompetenz deutlich.

Und was ist mit den chemischen Produkten, mit denen wir heute so arbeiten als seien sie nicht krebserregend oder gesundheitsschädlich? Der überwältigende Teil dieser Stoffe ist daraufhin noch garnicht untersucht worden. Sicher ist, daß immer mehr Stoffe aus der MAK-Werteliste als krebserregend erkannt wurden. Seltsamerweise gibt es auch noch eine Reihe von Stoffen, die in den USA, in Schweden, aber nicht in der BRD als krebserregend registriert sind. Tagtäglich werden die Menschen im Betrieb diesen Produkten ausgesetzt. In Wirklichkeit ist es ein Anschlag auf ihr Leben!

Aber nicht nur die Beschäftigten in der Chemie-Industrie sind betroffen. „Unfälle" bleiben nicht aus. Der Gelbe Regen, der im Januar '86 auf einen Teil von Frankfurt/Griesheim niederging, war Chlornitrobenzol, laut amerikanischer Untersuchungen eindeutig krebserregend. Die Hoechst AG informierte die Bevölkerung nicht über das Krebsrisiko. Ganz im Gegenteil: auf einer Bürgerversammlung in Griesheim demonstrierte ein Firmenvertreter die Ungefährlichkeit von Chlornitrobenzol, indem er es sich auf die Hand schüttete. Die Hoechst AG hat damit auch ihre eigene Auffassung von wissenschaftlichen Untersuchungsmethoden unter Beweis gestellt: am Menschen wird ausprobiert.

Dem von der Hoechst AG fristlos entlassenen Betriebsrat E.Schaaf wird nichts anderes vorgeworfen, als daß er über den gelben Regen und die damit verbundene Krebsgefahr als Anonymer in einer Fernsehsendung gesprochen hat. Die Therapie der Chemie- Multis gegen krebserregende Stoffe ist der Maulkorb oder – alternativ dazu – der Rausschmiß; so schnell gibt es dann einen Krebserreger weniger.

Die Kollegen, insbesondere die Betriebsräte, sind zur Treue gegenüber dem Unternehmen verpflichtet. Selbst Tatsachen dürfen in der Öffentlichkeit nicht geäußert werden; das Arbeitsrecht läßt hier keinen Spielraum. Eine öffentliche Diskussion über die menschenverachtende Produktionsweise der chemischen Industrie setzt mit dem Wachsen der Informationen auf Dauer jede Chemiefabrik mit der Atomindustrie gleich.

Transparenz in den Betrieben kann nur durch diejenigen geschaffen werden, die tagtäglich mit den Giftstoffen konfrontiert sind. Und letztendlich können auch sie nur bestimmen, was und wofür produziert wird.

CONTRASTE unterstützt die Aufklärungsarbeit der Kollegen in der chemischen Industrie. Wer uns dabei helfen möchte durch Spenden für Prozeßkosten z.B. wende sich - aus vertraulichen Gründen bitte zunächst an die Redaktion Rhein/Main, Petra Inden. Informationen werden weitergeleitet.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Schuld gegenüber den Aktionären...

Eine Führung durch die Hoechst AG, Frankfurt

Red. Rhein/Main Wir (20 Mitglieder des Chemie- Leistungskurses eines Instituts der Erwachsenenbildung plus 1 Lehrkörper) saßen im elegant ausgestatteten Besucher-Empfangsraum der Hoechst AG bis – pünktlich auf die Minute – unser Führer kam. Es gab vier vorher vereinbarte Programmpunkte: Kostenloses Mittagessen im Betriebsrestaurant, Besichtigung eines physikalischen Labors, eines Chlor-Gas herstellenden Betriebs und ein Vortrag über Hoechst und Umweltschutz.

Heide Möser

Unser Führer, ein rüstiger Mittsechziger (Typ unternehmenslustiger Großvater) stellt sich als pensionierter Ingenieur der Hoechst AG vor, der hier 20 Jahre lang gearbeitet hat und sich nun seinen Lebensabend damit vertreibt, Gruppen durchs Werk zu führen. Mir drängt sich der Verdacht auf, daß man je nach Art der Gruppe den Führer bestimmt. Für uns: jemanden, der 100% hinter seiner Firma steht und doch kritische Meinungen zulassen kann, ohne persönlichen Schaden zu erleiden. Dies bestätigt sich im Laufe der Führung, wo er diese Haltung zwar herauskehrt, auf die Kritik allerdings nicht weiter eingeht (wie z.B. bei der Frage nach der Zweckmäßigkeit von Tierversuchen).

Die Besichtigung beginnt mit einigen Daten über das Werk und Erklärungen über das Personalsystem. Es wird deutlich, daß, in einem von Hoechst verursachten Schadensfall, die Suche nach einem einzigen Verantwortlichen praktisch unmöglich ist. Eine klare Hierarchie von „unten" nach „oben" läßt sich zwar verfolgen; da es sich aber um eine Aktiengesellschaft handelt, die als entscheidendes Organ die Hauptversammlung der Aktionäre hat (die aus vielen 1000 Leuten besteht), bleibt unklar, wer letztendlich die Verantwortung trägt.

Man fährt uns also jetzt mit einem werkseigenen Bus über das Werksgelände zum Betriebs-Restaurant, wo der 1. Programmpunkt schnell und befriedigend abgehakt wird. Das Essen ist gut und billige Kosmetik-Artikel der Fa. Jade (Tochter des Hoechst- Konzerns) gibts auch zu kaufen.

Weiter gehts in das physikalische Labor, wo uns ein Vollblutphysiker gerne die Strukturananlyse von Riesenmolekülen erklären möchte. Uns wird erst einiges klarer, nachdem einer seiner Mitarbeiter Daten in den angeschlossenen Computer eingibt und sich die Struktur des Moleküls auf dem Display als Bild abzeichnet. Angeregt durch unsere interessierten Fragen schießt unser Physiker dann los, um Plastikmodelle dieser Moleküle zu holen, die, nach den vom Computer errechneten Daten, maßstabsgetreu gebaut wurden. Tief beeindruckt lassen wir diese Stätte hochwissenschaftlichen Treibens hinter uns.

Der nächste Betrieb ist die Chlor-Alkalie-Elektrolyse, die der elektrochemischen Herstellung von Chlor-Gas dient: Eine riesige Halle mit im Boden eingelassenen Elektrolyse- Zellen. Man kann eigentlich gar nichts sehen, aber beeindruckend ist das starke Magnetfeld, das sich in dieser Halle befindet. Man muß vor dem Betreten die Uhren etc. ablegen. Leute mit Herzschrittmacher dürfen erst gar nicht rein, da alle Metallgegenstände magnetisiert werden. Unser Führer erzählt uns nebenbei, daß für den Betrieb der Anlage die Hälfte des Atomstroms aus Biblis verwendet wird.

Der letzte Programmpunkt, Hoechst und Umwelt, wird etwas knapper ausfallen, da das vereinbarte Ende der Führung immer näher rückt. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob dies von unserem Führer in weiser Voraussicht kritischer Fragen beabsichtigt war, oder ob sein gesteigertes Mitteilungsbedürfnis über seine Firma diese Zeitverzögerung bewirkt hat. Seine Ausführungen über Hoechst im Dritten Reich waren recht dürftig und bezogen sich mehr auf die IG-Farben statt auf Hoechst (damals noch Farbwerke Hoechst) als aktiven Teil davon. Besonders tragisch für ihn war, daß der USA mit der Beschlagnahme des IG-Hochhauses nach Kriegsende auch alle darin befindlichen Patente der IG-Farben in die Hände fielen.

Im Gebäude der werkseigenen Kläranlage führt man uns in einen angenehm mit grünem Teppichboden, grünen Wänden und grünen Veloursvorhängen ausgestatteten Vortragsraum, wo wir uns auf bequemen, orangefarbenen Polsterstühlen niederlassen. Ein arrogant wirkender, gut aussehender Mitarbeiter beginnt mithilfe von bunten Folien mit seinen Ausführungen, allerdings nicht ohne zu bemerken, daß dieser Vortrag – infolge des Zeitmangels – nur eine verkürzte Form seines sonstigen sein könne.

Er beginnt mit Zahlen über Schadstoffemissionen, die in den letzten Jahren rapide zurückgegangen seien, dank der Kläranlage und der verbesserten Produktionsmethoden, die eine größere Ausbeute am Endprodukt und weniger Abfallstoffe hervorbrächten. Es folgen Vergleiche früherer Produktionsmethoden mit heutigen, weniger Abfall produzierenden und damit umweltfreundlicheren Produkten.

Unser Redner betonte immer wieder, daß sich die Firma strikt an die gesetzlich vorgeschriebenen Werte und den Bau von Filteranlagen halte. Dazu muß man wohl nicht erwähnen, inwieweit die bestehenden Gesetze von den Interessen der Industrie abhängig sind. Das Drohen mit Arbeitsplatz-Abbau oder Abwanderung ins Ausland bei zu strengen Vorschriften wirkt eben. Dazu passt auch sein Argument, daß es z.B. billiger ist, eine Chemikalie selber herzustellen, als sie bei einer anderen Firma, wo dieselbe ein Abfallstoff ist, aufzukaufen. Für uns wurde klar, daß offensichtlich zwischen verschiedenen Großverschmutzern kein Austausch darüber besteht, wie man nun zusammenarbeiten könnte, um die Schadstoffe zu reduzieren.

Zudem stellt sich die Frage, inwieweit sich die Hoechst AG für die von ihr produzierten Artikel (Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Fluor-Chlor-Kohlen-Wasserstoffe, Medikamente, Farben, Kunststoffe etc.) nach deren Verkauf verantwortlich fühle. Er antwortete wiederum daß auch hier alle gesetzlich vorgeschriebenen Gebrauchsanweisungen mitgeliefert würden; was der Verbraucher mache, ginge sie doch nichts an. Man produziere eben das, was sich auf dem Markt gut verkaufen ließe; das sei man **den Aktionären schließlich schuldig.** Bei der Frage nach der Nordsee-Verschmutzung zeigte er uns eine Folie, die klar belegte, daß Großbritannien der Hauptschadstoff- Einleiter ist, die von der BRD eingeleiteten Mengen seien dagegen sehr gering und im weiteren Abnehmen begriffen. Ich denke, daß man mit solchen Zahlen sehr vorsichtig sein muß, da sich die Werte in die eine oder andere Richtung manipulieren lassen, je nachdem, was man damit beweisen will. Es kommt z.B. darauf an wo und wie oft man Wasserproben entnimmt, was man darin an Einzelstoffen heraussucht und mit welcher Methode man Messungen durchführt. Es sagt z.B. nicht viel über die Gesamtverschmutzung eines Gewässers aus, wenn man nur feststellt, daß die Belastung durch Öl zurückgegangen ist.

Als wir dann verschiedene Arten der Umweltverschmutzung durch die chemische Industrie ansprachen, meinte er, er könne nicht auf alles pauschal antworten; man müsse die einzelnen Probleme voneinander trennen und jedes für sich behandeln; erst dann käme man zu einer Lösung. Dafür bleibe aber leider keine Zeit.

Was haben die Fische in der Nordsee mit den Beruhigungspillen der Frau Meier zu tun? Direkt natürlich nichts – indirekt sehr viel; wenn es für Frau Meier einfacher ist, ein chemisches Präparat zur Beruhigung einzunehmen, statt ihr Leben umzustellen, wird die chemische Industrie dieses künstlich geweckte Bedürfnis gern auch auf Kosten der Fische befriedigen wollen, um Frau Meiers Geld einzustreichen.

Heike war von 1976-86 bei der Hoechst AG als Chemielaborantin beschäftigt. Ihre gesamte Ausbildung bezog sich einzig und allein auf die Erlernung praktischer Fähigkeiten im Labor. Die Theorie dazu war nur sekundär bedeutsam, ökonomische oder politische Zusammenhänge wurden erst gar nicht erwähnt. Inzwischen ist Heike beim Hessenkolleg und absolviert gerade ihr Abitur in den Fächern Chemie, Deutsch, Geschichte und Kunst.

Aktuell und brennend!

Uwe Friedrich von der Coordination gegen Bayer-Gefahren aus seinem Vortrag, gehalten auf dem internationalen Kongreß „the dangers that com from pesticides and the existing alternative solutions" Oktober 1988 in Athen, Griechenland

Red. Rhein/Main Am 27.9.1986 zitierte die malaysische 'New Straits Times' erstmals eine bis dato unveröffentlichte Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO, nach der jährlich 2.000.000 Menschen durch Pestizide vergiftet werden und nicht weniger als 40.000 Menschen an den Folgen einer Pestizidvergiftung sterben. Diese Grenzwerte liegen mit Sicherheit an der unteren Grenze, denn sie beschränken sich meist in Krankheitssymptomen, deren kausaler Zusammenhang mit Pestiziden nur schwer nachzuweisen ist.

Auch der Bayer-Konzern als zweitgrößter Pestizidproduzent hat einen nicht unwesentlichen Anteil daran, daß weltweit immer noch Pestizide produziert, vertrieben und verbraucht werden, deren toxische – zum Teil letztendlich tödliche Wirkung auf den Menschen – bereits nachgewiesen sind.

Weitere Gefahren für Mensch und Umwelt entstehen durch die Produktion chemischer Grundsubstanzen für Pestizide durch den Bayer-Konzern; z.B. von Phosgen und Methylisocyanat, deren Gefahren spätestens seit der Katastrophe von Bophal bekannt sind. Weniger bekannt ist, daß Bayer in Dormagen jährlich ca. 1.200 bis 1.800t MIC produziert und nicht bereit ist, das Produktionsverfahren preiszugeben, um überprüfen zu können, ob die Produktion sicherer ist als in Bophal. In Leverkusen, Brunsbüttel und Uerdingen produziert Bayer ca. 250.000 bis 300.000 t Phosgen jährlich – und transportiert es zum Teil per LKW über Autobahnen ...

Uwe Friedrich

Das Objekt unserer Arbeit, der Bayer-Konzern, ist mit Jahresumsätzen von ca. 40 Milliarden DM und ausgewiesenen Gewinnen von über 3 Milliarden DM einer der mächtigsten Multis überhaupt. In nahezu allen Ländern der Erde arbeiteten 1987 164.000 Menschen für Bayer. In der BRD mit fünf Betriebsorten, zwei Großforschungszentren, sowie mehreren Tochterfirmen allein 64.000 Mitarbeiter. Zum Bayer-Imperium gehören auch Namen wie AGFA-Gevaert, Compugrafik und im Ausland Miles Laboratories (Pharmazeutika), Mobay (der Agent-Orange-Produzent für den Vietnam-Krieg) oder Cutter (Blutplasma-Hersteller).

Etwa 79% des Jahresumsatzes werden im Ausland, unter anderem durch 120 Beteiligungsgesellschaften in rund 40 Ländern erzielt. Das Bayer-Vertriebsprogramm umfaßt die Erzeugnisse Farben, Pestizide, organische Chemikalien, Polyurethane, Fasern, Kunststoffe, Pharmazeutika, anorganische Chemikalien. Damit war Bayer bis vor kurzem Marktführer bei den Pestiziden und hält Spitzenpositionen bei Kunststoffen, Lacken, Medikamenten und chemischen Grundstoffen.

Widerstand ist unmöglich

1979 wurde erstmals in die Öffentlichkeit getragen, daß Bayer mit Hunderttausenden von Tonnen giftiger Dünnsäure-Abfälle die Nordsee verseucht. 1981 versprach Bayer, die Verklappung dieser Gifte aus dem Stammwerk Leverkusen bis 1986 einzustellen. Aufgrund der ständigen Aktionen mußte Bayer bereits 1983 die Dünnsäure-Verklappung einstellen und ein seit längerem verfügbares Verfahren zur Spaltung/Wiederaufbereitung von Dünnsäure anwenden, wodurch allein im Werk Leverkusen 80 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Allerdings müssen wir noch darum kämpfen, daß auch in allen Tochterwerken außerhalb der BRD die Dünnsäure-Verklappung eingestellt wird.

Als weiteres Beispiel sei die Pestizid-Produktion in Australien genannt: 1986 wurde bekannt, daß Bayer in Neu-Süd-Wales inmitten eines der letzten Wattenmeere der Welt ein neues Pestizid-Werk errichten wollte. 1987 kam das AUS für das Werk: der Widerstand örtlicher Bürgerinitiativen, sowie der internationale Widerstand, vor allem die Kooperation zwischen der Australian Conservation Foundation (ACF) und der Cooperation gegen Bayer-Gefahren führte dazu, daß die Australische Umwelt- und Planungsbehörde Bayer die Errichtungsgenehmigung versagte und der Konzern daraufhin seine Pläne zurückzog.

Internationale Kooperation

Gerade an diesem Beispiel sieht man, daß internationale Kooperation notwendig ist, weil auch die Verursacher der Folgewirkungen international agieren. Ein Beispiel dafür ist das internationale Pestizid- Netzwerk PAN, das sich im Mai '82 in Penang/Malaysia als Zusammenschluß zahlreicher Verbraucher-, Umwelt-, landwirtschafts- und Dritte-Welt- Gruppen gründete. 1984 wurde PAN auch in der BRD von einem Dutzend Gruppen – darunter die Cooperation gegen Bayer-Gefahren – gegründet. Ziel der Arbeit ist es, Einfluß zu nehmen und den Mißbrauch von Pestiziden weltweit zu bekämpfen. Daß PAN in der BRD im Anschluß an eine parlamentarische Anhörung zum Thema Pestizid- Ex- und Import gegründet wurde, ist kein Zufall: ca. 80% der in der BRD hergestellten, bzw. importierten Pestizide gehen in den Export.

Wurden 1965 weltweit etwa 2.750.000t Pestizide eingesetzt, so waren es 1980 bereits 4.570.000t. Nach Schätzungen werden es im Jahr 1995 ca. 6.450.000t sein, die global zur Anwendung kommen werden. Wachstumsraten versprechen sich die Pestizid-Hersteller vor allem auf den Märkten in Afrika, Asien und Lateinamerika, insbesondere duch Verlagerung der Produktionskapazitäten dorthin ... während die Inlandsproduktion seit einigen Jahren stagniert, bzw. zurückgeht.

Ein Absatzschwund in der Sparte Landwirtschaft von 10.9% im Geschäftsjahr 1987 macht es möglich, wenn im Bayer-Geschäftsbericht eingeschätzt wird: „Das Umfeld des Pflanzenschutzgeschäftes ist durch zunehmende weltweite Probleme der Landwirtschaft wie Überproduktion, Zwang zur Einsparung von Betriebsmitteln und eine verschärfte Umweltdiskussion gekennzeichnet. ... Daraus resultieren Einbußen beim Umsatz und Ergebnis. Dennoch konnte der Geschäftsbereich seinen Weltmarktanteil von ca. 10% halten."

Bayer ist einer der wenigen Chemie-Multis, auf die sich das Pestizid-Geschäft konzentriert. Neben Ciba Geigy und Bayer kontrollieren mit Shell, Monsanto und ICI die fünf größten Firmen allein 50% zusammen mit fünf anderen Firmen (Rhone Poulenc, BASF, EliLilly, Du Pont und Hoechst) 60% des Weltmarkts. Durch diese Konzentration ökonomischer Macht werden langfristige Alternativen in Richtung naturgemäßen Pflanzenschutz schwerer durchsetzbar sein als bisher schon.

Der Bayer-Konzern produziert für den Weltmarkt: Hauptabsatz-Regionen sind dabei die USA mit 15-17%, Zentral- und Südamerika mit 18-20% am Gesamtumsatz. Der Europa-Export macht immerhin noch 13% aus. Dabei verfolgt der Konzern schon seit längerem eine Strategie der Dezentralisierung mit dem Ziel, Produktionskapazitäten nahe an Hauptabsatzmärkten anzusiedeln.

Der internationale Prospekt der Firma Bayer empfiehlt den Einsatz des Schädlingsbekämpfungsmittels Disufoton für eine breite Palette von Kulturen und gegen eine Vielzahl von Schädlingen. Für den Inlandsmarkt der BRD hat dieser Wirkstoff keine Bedeutung mehr, obwohl er noch für einen speziellen Anwendungsbereich zugelassen ist. Ein Vertreter von Bayer erklärte, daß der Konzern darauf Wert lege, daß sein Produkt in der BRD zugelassen bliebe, da inzwischen bereits einige Entwicklungsländer überprüfen, ob die einzusetzenden Pestizide auch im Herstellerland zugelassen seien. WHO führte Disulfoton in der höchsten Giftklasse der extrem gefährlichen Mittel. Bayer vertreibt es dagegen unter anderem in Thailand und Kolumbien. Pestizide wie DDT, technisches HCH und Aldrin werden inzwischen von „no-name"-Firmen aus der Dritten Welt wesentlich billiger angeboten. Es ist also verständlich, wenn die an der Weltspitze rangierenden bundesdeutschen Konzerne erhebliches Interesse daran haben, daß alte Wirkstoffe in immer mehr Ländern verboten werden. Hierdurch können neue, teuer erforschte und patentgeschützte Wirkstoffe leichter den Markt erobern.

Bayer und chemische Waffen

Letztendlich sind Pestizide jedoch nur die **zivilen** Nachfolger der chemischen Waffen der beiden Weltkriege. Dehalb zum Abschluß einige Bemerkungen zum düsteren Kapitel „Bayer und Chemische Waffen":

Petra Kelly von den GRÜNEN und SPD-Abgeordneter Hermann Scheer stellten 1984 in der aktuellen Fragestunde des Bundestages eine diesbezügliche Frage. Beide erhielten die Antwort, der Bundesregierung sei nichts darüber bekannt, daß die Fa. Bayer AG an der Herstellung von Nervenkampfstoffen beteiligt sei. Im Falle Scheer ging die Bundesregierung sogar einen Schritt weiter und ließ Bayer selbst antworten: In Person des Bayer-Sprechers v. Einem, der erklärte, daß Bayer seit 15 Jahren in dieser Form beschuldigt werde, jedoch nie chemische Kampfstoffe entwickelt oder produziert habe. Allerdings müßte v. Einem dann doch einräumen, daß die Ähnlichkeit zwischen dem Bayer-Patent und den US-amerikanischen Kampfstoffen beweisbar sei.

Wir stellen dazu fest:

- Der Gründer des Bayern-Konzerns, Carl Duisberg, ließ nicht nur seit 1914/15 ins einem Wuppertaler Werk Kampfstoffe entwickeln, sondern beteiligte sich selbst an Versuchen und korrespondierte darüber auch ausführlich und unverblümt.
- Bayer entwickelte die Kampfstoffe Chlorgas „T- Mischung", Phosgen u.a.m. noch während des 1. Weltkrieges. Sie wurden in großen Mengen produziert und führten im Einsatz zu Zehntausenden von Toten.
- Weiterhin wurden von Bayer/IG-Farben die Kampfstoffe Tabun und Sarin in den 30-er Jahren entwickelt, sowie an einem Nervenkampfstoff unter dem Codewort „N-Stoff" geforscht.
- In den 60-er Jahren hat Bayer zusammen mit Monsanto die gemeinsame Firma Mobay betrieben, die im Verdacht steht, Agent Orange für den Vietnam-Krieg hergestellt und geliefert zu haben. Die Fa. Mobay stand dafür 1984 in New York vor Gericht.
- Bayer hält in den USA das Patent 301 4943, nach dem die V-Kampfstoffe der US- Armee produziert werden.
- Der chemische Kampfstoff LOST, der vom Irak im Krieg gegen den Iran zur Anwendung gelangt ist, wurde ebenfalls von Bayer mitentwickelt.

Diese Anmerkungen könnten endlos fortgesetzt werden, aber Informationen sind sehr schwer zu bekommen. Noch immer sperrt sich die chemische Industrie der Forderungen nach mehr Transparenz in ihrer Geschäftspolitik. Wenn Produktionsentscheidungen zu Überlebensfragen auch für die natürliche Umwelt werden, ist Demokratisierung und Mitsprache der Umweltschützer und ihrer Verbände die wichtigste Aufgabe, vor der wir stehen.

Uwe Friedrich ist von Beruf Diplom-Ingenieur der Fachrichtung Raum- und Umweltplanung und Mitarbeiter der Coordination gegen Bayer- Gefahren, einem internationalen Selbsthilfe-Netzwerk, das seit 1983 den multinationalen Bayer-Konzern kritisch begleitet. In ihm arbeiten von diesem Chemie-Produzenten Betroffene, und Geschädigte sowie an Bayer Interessierte zusammen, über alle weltanschaulichen und sonstigen Grenzen hinweg. Heute umfaßt die internationale Coordination etwa 2.000 Gruppen und Personen in 40 Ländern. Sie arbeitet überparteilich und unabhängig und finanziert sich ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Das alles ruft erbitterte Reaktionen des Konzerns hervor. Die Coordination gegen Bayer-Gefahren wird diesem Druck nur durch die Unterstützung von noch mehr Menschen als bisher standhalten können. Von daher benötigt sie dringend mehr Förderer und Mitglieder.
Kontaktadresse: Coordination gegen Bayer-Gefahren, Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11, ☎ (0212) 33 49 54

Wehe, wenn sie die Umwelt entdecken

Die Entsorgungskoalition von Politik und Großindustrie am Beispiel Hattingens

Red. Rhein/Main Hattingen ist eine kleine Stadt von etwa 60.000 Einwohnern am südlichen Rande des Ruhrgebiets. Die Stadt soll Sitz eines Betriebes werden, in dem die Böden von alten Industriestandorten gereinigt werden. Altlastensanierung scheint vor allem im Ruhrgebiet dringend notwendig, dennoch wehrt sich in Hattingen eine Bürgerinitiative heftig gegen die Einrichtung einer Bodenwaschanlage. Wieder ein Beispiel dafür, daß Umweltschutzmaßnahmen nur solange populär sind, wie sie persönlich unverbindlich bleiben?

Ulrich Wagner, Hattingen

Vieles in Hattingen ist typisch für das Ruhrgebiet. Die Geschichte der Stadt ist seit 130 Jahren ganz eng an die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie gebunden. 1854 wurde eine Eisenhütte, die spätere Thyssen-Henrichs- Hütte gegründet, die zeitweise 10.000 Menschen beschäftigte. Wegen der großen Abhängigkeit von der Thyssen-Hütte war Hattingen von der jüngsten Arbeitsplatzvernichtung in der Stahlindustrie auch besonders betroffen: Am 19. Februar 1987 teilte der Vorstand der Thyssen Stahl AG mit, daß von den 5000 Arbeitsplätzen, die es zu diesem Zeitpunkt auf der Hütte noch gab, bis Ende 1988 2900 wegfallen sollten.

Für den Raum Hattingen werden offiziell mehr als 15% Arbeitslose angegeben, die große Zahl der Menschen, die bereits vor ihrem 60sten Lebensjahr über Sozialpläne in Rente gehen, ist in dieser Zahl nicht enthalten. Ein solch massiver Arbeitsplatzabbau, wie er 1987 angekündigt wurde, bedeutet nicht nur den Verlust des Arbeitsplatzes für die 2900 direkt Betroffenen, sondern darüber hinaus auch die Gefährdung einer erheblichen Zahl weiterer Arbeitsplätze, vornehmlich im Bereich von Kleingewerbe und Dienstleistungen. Die Ankündigung von Thyssen hat daher umfassende Solidarisierungsaktionen ausgelöst.

Von der Landesregierung aus Düsseldorf wurde Geld versprochen, das meiste davon für einen längst überfälligen Ausbau des Abwassersystems. Gleichzeitig kam die Anregung, Hattingen zum Umweltzentrum zu machen. In Hattingen gibt es, auf dem Hüttengelände und darüber hinaus, große Industriebrachen, deren Böden gereinigt werden müssen, bevor sie erneut genutzt werden können. Insbesondere aber könnte der Umweltschutz eine der wenigen Branchen sein, in denen in nennenswertem Umfang neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Ein Firmenkonsortium unter Führung von Thyssen- Engineering äußerte Interesse, in einem Teil des ehemaligen Walzwerkes der Thyssen- Hütte ein Zentrum zur Altlast- und Sondermüllbearbeitung einzurichten. Am 5. Mai 1988 wurden die Pläne im Stadtrat vorgestellt, bereits am 9. Juni gab die SPD-CDU Mehrheit im Stadtrat zu diesen Plänen ihre Zustimmung.

Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung wurde gegen die schriftliche Erklärung von 7000 Bürgern gefällt, die in einer Unterschriftensammlung den Aufschub der Entscheidung bis zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gefordert hatten. Auch die IG-Metall hat die Pläne in der vorliegenden Form zurückgewiesen. Mittlerweile ist nämlich klar, daß hier unter dem Deckmantel des Umweltschutzes Großindustrien entstehen sollen, die neue Umweltbelastungen mit sich bringen.

In Hattingen ist zur Bodensanierung ein Waschverfahren vorgesehen, das einen Teil der Schadstoffe aus den Böden herauswäscht. Das Verfahren wurde bislang, über einen kurzen Zeitraum hinweg, in einer kleinen Anlage in Berlin erprobt. Das Waschen von Böden wirft Probleme auf, offen ist etwa die Frage, was mit den hochgiftigen Restschlämmen geschehen soll. Dennoch: Eine Bodenwaschanlage könnte – im Prinzip – relativ umweltfreundlich arbeiten, wenn sie nicht wieder ausschließlich nach den Vorgaben von Profitinteressen errichtet würde. Bei der Hattinger Anlage wird das an verschiedenen Stellen deutlich. Für das Waschwasser ist beispielsweise kein geschlossener Kreislauf vorgesehen, die im Reinigungsverfahren anfallenden Neutralsalze werden in die Ruhr abgeleitet. (Die Ruhr wird in großem Umfang zur Trinkwassergewinnung genutzt): Besonders klar zeigt sich die Profitorientierung aber an der Größe der Anlage. Es ist vorgesehen, in Hattingen täglich 4.000 Tonnen verseuchte Böden zu bearbeiten, die aus einem Umkreis von 30 km herangefahren werden.

Die Größe der Anlage wird auch öffentlich allein mit wirtschaftlichen Argumenten begründet. Die Landesregierung teilt die Konzeption, große und allein nach wirtschaftlichen Überlegungen geplante Anlagen einzurichten. In Düsseldorf scheint der Traum umzugehen, das Ruhrgebiet zum (inter)nationalen Entsorgungszentrum auszubauen. Die Einrichtung kleiner, für einen begrenzten Raum zuständiger Anlagen mit beschränkter Betriebsdauer wird an keiner Stelle ernsthaft diskutiert. Bei den Verantwortlichen in Hattingen fallen die gemeinsamen Pläne von industriellen Betreibern und Landesregierung auf fruchtbaren Boden. Die örtliche SPD verfügt im Rat über die absolute Mehrheit, und sie benutzt diese Mehrheit zur Durchsetzung der Interessen der Landesregierung. Eine echte Alternative zur SPD gibt es nicht, die GRÜNEN sind in den Arbeiterstadtteilen praktisch nicht existent.

Die ursprüngliche Begründung für die Einrichtung einer Bodenwaschanlage, die Reinigung der Hattinger Böden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, war nur vorgeschoben. Die Planungsgesellschaft hat die Böden der Stadt nicht einmal als Flächen ausgewiesen, die zur Reinigung in Frage kommen. Besonders der Versuch, die Akzeptanz der Anlage mit dem Hinweis auf neue Arbeitsplätze durchzudrücken und jede Kritik mit diesem Argument mundtot zu machen, hat sich als plumper Erpressungsversuch entpuppt: Die Anlage selbst wird maximal 200 Arbeitsplätze bringen, viele davon im Vollschutzbereich und für Spezialisten. Für die Hattinger Arbeitslosen liegt darin keine Chance.

Dr Ulrich Wagner ist Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative Giftwaschanlage. Von Beruf arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruhruniversität in Bochum

Vom Stahlstandort zur Müllkippe?

Armin Thiemann Hattingen.

Red. Rhein/Main Mit der provokanten Frage – „Vom Stahlstandort zur Müllkippe?" – erschien im Oktober eine Dokumentation der Bürgerinitiative Giftwaschanlage Hattingen und machte damit deutlich, wohin der Strukturwandel des Ruhrgebiets die kleine Stadt Hattingen treibt.

Während die KollegInnen der Henrichshütte und die BürgerInnen der Stadt um ihre Arbeitsplätze, ja für die Zukunft ihrer Stadt kämpften, standen die Signale bei Landes- und Kommunalpolitikern schon auf Sturkturwandel – Ersatzplätze sollten in die Region. Außer von Belegschaft und IG- Metall wurde die Forderung nach Ersatzarbeitsplätzen jedoch nicht an die Adresse des Thyssen-Konzerns gerichtet, sondern die Allgemeinheit sollte die Kosten für den Strukturwandel tragen.

So wird Hattingen im Rahmen der Auseinandersetzung um die Arbeitsplätze bevorzugtes Reiseziel für die Minister der SPD-geführten Landesregierung von NRW. Dabei wird Hattingen unter anderem in Aussicht gestellt, den Sitz des noch zu gründenden Verbands für Abfallentsorgung und Altlastensanierung zu erhalten. Diese 20 Arbeitsplätze für Regierungsbeamte bieten jedoch kaum eine alternative zu 2900 fortfallenden Stahlarbeiterplätzen. Umweltminister Matthiesen erkennt jedoch die Chance, in dieser durch die Thyssen-Entscheidung erpressbar gewordenen Stadt eine Verbrennungsanlage für kontaminierte Böden errichten zu können. Den durch Jahre verfehlter Umweltpolitik entstandenen Entsorgungsengpaß will Matthiesen über den raschen Bau solcher Verbrennungsanlagen zu lösen versuchen. Interessant ist jedoch, daß eine Entscheidung des Landtags über den Sitz des neuen Verbands für Abfallentsorgung und Altlastensanierung immer wieder hinausgezögert wird, bis endlich die Entscheidung des Rats der Stadt Hattingen für eine Bodenwaschanlage vorliegt.

Im Schnellverfahren ohne Bürgermitbestimmung

Massive Proteste der BürgerInnen der Stadt; vor allem auch innerhalb der SPD- Ortsverbände, führen jedoch zur Aufgabe der Pläne für eine Hochtemperatur-Verbrennungsanlage. Im Oktober 1987 beantragt der Rat der Stadt die Bezuschussung einer Untersuchung Hattingens als zukünftigem Umweltschwerpunkt im Rahmen des Programms „Zukunftsinitiative Montanregion" (ZIM) bei der Landesregierung NRW. Wesentlicher Inhalt dieser Untersuchung soll die Errichtung eines Sonderabfallentsorgungs- und Altlastensanierungszentrums sein. Dies soll aus dem Programm der Landesregierung für den Strukturwandel des Ruhrgebiets finanziert werden.

Ende 1987 gibt die Stadt eine Studie über die geplante Aufbereitungsanlage für kontaminierte Böden – Bodenwaschanlage – in Auftrag. Anfang 1988 werden dann die Pläne eines Firmenkonsortiums unter Federführung von Thyssen-Engineering bekannt, im ehemaligen Walzwerk der Henrichshütte eine großtechnische Anlage für das Waschen von kontaminierten Böden, Bauschutt und Schlacke zu errichten.

In einer Stadtverordnetensitzung Anfang Mai 1988 werden dann die Pläne von Thyssen-Engineering vorgestellt. Gleichzeitig wird eine erste partielle Technologiefolgeabschätzung durch das INFU- Institut Dortmund vorgelegt. Nach nur drei Wochen soll der Rat nach Willen der Verwaltung seine grundsätzliche Akzeptanz zu diesem Projekt bekunden. Im Anschluß einer Informationsveranstaltung der GRÜNEN gründet sich jedoch sofort eine Bürger-Initiative, die einen breiten Protest gegen dieses geplante Schnellverfahren in der Stadt organisiert. Sie erreicht durch ihren Protest auch eine kurze Hinauszögerung der Entscheidung. Der Rat bekundet jedoch am 09.06.88, gegen die Stimmen von GRÜNEN, DKP und vier Mitgliedern der SPD-Fraktion, seine grundsätzliche Akzeptanz zu der geplanten Anlage. Die in der Studie des INFU-Instituts geforderte Bürgerbeteiligung und -information unterbleibt jedoch. In den folgenden Wochen stabilisiert sich der Widerstand innerhalb der Bevölkerung.

Thyssen will zweimal Kasse machen

Es ist nicht abzustreiten, daß im Ruhrgebiet und auch in Hattingen selbst, ein großer Bedarf nach Entsorgung von Altlasten besteht, jedoch bleiben Zweifel an der Art der Anlage, und ihrer großtechnischen Dimension, vor allem im Hinblick darauf, daß bisher kaum praktische Erfahrungen vorliegen. Daneben ist es jedoch offensichtlich, daß es den Betreibern um Thyssen-Engineering (vorrangig große Bauunternehmen des Ruhrgebiets) nicht um Umweltschutz geht, sondern um die großtechnische Vermarktung des Altlastennotstands in NRW: Das Land NRW kauft altlastenverseuchte Böden u.a. von Thyssen (z.B. das Gelände der Henrichshütte) und läßt anschließend die Böden in der Bodenwaschanlage von Thyssen entsorgen. Der Thyssen- Konzern verdient also noch daran, daß er in der Vergangenheit die Böden verseucht hat. Die Kasse zahlt der Steuerzahler.

Hier entstehen auch nicht die beim Thyssen-Konzern eingeforderten Ersatzarbeitsplätze. Diese zunächst ca. 80 Arbeitsplätze obliegen zum Teil schwersten Arbeitsbedingungen unter Benutzung von Vollschutzanzügen. Die IG- Metall weist auch zurecht auf mögliche Gefahren für die nur durch eine Mauer von der Anlage getrennte Belegschaft der Vereinigten Schmiedewerke (Restwerk der Henrichshütte) hin.

Es bleibt die Frage, was bringt der Strukturwandel der Stadt Hattingen? Bedeutet Umweltzentrum nur Müllhalde für Sonderabfall und Altlasten anstelle von Entwicklung zukunftsträchtiger Technologien, die bei ihrer Produktion und Anwendung Umweltbelastungen vermeiden? Wird Hattingen nur Reparaturbetrieb für verfehlte Umweltpolitik?

Es bleibt als Fazit festzuhalten, daß der eingeleitete Strukturwandel sich im Wesentlichen wieder an den Interessen des seit Jahren die Stadt beherrschenden Thyssen- Konzerns orientiert.

Armin Thiemann, von Beruf Betriebswirt, seit Jahren Betriebsratsmitglied einer Bochumer Maschinenfabrik der Bergbauzuliefer- Industrie. Seit Mai '87 ist er Mitglied des Stadtrats in Hattingen für die Fraktion der GRÜNEN, in der er unter anderem für das Thema Neugliederung der Energieversorgung der Stadt Hattingen zuständig ist.

Schwarzer Faden
Vierteljahresschrift für Lust undFreiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.29:
★ **Anti-IWF-Kampagne** von Jutta Hackland
★ **Shell-Boykott** von der Antifa Gruppe Nijmegen
★ **Revolution und Putsch in Birma** von Wolfgang Haug
★ **Kubat-Dreieck** von Ralf G. Landmesser
★ **Filmkritik** von Herby Sachs
★ **Medizinkritk** von Ulli Mamat
★ **Interview mit Michel Foucault zu Machtbeziehungen (1984)**
★ **Ökonomie und Herrschaft** von Luciano Lanza
★ **Mythos Kibbuzim** von Syma Popper
Story: Was passierte wirklich beim **Stromausfall?** (New York in den 60er Jahren)
Diskussion: **Vergewaltigung** (SRKK-Artikel contra Pulverfass-Frauen)
Außerdem: Berichte von Veranstaltungen, Nachrufe, Anarcho-Szenenachrichten (CNT, Flora, Libertäre Zentren), Strobl/ Penselin, WRI-Kongreß, Anarchisten in der DDR , Rezensionen, LeserInnenbriefe etc.

Einzelnummer: 6.-DM
Sondernr. Feminismus: 6.-DM
Sondernummer ARBEIT: 5.-DM
Förderabo (8Nrn.): 50.-DM
Sondernr. SF-0 bis 12: 10.-DM

★
Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1
Tel. 07033/44273

Selbstverwaltung:

Sackgasse der Selbstausbeutung oder Perspektive der Selbstentfaltung?

Red. Rhein/Main Das Prinzip der Selbstverwaltung – der Verwaltung der Betriebe durch die in ihnen Beschäftigten – ist in der deutschen Tradition immer unterentwickelt gewesen, z.B. im Verhältnis zu den Kooperativen – Bewegungen in den romanischen oder einigen anderen Ländern. Völlig den Garaus machte die NS-Zeit. Nach dem Krieg hat es dagegen faszinierende Ansätze einer spontanen Selbstverwaltung – unter den Bedingungen zerstörter Betriebe und eines ungeheuren Mangels – gegeben: Georg Benz hat einmal erzählt, wie nach dem Krieg in norddeutschen Hafenstädten die Belegschaften und die gewählten VertreterInnen der Belegschaften selbst die Betriebe und die Produktion wiederaufbauen mußten – die zumeist NS-belasteten Betriebsführungen hatten ja zunächst einmal untertauchen müssen.

Ulrich Briefs, MdB

Zwei entgegengesetzte Kräfte haben jedoch die Bedingungen für selbstverwaltete Betriebe in der Nachkriegszeit – mit der Restauration des westdeutschen Kapitalismus – endgültig oder doch zumindest für lange Zeit zerstört. Die Adenauerregierung mit gesetzlichen Maßnahmen, die gegen die Genossenschaften, insbesondere die Konsumgenossenschaften, gerichtet waren und die Gewerkschaften mit der „Gemeinwirtschaft", die verbal zwar an die Tradition der Kooperativen-Bewegung anknüpfte, die aber inhaltlich nichts mit Selbstverwaltung zu tun hatte, sondern nur ein leicht verbrämter, insbesondere sozial abgefederter Kapitalismus im Eigentum der Gewerkschaften war.

Ein wirklicher „Sektor" der Selbstverwaltung in der BRD ist eigentlich erst mit den Alternativbetrieben in den 70er Jahren entstanden. Diese Selbstverwaltung und ihre Verhältnisse sind eine der wichtigsten wirklichen, gesellschaftlich nützlichen „Innovationen" der Nachkriegszeit in der BRD.

Insbesondere aber sind die Betriebe des „Alternativsektors" nicht dem ständigen Wachstumszwang unterworfen, der in einem „normalen" Betrieb jede Phase des Betriebsgeschehens durchdringt und dabei ständigen Druck schafft.

Diese auf Wachstum zwangsweise versessenen Eigentümer sind aber auch, das zeigen die Alternativbetriebe sozusagen modellhaft, nicht nötig und ebensowenig nötig ist folglich der unaufhörliche Zwang, ökonomisch zu wachsen. Man/frau in den selbstverwalteten Betrieben produziert dagegen nicht, um das „Kapital" mit Zinsen, Abschreibungen, Wagnissen usw. zu „bedienen" und damit dafür zu sorgen, daß in der nächsten Runde noch mehr Kapital darauf drängt, mit entsprechend höheren Zinsen, Abschreibungen, Wagnissen bedient zu werden – ein Reigen ohne Ende und weitgehend bar des sinnvollen Gebrauchs und Gebrauchswerts der schließlich produzierten Güter und Dienstleistungen.

Es ist aber noch ein weiter Weg, bis „Selbstverwaltung" tatsächlich zum vorherrschenden oder gar alleinigen Typ der Gestaltung der Betriebe geworden sein wird. Die volle Realisierung der Prinzipien der Selbstverwaltung macht zweifellos eine Umwälzung in der Wirtschaft und in der Gesellschaft notwendig.

Was bis zu einer solchen Umwälzung – in der fernen Zukunft –notwendig wird, ist insbesondere der Kampf um die Erhaltung und den Schutz der bestehenden Alternativbetriebe (wobei dort auch nicht durchweg alles Gold ist, was glänzt – im Sinne alternativer Vorstellungen der Gestaltung von Arbeit, Betrieben, Arbeitsplätzen, Umwelt, Beziehungen, Produktion).

DIE GRÜNEN als der politische Arm der Alternativ- und Basisbewegung müssen ihre Mittel nutzen, um zu diesem Schutz beizutragen. Grünalternative Wirtschaftspolitik heißt also: mit parlamentarischen Aktionen und außerparlamentarischem Druck dazu beitragen, daß die Rahmenbedingungen für das „alternative Wirtschaften" verbessert werden, daß insbesondere noch mehr „autonome Ansätze der Gestaltung der Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen" (ein anderes Beispiel wäre die Hafenstraße) verwirklicht werden können.

Insbesondere heißt das:

1. Bei Wirtschaftssubventionsprogrammen, die es in großer Zahl gibt, müssen Alternativbetriebe berücksichtigt werden.
2. Bei öffentlicher Auftragsvergabe müssen selbstverwalteten Betrieben entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden.
3. Die gesetzlichen und insbesondere auch die steuerrechtlichen Grundlagen für Genossenschaften und andere selbstverwaltete Betriebe müssen verbessert werden.
4. Einbeziehung von Alternativbetrieben in alle möglichen Wirtschafts- und Technologieförderungsprogramme wie ZIM in NRW u.ä.

Diese konkreten politischen Aufgaben müssen jedoch zugleich mit einer Veränderung der politisch wirksamen Kriterien in den entsprechenden Maßnahmen und Programmen verbunden sein. Es reicht nicht, Alternativbetriebe nach den Regeln z.B. der kapitalistischen Submission Angebote an öffentliche Auftraggeber erstellen zu lassen. Es stellt sich vielmehr die doppelte Aufgabe der Erschließung von Aufträgen sowie Finanzmitteln **und** Veränderung der rechtlichen und ökonomischen Kriterien und Ziele, die in den entsprechenden Programmen und Verfahren zum Zuge kommen.

Der Anspruch der Alternativbetriebe auf eine derartige „Förderung", die nichts mit dem traditionellen Subventionsunwesen und der damit verbundenen Korruption zu tun hat, sollte offensiv vorgetragen werden: Sie sind es, die eine alternative Wirtschaftslogik, die ohne Wachstum und Wachstumsdruck auskommt und die die Möglichkeit gesellschaftlich nützlicher Produkte und Produktion konkret enthält, realisieren.

Auf lange Sicht erscheint ein Konzept einer „Fondsökonomie" notwendig: Dem Staat und den auf lange Zeit noch (durchaus profitabel) existierenden privatwirtschaftlich- kapitalistischen Unternehmen (durch Umlagen, Steuern, Abführungen, sonstige Abgaben) Fonds abverlangen und durch parlamentarischen und außerparlamentarischen Druck abtrotzen.

- für Produktions- und Produktionsumstellungen (Produktionskonversion
- für Ersatzarbeitsplätze in gefährdeten Branchen und Betrieben (z.B. im Ruhrgebiet, wo jetzt ein erneutes Rheinhausen droht!)
- für die notwendige Stillegung von gefährlichen Produktionen (z.B. in der Chemieindustrie)
- für die Gewährleistung von Übergangsprozessen z.B. beim Ausbau von Schichtarbeit und entsprechenden Verfahrensumstellungen
- für die Überführung von Betrieben in das Eigentum der Belegschaft, auch in Konkursfällen
- für die Durchführung von Selbstverwaltungsprojekten in der autonomen Frauenbewegung
- für die Durchführung von selbstverwalteten Projekten in der „Dritten Welt" usw.

Das Entscheidende in diesen Fonds und in einer solchen Fondsökonomie ist aber: die Betroffenen – die Beschäftigten der betroffenen Betriebe, die Rüstungskonversionsgruppen, die autonomen Frauengruppen usw. usf. – bestimmen, wie die Fonds **und** die mit ihnen aufgebaute Produktion verwaltet werden. Selbstverwaltung, also auch in den Fonds – der Staat oder die „normalen" Betriebe haben zu finanzieren – aus dem ungeheuren Reichtum der heutigen Gesellschaft! Sie haben zu finanzieren, ohne zu kontrollieren. Dafür muß politisch, gesellschaftlich gekämpft werden. Für die Alternativprojekte und andere autonome Bewegungen in der Gesellschaft einen solchen Rahmen zu schaffen, sollte eine der vordringlichsten Aufgaben der Grünen Partei sein. Die darin zum Ausdruck kommenden Prinzipien könnten auch die Grundlage einer wirklich alternativen, einer grün-alternativen Wirtschaftspolitik sein.

Gnadenlose Bauernschläue und Prèt - à - Porter

Bericht über den FDP-Kongress „Frauen und Wirtschaft" in den neunziger Jahren vom 2.-4.11.88 in Berlin

Red. Frauen Vor dem Reichstag flattert ein Lurex- Fetzen an einer Hebebühne im Novembersturm, drin im Foyer herrscht new-age-gestylte Ästhetik. Nixdorf und die Post stellen ihre hardware zwischen echter Kunst aus. Alles hat eine Bedeutung, das Design bestimmt das Bewußtsein. Frauen und Wirtschaft in den neunziger Jahren ist das Thema der dreitägigen Versammlung. Frau Schmalz-Jacobsen zieht den alten Vorschlag eines Gleichstellungsgesetzes aus der Tasche. Frau Lambsdorff hat ein echtes Problem mit den Ladenschlußzeiten. Sie als „voll berufstätige Frau" muß immer bei Quelle bestellen oder im Ausland shopping gehen. Frau Schwarz-Schilling hingegen möchte wirklich einmal etwas für Mütter tun und schlägt vor, daß nur die Mütter in den Genuß einer Vorzugsrente kommen. Frau Süßmuth wiederum empfiehlt, nicht alles den Männern nachzumachen, die großen Fähigkeiten, die wir Frauen haben, also Warmherzigkeit und all so was, das sollen wir doch bitte auch beim Karrieremachen beibehalten.

Biggi Business
Blattgold Berlin

Damit spricht Frau Süßmuth den anwesenden Männern aus dem Herzen. Sie nämlich versprechen sich etwas von den Managerinnen an ihrer Seite. Mehr Personenorientierung bei der Führungsarbeit, Risikofreudigkeit, angenehmes Betriebsklima, nicht so viel Konkurrenz, mehr Kooperation. Ein Bundestagsvizepräsident und ein Unternehmensberater stochern in der Geschichte herum, der eine findet den kleinen Unterschied putzig, der andere breitet sich darüber aus, daß die Männer doch bloß deshalb an ihren Posten kleben, weil sie Angst haben, Angst vor dem Risiko und Angst vor dem Leben und das ist gar nicht zukunftsfähig für die Aufgabenstellungen, die die Wirtschaft in den neunziger Jahren zu lösen hat, deshalb müssen die Frauen ran, nicht mehr bloß um Händchen zu halten, nein, um es den Männern zu zeigen, die Frauen nämlich haben keine Angst vor dem Risiko und vor dem Leben auch nicht.

Andere Herren werden durchaus noch deutlicher: Angesagt sei „qualifizierte Teilzeit- und Heimarbeit" am Bildschirm, „Einsatzflexibilität", gefragt ist die „eigenverantwortliche, qualitätsbewußte" Mitarbeiterin. Angesagt ist desweiteren auch eine zunehmende Polarisierung der Arbeitsmarktchancen, das wollen wir hier gar nicht verschweigen, meine Damen, und es muß ernsthaft über die Harmonisierung der Arbeitskosten in der Bundesrepublik nachgedacht werden.

sisterhood is beautiful

Da schlackern Dir die Ohren, so moderat kam die Herrschaftssprache noch nie daher. Wer hinter diesen ernsten und doch liebevollen Worten gar das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung, weitere geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes, Zerstörung der Umwelt, Privatisierung von sozialer Sicherung usw. vermutet, sollte schnellstens zum face- lifting gehen, denn sisterhood ist nicht mehr powerful, sisterhood ist beautiful. Wir sind „in", wir sind Spitze, und wir gehören ganz sicher nicht zu den paar ewig Gestrigen, die uns den Erfolg nicht gönnen, und wenn wir es alleine nicht schaffen, dann machen wir ein schickes Frauenprojekt, in dem wir erwerbslose Frauen zu UnternehmerInnen trainieren.

Um das Maß an Peinlichkeiten übervoll zu machen, trat dann gegen Schluß der Tagung auch noch eine grüne Dame aus Bonn auf, die sich im Sinne der wertkonservativen Mütterpolitik um unser aller Hausfrauisierung mühte. Denn schließlich, wie sollen wir die weiblichen Werte in den Betrieben denn als Schönheitspflästerchen vor die abhanden kommenden ArbeitnehmerInnen- und Sozialrechte halten, wenn wir nicht bereit sind, diese weiblichen Werte weiterhin richtig weiblich, und das heißt doch wohl im Kinderzimmer zu trainieren.

Wir werden alle Unternehmerinnen

Wie also kann es gelingen, den 16-Stunden-Tag als Managerin mit dem Arbeitstag der Hausfrau und Mutter zu verbinden? Ganz einfach. Denken wir doch bloß einmal an die tollen Frauen, die sich zu unser aller Wohl für ihre Familien aufopfern. Das soll nicht länger so sein. Da bietet sich das dörflich-romantische Nachbarschaftshilfemodell der grünen Mütterpolitik an. Unsere erwerbslosen Nachbarinnen machen ihr eigenes kleines business als Tagesmütter, Produzentinnen des billigen Mittagstisches für die Alten und Kranken, sie versorgen uns mit dem echten Selbstgestrickten und tragen so als unsere Seilschaft dazu bei, daß wir es in der dünnen Luft der Betriebe echt weiblich aushalten. Dafür bezahlen wir ihnen dann auch ein bißchen etwas. Die alte Spaltung zwischen Müttern, Nicht- Müttern, Erwerbslosen und Berufsfrauen existiert nicht mehr, wir werden alle Unternehmerinnen. Herstellung größerer sozialer Gerechtigkeit durch ein beitragsunabhängiges System sozialer Sicherung? Garantierte Grundrente? Kindheitssicherung? garantierte Weiterbildungszeiten? Arbeitszeitverkürzung? Usw? – Davon war bei dieser Tagung nicht die Rede.

Hier werden auf charmante und vollkommen schamlose Weise Forderungen der Frauenbewegung pervertiert. Es wird von Frauenförderung gesprochen und von den Chancen der Frauen in der Wirtschaft. Aber, ich kann es nicht begreifen in dieser Versammlung, alle die Frauen, die hier sitzen und von diesen Dingen reden, sie haben doch noch nie Frauenförderung gebraucht. Sie haben immer profitabel geheiratet, ihr Business und Politik gemacht. Warum also entdecken sie jetzt, Ende der achtziger Jahre, plötzlich die schöne Gemeinsamkeit zwischen Frauen?

Die Wirtschaftsentwicklung geht in eine neokonservative Richtung. Gleichzeitig gibt es offensichtlich eine nicht zu unterdrückende Legitimationskrise. Die autonome Frauenbewegung ist zwar vielleicht nicht mehr das, was sie mal war, aber wir haben immer noch einen Bonus in puncto Glaubwürdigkeit und sozialer Gerechtigkeit. Darauf scheinen sie gierig zu sein, davon möchten sie ganz unfein etwas klauen. Auf den Kampf gegen die Gentechnik, gegen sexuelle Gewalt und für die Freigabe der Abtreibung und all solche Sachen, darauf haben sie keine Lust, davon wollen sie nichts wissen. Ganz nach dem Motto: Lasst uns doch von den Dingen reden, die uns verbinden und nicht von denen, die uns trennen, zugunsten einer erfolgreichen Frauenpolitik.

Das haben wir nicht gewollt!
und: die Umarmung dieser Frauen haben wir nicht verdient.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Frauenräume – Frauenträume?

Red. Frauen Vorträge, Arbeitsgruppen und eine Podiumsdiskussion waren Bestandteile der zweitägigen Fachtagung „Frauenräume – neue Berufs- und Lebenswege", die Anfang November in Kiel stattfand. Veranstaltet wurde sie von der AG Frauen und Schule, vom DPWV-Landesverband Schleswig-Holstein, Frauennetzwerk Kiel, Frauentreff Kiel, und vom Paritätischen Bildungswerk.

Daniela Hansen

Nach den offiziellen Grußworten prognostizierte die erste Referentin, Doris Hartmann, ein steigendes Interesse der Unternehmen an weiblichen Erwerbstätigen. In ihrem Vortrag konzentrierte sie sich allerdings auf Frauen, die ins Management oder in ähnliche Führungspositionen wollen. Frauen sollten verstärkt zielgerichtet handeln, aber ihre weibliche Identität erhalten, v.a. um mittels Einfühlungsvermögens die Arbeitswelt human zu gestalten.

Genug Stoff, um zu diskutieren, aber derartiges war im Programm nicht vorgesehen. Das darauffolgende Referat von Anita Heiliger (u.a. kofra) holte alle, die gedanklich schon in frauenfreundlichen Managementsphären schwebten, auf den Boden der real existierenden patriarchalischen Verhältnisse zurück. Im Grunde hat sich nicht geändert (z.B. § 218, Gewalt gegen Frauen), lediglich die Strategien sehen jetzt anders aus: mit Anzeigen, die Frauen ansprechen, wird für „Kernenergie" und die Mitarbeit von Frauen geworben usw. Eine genaue Analyse der Realität ist notwendig, um nicht auf einzelne scheinbar frauenfreundliche Maßnahmen reinzufallen und sich damit an männliche Standards anzupassen. A.Heiliger forderte die Zuhörerinnen auf, die nötige Unterstützung unter Frauen selbst herzustellen, Netzwerke zu bilden, um sich verstärkt einzumischen. Eine frauenunterstützende Infrastruktur muß geschaffen werden: im Erwerbsbereich, in den Medien, überall. Vor allem müssen Frauen sich selbst ernst nehmen! Der Beifall konnte als allgemeine Zustimmung gewertet werden, später stellte sich heraus, daß über das „Wie?" sehr unterschiedliche Ansichten bestanden und bestehen (Quotierung; rein in die Parteien; Staatsgelder für autonome Projekte; Zusammenarbeit mit Institutionen?).

Nachmittags verteilten sich die Teilnehmerinnen in verschiedene AGs (Frauentreffpunktarbeit, Beratungsarbeit, Frauen als Unternehmerinnen, Utopie ist lebbar), deren Ergebnisse und die Vorträge sollen in einer Dokumentation zusammengefaßt werden. Der zweite Tag begann mit einem Vortrag von Brigitte Siegel und Marie Sichtermann (beide vom Frauenbildungshaus Zülpich) zu den „Gründungsüberlegungen und der Finanzierung von Frauenprojekten: Brot und Rosen, ohne Geld geht's halt nicht". M. Sichtermann hob hervor, daß Frauen mit der Gründung ihrer Betriebe/Projekte nicht an das große Geld ran wollen, sondern daß ihre Prioritäten beim Spaß an der Arbeit liegen, die noch Zeit für andere(s) läßt, die sozialen Ansprüchen gerecht wird usw. – Rosen, mit denen sich karges Brot ertragen läßt. Für Frauenprojekte gibt es weder spezielle Förderprogramme noch Anlaufstellen. In einzelnen Programmen der Bundesländer werden sie zwar erwähnt, aber es sind unzureichende Maßnahmen. Die staatliche Förderung der Frauenprojekte wird gefordert mit dem Hinweis auf ihr innovatives Potential und den volkswirtschaftlichen Nutzen. Einen Überblick zu den Finanzierungsmaßnahmen liefert B. Siegel. Abschließend gaben die Referentinnen zu bedenken, daß ein erfolgreiches Unternehmerinnentum von einer höheren Schmuddeltoleranz abhängt, also: Haushalt reduzieren! Und alle Männer, die eine Frau zu Hause haben, sollen eine Ausgleichsabgabe in den „Fond für Unternehmerinnen" zahlen. (Heftiger Beifall).

Die „Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen aus Regierung, Partei, Verband, Institution" (lt. Programm) bildete den Abschluß der Fachtagung. Thema: Autonome Frauenprojekte in Schleswig-Holstein. Auf dem Podium sitzen Frau Eckertz-Höfer (Vertreterin der erkrankten Frauenministerin G. Böhrk), Gudrun Hunecke (Sprecherin für Frauen und Familie der CDU- Landtagsfraktion), Ute Erdsiek- Rave (Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion), Christel Achberger (Abteilungsleiterin im DPWV- Landesverband), Jutta Schümann (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Kiel), Siglinde Porsch (Vorsitzende des Landesfrauenrates), die Moderation übernahm Regine Meyer. Diese Zusammensetzung mit Blick auf das Thema löste bei einigen Frauen Befremden aus. Die Stellungnahmen der Frauen auf dem Podium reichten vom Lob der Frauenprojekte (akzeptiert, Bedarf vorhanden) und Kritik an der schlechten Finanzierung (Achberger) bis zur Aufforderung, sich in Verbänden und Parteien einzugliedern (Hunecke, Porsch), um an Entscheidungen teilzunehmen. Jutta Schümann betonte, daß die Vergaberichtlinien sich an den Frauenprojekten orientieren müssen, nicht umgekehrt und plädierte für eine Annäherung zwischen Frauenprojekten und Institutionen. Die Diskussion bezog sich hauptsächlich auf die Forderungen der Frauen aus den Projekten an das Frauenministerium und auf den Erhalt der Autonomie: „Ihr wißt genau, was wir wollen – deshalb müssen wir nicht in die Parteien!" (B. Siegel). Die Landesarbeitsgemeinschaft autonomer Frauenprojekte in Schleswig-Holstein (LAG, z.Zt. insgesamt 11 Projekte) fordert u.a. für neugegründete Frauen- und Lesbenprojekte mindestens 200.000 DM jährlich als Grundsicherung, ohne daß sie an die Mitgliedschaft in einem Wohlfahrtsverband gebunden ist. Auf Anfragen, Forderungen u.ä. reagierte Frau Eckertz-Höfer mit Ausflüchten wie Arbeitsüberlastung, Personalmangel ... Als daraufhin einige Frauen ärgerlich wurden, stellte Frau Sichtermann die Frage in den Raum, wieso Frauen aus der autonomen Frauenbewegung so hohe Erwartungen ausgerechnet an die SPD stellen, wo wir doch schon lange wissen, daß der gemeinsame (Männer und Frauen) Kampf bei der SPD im Vordergrund steht (fragt sich nur noch: wogegen?).

Ob aus den vielen schönen Worten, die vom Podium aus zu hören waren, von den Lobeshymnen auf das innovative Potential usw., sich tatsächlich etwas für die Frauenprojekte zum Vorteil (also vor allem in DM) ändern wird, werden wir sehen. Ein Frauenministerium allein schafft noch keine lila Horizonte und ohne permanente Nörgeleien, Forderungen und was-frau-sich-sonstnoch-einfallen-läßt wird es auch nicht in die Puschen kommen, denn die „parlamentarischen Zwänge" (Erdsiek-Rave) verhindern so einiges (da steckt System hinter).

AURO Nr. 131 Naturharzöl-Lasur

Yin und Yang

Wie jeder weiß, stammen diese Begriffe aus der chinesischen Philosophie und bezeichnen die Prinzipien lichtvoller Geistigkeit und lichtloser Stofflichkeit. Weitgehend unbekannt bei uns ist jedoch, daß aus China auch AURO-Rohstoffe stammen, etwa das Tungöl.

Es wird aus dem Samen des Tungbaums gewonnen und ist ein wertvoller Inhaltsstoff der AURO Naturharzöl-Lasur. Vom Prinzip der Stofflichkeit her betrachtet, vermittelt das Tungöl den AURO Lasuren hervorragendes Eindringvermögen in Holzoberflächen und ist so Garant für dauerhaften Holzschutz. Vom Prinzip der Geistigkeit her gesehen, sichert das Tungöl die leuchtende Farbigkeit und die wohltuende Harmonie der AURO Lasuren. Zudem sind sie praxiserprobt, ökologisch unbedenklich, risikofrei in der Anwendung – und natürlich problemlos zu verarbeiten.

Der Natur vertrauen.

AURO

Postfach 1220 · D-3300 Braunschweig · Telefon 0531-895086

Eigenständige Regionalentwicklung

Ein Konzept zur Entwicklung der ländlichen Regionen?

Red. Heidelberg Der Begriff der „eigenständigen Regionalentwicklung“ (ER) hat einen positiven Klang, schwingen bei ihm doch so hoffnungsvolle Motive wie „Selbststeuerung“, „Eigenplanung“, „Regionale Teilautonomie“, „Regionalplanung von Unten“, „Selbstentwicklung der Regionen nach ihren Bedürfnissen und Notwendigkeiten“ mit. Die konkrete Utopie der eigenständigen Regionalentwicklung, neue Entwicklungsperspektiven für alle – nicht nur für bereits existierende Unternehmungen und Betriebe – zu bieten, Eigeninitiative von Unten finanziell zu honorieren und damit einen neuen Selbständigen-Typ des „eigenständigen Provinzlers“ oder politisch verankerten „homo regionalis“ zu schaffen, ist die Ursache dafür, warum die Konzeption der ER aktuell so heiß diskutiert wird.

Albert Herrenknecht

Neben dieser Euphorie existiert gleichzeitig eine völlige Sprachverwirrung, denn der Begriff der ER wird sowohl von der offiziellen Raumplanung, von CDU-Wirtschaftspolitikern, von den Spitzenverbänden der Industrie, als auch von regionalen Initiativgruppen in der Provinz gleichermaßen verwendet. Um die jeweils dahinterstehenden Interessen und Strategien etwas genauer auszuleuchten und für mehr Begriff-Klarheit zu sorgen, ist es zunächst notwendig, sich mit der ER-Definition, wie sie z.Zt. durch die Raumplanungs-Diskussion geistert, auseinanderzusetzen.

„Eigenständige Entwicklung von Oben“

Der Versuch des Staates, sich aus der politischen Verantwortung für die Fläche herauszumogeln.

Die durch den Niedergang alter Industrieregionen, ökologische Notprogramme, unsinnige High-Tech- und Rüstungsindustrieplanungen bedingte Leere staatlicher Kassen, aber auch die bisherige Erfolglosigkeit staatlicher Regionalpolitik haben zu einem Umdenken und Umschwenken innerhalb der Zielsetzung staatlicher Strukturplanung geführt. Dieser **Paradigmenwechsel** könnte schlagwortartig folgendermaßen umrissen werden:

- Förderung „Regionaler Eliten“ (des „endogenen Unternehmerpotentials“) statt Industrieansiedlungen von Außen.
- Ausbildungsförderung und Informationstransfer statt Sachkapitalförderung und Kapitaltransfer
- Strukturpolitik (Vorbereitung auf Weltmarkt- Export) statt regionaler Beschäftigungspolitik (Schaffung sinnvoller regionaler Arbeitsplätze).

Faktisch bedeutet dies den Ausstieg aus der offensiven staatlichen Strukturpolitik, die Überlassung der Fläche an die Gesetze der steigenden Disparitätenschere zwischen Stadt und Land und die Forcierung der „passiven Sanierung“ des ländlichen Raums.

Der Staat schaut der immer weiter fortschreitenden Zentralisierung und ökonomischen Ausräumung der Provinz (Zerstörung von Kleinökonomien, Vernichtung der bäuerlichen Landwirtschaft, Erhöhung der Pendelwege und - Intensität etc.) zu, fördert die wenigen Unternehmungen und „Potentiale“, die sich diesem programmierten Niedergang durch technologische Innovation und Export-Orientierung entziehen und versucht gleichzeitig, durch eine Art **„Sozialplan für die Fläche“** die offensichtlichsten strukturellen Ungerechtigkeiten abzumildern und irgendeine Form von Beschäftigung (z.B. als Landschaftspfleger) oder Abfindung (Vorruhestandsgelder etc.) zu finden. Dieser Trend betrifft aber nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die anderen Betriebszweige (Handwerk, Gewerbe, Kleinindustrie), die sich nur durch Niedriglöhne, schwache Sozialleistungen, Verzehr von Rücklagen und Betriebssubstanz am Leben erhalten können. Das ganze Ausmaß der anstehenden **„technokratischen Flurbereinigung“ der Provinz** wird sich erst in den 90er Jahren zeigen.

Eigenständige Regionalentwicklung von unten

Der Versuch von Projekten, neue Wirtschafts- und Kulturinitiativen in den Regionen aufzubauen.

Gegen den ungebrochenen und eher noch zunehmenden Trend einer **breitangelegten Ent-Regionalisierung der Provinz** versucht das Konzept der *Eigenständigen Regionalentwicklung von unten* Widerstand zu leisten, Kleinökonomien nicht nur am Leben zu erhalten, sondern durch neue Produkte und Verteilungswege, durch flexible Reaktion auf neuen regionalen bedarf (z.B. in der Altbausanierung), durch den Aufbau eines „inneren Marktes“, zu stabilisieren. Die ökonomische Absicherung regionaler Arbeitsplätze, oder sogar der Ausbau lokaler Beschäftigungsmöglichkeiten ist wichtig, um die Abwanderung oder soziale Unterbeschäftigung (Unterbezahlung, berufsfremde und unterqualifizierte Tätigkeiten, Multi-Job-Arbeiten, etc.) abzubauen. Gesamtgesellschaftlich gesehen ist die wirtschaftliche Bedeutung von solchen Projekten wie Direktvermarktungsinitiativen, Restaurationshandwerksbetrieben etc. eher unbedeutend und marginal, während ihre **Rolle als „Experimentier- und Zukunftswerkstätten“,** als mögliches Beispiel für einen anderen Weg, als lokale Alternative, sehr wichtig ist. ER könnte man als eine Art *Lernbewegung* verstehen, die nach der Zeit der großen Ökologiebewegungen der 70er Jahre nun in einer Art „Post-Nein-Danke-Ära“ sich aufgemacht hat, in vielen kleinen Projekten und Netzen mögliche konkrete Alternativen auszuprobieren.

Dies ist kein Rückzug auf Nischen, sondern der Versuch, Auswege aus der globalen Entwicklungsfalle oder – aus der Sicht der Provinz gesehen – provinziellen Strukturfalle (die durch die Ent-Funktionalisierung des Ländlichen Raumes immer mehr zuschnappt) zu suchen. Eigenständige Regionalentwicklung will die Rückkehr der Projekte zu einer **neuen Regionalpolitik,** sonst wäre sie selbst keine eigenständige **Regional**-Entwicklung, sondern nur eine eigenständige **Projektförderung.**

Um diesen Weg zu finden und gehen zu können, bedarf es eines bereits bestehenden oder **verbindlich angestrebten Regionalbezugs,** der durch Mitarbeit in politischen Initiativen, lokales und regionalpolitisches Engagement etc. verankert ist. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zur ER von oben, die kein Interesse an der Entwicklung dieser regionalen Netze hat, sondern die regionalen Standortvorteile nur als „Ressource“ oder „Potential“ (= Machtfaktor) ausnützen und ausbeuten will, um die Startbedingungen nach Oben und Außen zu verbessern.

Daß in der tatsächlichen Bewertung und konzeptionellen Bedeutung der Rolle der Region in der ER ein wichtiger politischer Gradmesser für einen Erfolg oder Mißerfolg der ER liegt, zeigt z.B. das Modell der ÖAR (Österreichische Arbeitsgemeinschaft für ER), bei der sich die Förderung von Wirtschaftsprojekten mit Hilfe eines zentralen staatlichen Förder-Fonds inzwischen soweit verselbständigt hat, daß nur noch die Wertschöpfung, die Bilanzsumme, die nominelle Zahl der Arbeitsplätze, also die betriebswirtschafltiche Statistik, zählt, während andere - die regionalen - Erfolgskriterien wie z.B. regionale Aktivierung und Mobilisierung der Betroffenen, regionale Vernetzung und kulturelle Belebung der Region, etc. allmählich verlorengehen.

Hier zeigt sich ein wesentlicher Widerspruch in der Konzeption der ER, wie sie z.Zt. als zentral-staatliches Förderungsprogramm für Wirtschaftsprojekte in benachteiligten ländlichen Regionen betrieben wird. ER kann, sofern sie regional nicht kontrolliert und von den regionalen Initiativen aus nicht regional ausgerichtet wird, zu einer wichtigen **systemimmanenten Modernisierungsreserve** werden, d.h. zur Abschöpfung „endogener Entwicklungskräfte“ lokaler Forschungsenergien und wirtschaftlicher Innovationspotentiale führen.

Dieser Prozeß findet auch dann statt, wenn die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze noch in der Region bleiben, die Betriebe und ihre Produkte aber nichts mehr mit der Region und dem regionalen Markt zu tun haben. Für die ER deshalb „regionale Wertschöpfung“ als **das** Grundkriterium anzulegen, ist banal, sofern nicht untersucht wird, wie die Region - nicht nur wirtschaftliche, sondern auch sozial, kulturell und ökologisch von solchen Betrieben und Projekten profitiert. Gerade bei Ausarbeitung eines ER Konzeptes für die besondere Problemlage ländlicher Regionen in der BRD ist es wichtig, diese „Ganzheitlichkeitssicht“ anzulegen und nicht durch eine bloße Übernahme des Österreichischen Modells einem theorielosen Pragmatismus zu verfallen und dadurch zu einem unbewußten Werkzeug neuer staatlicher High-Tech und Sozial- Politik zu werden, die Spaltung von Gesellschaft in eine 2/3 Gesellschaft auch in der Provinz voranzutreiben.

Eigenständige Regionalentwicklung von ganz unten

Ein staatliches Hilfsprogramm zur Intensivierung der regionalen Selbsthilfe

ER von ganz unten, aus dem Blickwinkel eines auf Zusatzeinkommen angewiesenen Landwirtes, eines gerne ökologisch-produzierenden Kleinbetriebes oder eines arbeitslosen Akademikers in der Provinz betrachtet, zeigt einen Hoffnungsträger, nämlich die Chance, den Hof zu halten, trotz ökologischer Zusatzinvestitionen weiter produzieren zu können, einen sinnvollen und qualifizierten Arbeitsplatz zu finden. Dies sind handfeste Argumente, konkrete Lebensverbesserungen, regionale Infrastruktursicherungen. Auf dieser Basis ist ER als Förderungsprogramm wirklich eine Alternative mit der Chance zu neuen Zukunftsperspektiven. Das Bedürfnis nach gesicherter sozialer Existenz, nach wirtschaftlicher Reproduktion, ist elementar und wurde in den politischen Bewegungen der 60er und 70er Jahre immer wieder verdrängt und ausgeklammert. Die beruflichen Überlebensfragen nun selbst zum Politikum zu machen, ist ein Schritt in die richtige Richtung, sowohl sich selbst gegenüber (durch Anerkennung der beruflichen Zwänge), als auch als Brücke hin zum Leben anderer Bevölkerungsgruppen und zum Verständnis ihrer Soziallage. Noch nie bestand von Seiten der Provinzbevölkerung eine solche Gesprächsbereitschaft mit bisher als „Alternativspinner“ diffamierten Gruppen, noch nie wurde in allen Verbänden etc. über neue Wege zur Lösung der gegenwärtigen Umbruchkrise auf dem Lande so breit diskutiert wie jetzt. Vor dem Hintergurnd dieser Situation kann das Arbeiten in gemeinsamen Projekten, das Lernen im Tun, das gelungene Beispiel, das experimentielle Probieren, ein wichtiges Moment gegenseitiger Vermittlung und Lernprozesse sein. Dies ist eine Chance zu einer neuen Qualität ländlicher Kultur- und Bildungsarbeit, wie sie innerhalb herkömmlicher Lernformen und Veranstaltungen nicht möglich war und ist. **ER als projektorientiertes Lernen** ist ein wichtiges Medium, Vereinzelung auf dem Lande zu durchbrechen und neue, inhaltliche Kommunikationskanäle und - Netze aufzubauen, Solidarisierungen zu erleben. Dies macht die Arbeit von ER-Projekten schon an sich zu einem kulturellen Fortschritt und zwingenden Politikum.

Die kritische Schwelle der ER liegt sicher dort, wo das Stadium einer experimentellen Zukunftswerkstatt verlassen wird und durch das Anlaufen der staatlichen Förderung die Erfolgskriterien der Arbeit **nicht mehr regional** (Z.B. als erfolgreiche Aktivierung der Betroffenen, als Verdichtung regionaler Nezte, als Sensibilisierung für neue Entwicklungsalternativen) definiert werden, sondern **zentral** (Als Forderung, Steuergelder möglichst erfolgreich in die Arbeitsplatzschaffung zu „investieren“, möglichst preiswert, gesicherte und qualitativ gute Arbeitsplätze zu fördern und die nicht unmittelbar „bilanzierbaren“ Nebenkosten, wie z.B. die Aktivierungs- und Motivierungsarbeit, die Selbstschulung der Regionalberater, die Aufwendungen für regionale Vernetzungsarbeit, etc. möglichst zu reduzieren). Diesem ökonomischen und politischen Erfolgszwang als staatliche Projektförderung könnte nur dadurch entgangen werden, daß keine öffentlichen Mittel beansprucht würden und die Maßnahmen der ER (Beratung etc) selbstfinanziert würden. Dies ist unmöglich, da die betroffenen Gruppen selbst sozial-marginalisiert sind und sich dies nicht „leisten“ können. Außerdem ist ER auch angetreten, um den Rechtsanspruch der zwangsmarginalisierten Gruppen in der Provinz nach finanzieller Unterstützung und damit einhergehender kultureller und politischer Anerkennung ihrer Problemlage und Arbeit einzuklagen. Die ER will und braucht diese materielle und ideele Unterstützung, allerdings nicht um jeden Preis. Die Schmerzgrenze liegt sicher dort, wo sich die Förderung der ER nur als eine Fortsetzung der „harten“ staatlichen Förderung (Selektive Ankoppelung an Weltmarktniveau; innovative Ausbeutung ländlicher Ressourcen, etc.) herausstellt oder die politischen Inhalte der ER (Verwirklichung von mehr regionaler Autonomie, Erhöhung der Partizipation der Betroffenen, Bewußtseinsbildung in Richtung eines „emanzipatorischen Regionalismus“) nicht mehr programmatisch und organisatorisch realisiert werden können. ER ist der **Versuch eines sozialen Dialogs und Bündnisses zwischen ländlichen Projekten und Initiativgruppen** (Die in ihrem Spektrum weit über das städtischer Alternativbewegungen hinausreichen) **mit dem Staat,** um die sozialen Abkoppelungstendenzen auch auf dem Lande zu stoppen und durch mehr geförderte Bürgerbeteiligung von Unten neue Wege der Selbsthilfe zu gehen. Es ist damit gleichzeitig der Versuch, die politische Verantwortung des Staates für die Fläche zu skandalisieren und eine Umleitung der oft verschleuderten oder vergeblichen Regionalförderungsmittel nach ganz unten, in die Projekte zu erreichen. Um dies bewerkstelligen zu können, braucht es nicht nur eine Vielzahl von inFrage kommenden, förderungswürdigen Modellen, (als eine Art „regionalen Bedarf“) sondern auch eine politisch zuverlässige Verteilungsstruktur (die ER- Vereine), die die Legitimation ihrer „ideellen Basis“ der Initiativgruppen und Projekte, haben und diese durch eine radikale Regionalisierungspolitik (Vorrang der Selbstvertretung der Region) auch unter Beweis stellen.

Was ist „Eigenständige Regionalentwicklung“?

Das Modell der „Eigenständigen Regionalentwicklung“ wurde in Österreich entwickelt und existiert dort schon seit 1981. Ziel der ER ist es, durch die Förderung von Wirtschaftsprojekten innerhalb der strukturschwachen ländlichen Regionen neue Arbeitsplatz- und Einkommensmöglichkeiten zu erschließen und über das allmählich entstehende Netz zwischen den Projekten einer Region weitergehende „Regionalentwicklungen“ (politische Aktionen, Gegenöffentlichkeit über eine Zeitung, Kultur- und Bildungsveranstaltungen, Einrichtung von „Regionalvereinen“, etc.) anzustoßen.

Die Förderung der regionalen Projekte erfolgt durch einen speziellen Förderungsfonds, der im Fall Österreich bei der Bundesebene, im Modell der VER Hessen (der als erster Verein das Modell in der BRD realisierte) beim Landwirtschaftsministerium angesiedelt ist. Die finanzielle Förderung wird durch eine spezielle Fachberatung in Form von „Regionalbetreuern“ (in Österreich) oder „Regionalberatern“ (in Hessen) begleitet. Die Anstellung der Regionalberater erfolgt über die autonomen ER- Vereine.

Materialien und Initiativgruppen zur Eigenständigen Regionalentwicklung

ÖAR: (Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung) Hg.: Peripherie im Aufbruch Eigenständige Regionalentwicklung in Europa, 206 Seiten, **Bezug:** ÖAR, Amalienstr. 68, A-1130 Wien

Regionalrundbrief, Liste von VER-Veröffentlichungen **Bezug:** Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen e.V. (VER), Brückengasse 22, 3508 Melsungen

PRO REGIO - Zeitschrift für Provinzarbeit und Eigenständige Regionalentwicklung - Eine neue Perspektive für den ländlichen Raum. **Bezug:** Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg e.V., Franken-Dom-Str. 74, 6973 Boxberg-Wölchingen

provinznest - Rundbrief von und für AktivistInnen eigenständiger Regionalentwicklung und Provinzarbeit, **Hg. und Bezug:** Trägerverein Provinzarbeit in Bayern e.V., c/o Elisabeth Köhler, Allgäustr. 66, 8930 Schwabmünchen

Informationen und Dokumentationen über die Arbeit des Vereins Eigenständige Regionalentwicklung in Schleswig Holstein. **Bezug:** VERS, Norderende 12, 2381 Hollinstedt

Selbstdarstellung des VER- NF: Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Nordfriesland e.V., **Bezug:** Süderstr. 3, 2251 Wester-Ohrstedt

Ansätze zur Eigenständigen Regionalentwicklung in Rheinland-Pfalz, **Kontakt:** Alfred Gettmann, Grüne Landtagsfraktion, Deutschhausplatz 12, 6500 Mainz

Umbauprogramm Oberpfalz: Fraktion die Grünen im Bayerischen Landtag (Eberhard Petri), Ismaninger Str. 7, 8000 München 80

Eigenständige Regionalentwicklung in Hessen

Red. Heidelberg Hessen war das erste Bundesland, in dem Ansätze Eigenständiger Regionalentwicklung praktisch umgesetzt werden konnten. Leider dauerte der Traum nur drei Jahre; nach der hessischen Wende, im April 1987, wurde rot-grüner Ballast über Bord geworfen. Übrigens, eineinhalb Jahre nach der Wahl, wurde vom Landwirtschaftsministerium ein sogenanntes neues Förderprogramm aufgelegt, das sich stark an den Richtlinien des Ländlichen Regionalprogramms orientiert ...

Hilde Brandt

Regionalprogramm

Seit 1984 gab es ein integriertes Förderprogramm für den ländlichen Raum, das Ländliche Regionalprogramm (LRP). Hiernach konnten Projekte, wenn sie folgende Charakteristika erfüllten, Investionszuschüsse bis 50% – maximal 50.000,- DM – erhalten: Schaffung neuer Arbeitsplätze oder Verbesserung des Einkommens, Sitz in ländlichen Gebieten, regionale Orientierung, ökologische und soziale Verträglichkeit, humane Arbeitsbedingungen, Personenzusammenschlüsse, nur in Ausnahmen Einzelbetriebe. Darüberhinaus mußten die Vorhaben die regionale Wertschöpfung erhöhen und in bestimmten Branchen angesiedelt sein: Direktvermarktung oder Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, regionsspezifische handwerkliche Produktion, dezentrale Energienutzung, neue Formen des Tourismus, angepaßte Landtechnik, Naturschutz durch Nutzung.

Durch das Ländliche Regionalprogramm wurden bis Ende 1987 61 Projekte gefördert und dadurch 73 Arbeitsplätze neugeschaffen sowie 135 Arbeitsplätze erhalten.

Die Umsetzung dieses von den Kriterien her anspruchsvollen Programms erforderte eine dazugehörige spezielle Beratung, die 1985 nach zähen politischen Verhandlungen durchgesetzt und beim Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen (im folgenden VER) angesiedelt wurde.

Regionalberatung

Ab November 1985 konnte der VER eine kostenlose, begleitende und umfassende Beratung anbieten. Über den gesamten Zeitraum – von der Diskussion erster Projektideen bis zu Realisierung eines Vorhabens – dient der oder die RegionalberaterIn als Kooperationsstelle – ob es nun um die Fragen der Gesellschaftsform, Finanzierung, Kalkulation, Rechtsfragen, Hersteller wichtiger Geräte oder Gruppendiskussionsprozesse geht. Einen mehr oder weniger großen Teil der Antworten muß die Regionalberatung von SpezialistInnen organisieren. Entscheidend, und nach unseren Erfahrungen auch erheblich motivierend, ist jedoch, daß die stark zersplitterten Kompetenzen und Aufsichtsfunktionen von einer einzigen Ansprechstelle (re)koordiniert werden und so erhebliche Reibungsverluste bei der Umsetzung innovativer Vorhaben beseitigt werden, an denen viele Basisprojekte scheitern.

Hierzu wurden nun vom VER zunächst vier RegionalberaterInnen eingestellt, die sich regional auf die 15 ländlich strukturierten Landkreise Hessens aufteilten und z.T. auch in den jeweiligen Beratungsgebieten leben.

Dies ist wichtig für ein Beratungsangebot, das den Anspruch hat, begleitend und umfassend zu sein. Die BeraterInnen müssen aufgrund ihrer Regionskenntnis die Realisierung eines Projektes (zusammen mit den zukünftigen ProjektträgerInnen) einschätzen können. Dazu gehört es, zu wissen, ob es überhaupt einen Bedarf für ein geplantes Projekt gibt, ob sich vorhandene Projekte sinnvoll vernetzen lassen.

Die Regionalberatung des VER hat hauptsächlich auf Anfragen reagiert, d.h. daß wir zu Beginn unseres Projektes verstärkt durch Veranstaltungen und Informationsblätter Öffentlichkeitsarbeit betreiben mußten, um auf das Beratungsangebot und das Förderprogramm aufmerksam zu machen; nach dieser Phase hagelte es dann Anfragen von ProjektlerInnen mit Beratungsbedarf. Natürlich spielte die Möglichkeit, einen Antrag beim LRP stellen zu können, keine untergeordnete Rolle.

Inzwischen ist der erste bundesrepublikanische Ansatz zur Stützung einer Eigenständigen Regionalentwicklung beendet. Sowohl das Ländliche Regionalprogramm als auch die Beratung des Vereins wurden von der neuen hessischen Landesregierung ersatzlos gestrichen. Begründet wurde diese Entscheidung unter anderen damit, daß es andere Einzelförderprogramme gäbe, die die breite Förderpalette des Ländlichen Regionalprogramms abdecken, und somit die Vorhaben durch andere Programme bezuschußt werden könnten; die Beratung sei sowieso eine hoheitliche Aufgabe der eigenen Landwirtschaftsverwaltung.

Allerdings stellte die Landesregierung während der Grünen Woche 1988 in Berlin auf ihren Schautafeln unter dem Titel „Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze im Dorf" ausschließlich VER- beratene und LRP-geförderte Projekte vor.

Auswertungsaspekte

Insgesamt kann auch nach einer nur kurzen Laufzeit das Experiment „Eigenständige Regionalentwicklung" als eindeutiger Erfolg gewertet werden. Allein die oben genannten Zahlen wie auch die sensible politische Reaktion der neuen hessischen Regierung sprechen hier bereits für sich. Während sich verschiedene innovative Elemente bewährt haben (wie die Förderung von Gemeinschaftsvorhaben, Kombination Förderung/Beratung, intergrierter Ansatz), sollen abschließend einige Aspekte betrachtet werden, die für die zukünftige Arbeit weiterentwickelt werden müssen:

O Das Ländliche Regionalprogramm deckte ein breites inhaltliches Förderspektrum ab. Dennoch wurden wesentliche Bereiche, die für eine integrierte Regionalentwicklung notwendig sind, nicht erfaßt, wie zum Beispiel Kultur, soziale Infrastrukturvorhaben, Versorgungseinrichtungen. Die Förderung dieser Bereiche fällt allerdings nicht automatisch in die Kompetenzen des Landwirtschaftsministeriums – bei dem das LRP angesiedelt war. Allerdings zeigen andere Beispiele, daß eine kompetenzüberschreitende Förderung, wenn politisch gewünscht, möglich wäre. Einige noch zu berücksichtigende Bereiche ergaben sich auch erst durch die praktische Umsetzung.

in den Richtlinien verwendete Begriff der regionsspezifischen Produktion zu uneindeutig oder die Informationskanäle zu sehr landwirtschaftlich geprägt. (Das gleiche trifft auch für Energieprojekte zu).

O Die Aufteilung der Beratungsregionen war wesentlich möglicherweise war die Förderungshöchstsumme für handwerkliche Betriebe einfach zu gering, der Personenzusammenschluß als Förderungsvoraussetzung für überwiegend immobile Betriebe nicht zu realisieren, der in den Richtlinien verwendete Begriff der ~ regionsspezifischen Produktion zu uneindeutig oder die Informationskanäle zu sehr landwirtschaftlich geprägt. (Das gleiche trifft auch für Energieprojekte zu).

O Die Aufteilung der Beratungsregionen war wesentlich zu groß. Allerdings ergab sich diese Größe durch die Anzahl der genehmigten Beratungsstellen und außerdem durch die Erfüllung eines politischen Auftrags, der in den gesamten ländlichen hessischen Regionen umzusetzen war. Aufgrund der Entfernungen (bis zu 150 km) konnten nicht wie im ursprünglichen Ansatz vorgesehen, regionale Engpaß- und Potentialanalysen aufgestellt werden, anhand derer Projektideen auf ihre regionale Auswirkung überprüft worden wären.

O Der hessische Kombinationsansatz (Beratung und zeitlich unklar begrenztes Förderungsprogramm) birgt für antragstellende Projekte die Gefahr der Überstürzung. Konkret bedeutet das, daß Projekte mit der Aussicht auf finanzielle Förderung möglicherweise in einem nicht angemessenen Tempo in die Mühlen der Bürokratie getrieben werden. Diese Entwicklung wird nicht von einem projektindividuellen Verlauf bestimmt, sondern durch die staatliche Förderung.
Sicherlich ist diese Entwicklung eine Problematik staatlicher Förderprogramme, die immer von der politischen Situation abhängig sind. Eine Lösung wäre die Durchsetzung der ursprünglichen hessischen Idee eines revolvierenden und daher zeitlich unbegrenzten Fonds, der dann allerdings keine Zuschüsse, sondern Gelder auf Darlehensbasis vergeben würde.

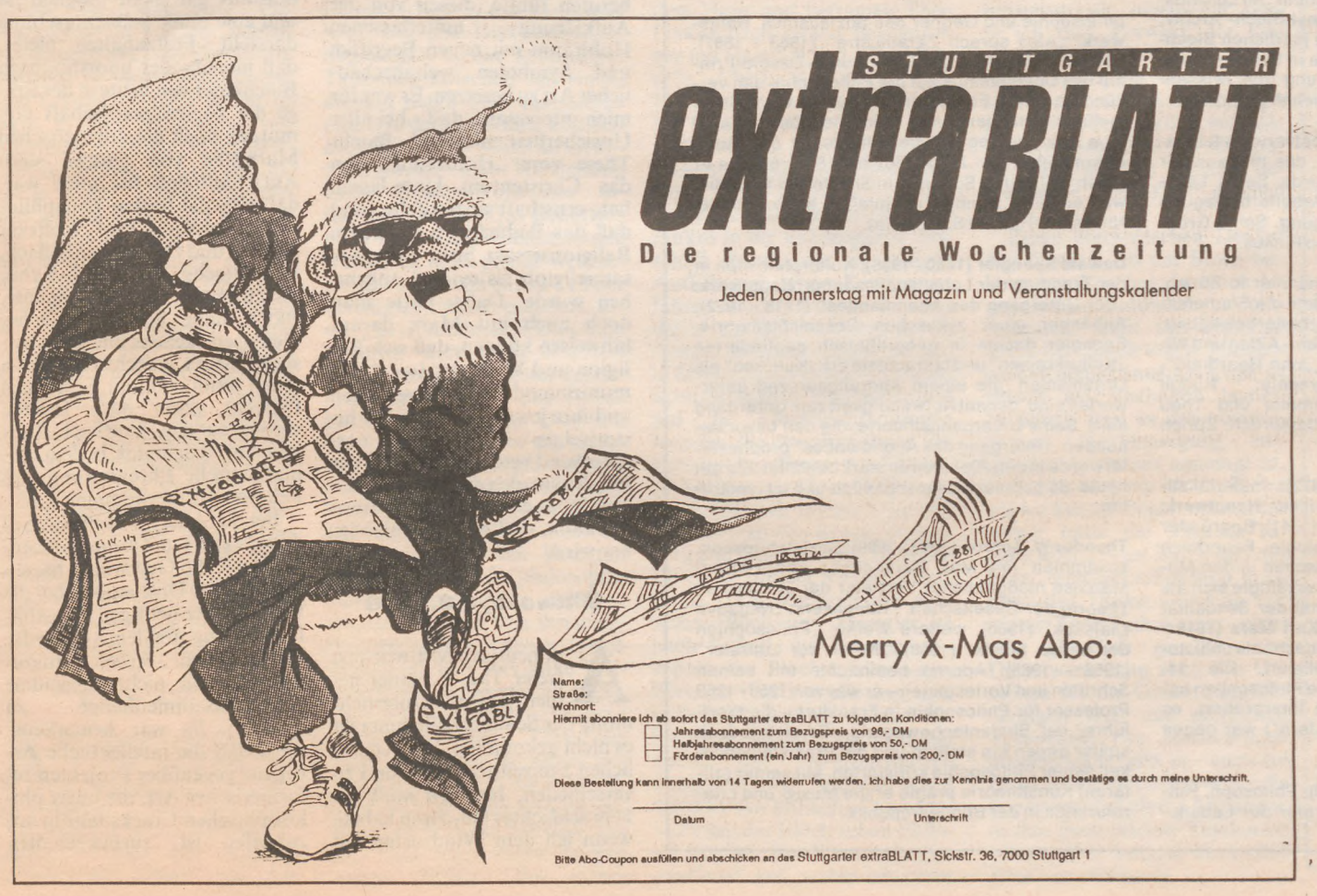
O Wir organisierten je nach konkretem Bedarf unsere eigenen Fort- und Weiterbildungen. Unsere Erfahrungen zeigten, daß dieser Bereich zukünftig kontinuierlich und systematisch abgedeckt werden muß.
Ein Berufsbild für eine/n RegionalberaterIn existiert noch nicht. Anforderungen und Qualifikationen müssen sich durch praktische Umsetzung konkretisieren, theoretisch aufgearbeitet und in ein zu entwickelndes Qualifikationsprofil eingearbeitet werden.

Eine Förderung für Projekte im Gewerbesektor war zwar nach den Richtlinien des LRP durchaus möglich, es gab aber auffällig wenig Beratungsfälle. Der Grund kann ohne eine dezidierte Erfolgskontrolle unserer Erfahrungen nur im Spektulativen bleiben:

Hessische Chronologie

Chronologie des Ländlichen Regionalprogramms (LRP) und des Vereins zur Förderung der eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen (VER).

Winter 1983/84: Tolerierungsverhandlungen einer SPD-Minderheitsregierung u.a. mit den GRÜNEN. Im Bereich der Agrarpolitik macht die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) die Politikberatung für die GRÜNEN; es werden drei große Bereiche gefordert: Existenzsicherungsprogramm, Beratung für ökologischen Landbau sowie einen Aktionsfonds für eine Eigenständische Regionalentwicklung.
Sommer 1984: Der Aktionsfonds wird abgelehnt, die in ihm enthaltenen Ziele sollen jedoch als „Ländliches Regionalprogramm" beim Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Forsten mit einem Haushaltstitel von jährlich 2 Mio. DM gefördert werden. Eine ebenfalls geforderte Regionalberatung kann zu diesem Zeitpunkt nicht durchgesetzt werden.
Herbst 1984: Erste Gutachterausschußsitzung (dieser Ausschuß, dessen Vorsitz das Landwirtschaftsministerium hat, entscheidet über die eingegangenen Anträge für das LRP; seine Besetzung wurde politisch ausgehandelt). Das Programm läuft zögerlich bis schleppend. Von 20 gestellten Anträgen werden nur zwei bewilligt; nur eines der Projekte nimmt die Förderung in Anspruch.
Im November des Jahres findet eine von der AbL organisierte Exkursion nach Österreich zur ÖAR (s.u.) für Landtagsabgeordnete und Ministeriumsbeamte statt. In ihren Köpfen beginnt es danach, bzgl. der Einrichtung einer hessischen Regionalberatung zu arbeiten.
Im Dezember wird das Programm von der EG zur Notifizierung angefordert; durch dieses Verfahren, das sich bis Oktober 1985 hinzieht, wird die Mittelauszahlung in diesem Zeitraum weitgehend gestoppt.
Seit **November 1984:** Überlegungen zur Gründung eines Vereins als Träger für die Regionalberatung und als Forum für Interessierte der Eigenständigen Regionalentwicklung.
Juni 1985: SPD und GRÜNE beschließen für den Landeshaushalt 1985 die Festschreibung von 200.000,- DM im Haushaltstitel LRP für den Aufbau einer Regionalberatung.
August 1985: Gründungsversammlung des Vereins zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen e.V.
November 1985: Beginn der Regionalberatungsarbeit durch vier von der Mitgliederversammlung eingestellte RegionalberaterInnen, die durch die institutionelle Förderung des Landes bezahlt werden; Einrichtung der Geschäftsstelle in Melsungen (30 km südlich von Kassel).
Januar 1986: Der VER erhält die Gemeinnützigkeitsanerkennung.
Sommer 1986: Einstellung einer weiteren Regionalberaterin.
April 1987: Landtagswahlen in Hessen; die CDU/FDP gewinnt die Wahl mit 1500 Stimmen Vorsprung.
Juni 1987: Der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium weist in einem Brief den VER darauf hin, daß sich „strukturelle Veränderungen abzeichnen" und „mit einer Zuwendung ... in 1988 nicht gerechnet werden kann". Abschließend dankt er dem VER. Es finden in den folgenden vier Monaten mehrere Gespräche mit hessischen Landtagsabgeordneten, aber ohne Erfolg statt.
Herbst 1987: Der Vorstand kündigt den RegionalberaterInnen, nachdem klar ist, daß die Fortsetzung der Beratung finanziell nicht gewährleistet ist. Im Haushaltsplan des Landes Hessen wird die Position Ländliches Regionalprogramm einschließlich der Regionalberatung gestrichen.



Ernst Bloch und das Böse

Streicheleinheiten für linke Weinerlichkeit?

Seminarwoche der Bloch-Initiativen in Salecina/Schweiz

Aus dem Salecina-Tagebuch von Eckard Holler

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Sonntag, 31.7.1988

Eben bin ich am Tagungshaus in Salecina angekommen. Doris Zeilinger aus Nürnberg hat mich das letzte Stück mit dem Auto mitgenommen, nachdem ich bereits geparkt und – umweltbewußt zu Fuß gegangen war. Mal sehen, was mich hier in Salecina als Bloch-Seminar „Ernst Bloch und das Böse" erwartet. Mein Mitfahrer aus Ludwigsburg ist zum Zuhören gekommen, er interessiert sich etwas für Religionsphilosophie, betreibt Philosophie jedoch nur als gelegentliches Hobby und bekannte, beim Versuch, Bloch zu lesen, gescheitert zu sein.

Montag, 1.8.1988

Ich habe mir das Buch über Amalie und Theo Pinkus-De Sassi, das 1987 herausgekommen ist, gekauft und mich etwas kundig gemacht. Dort wird die Lebensgeschichte von Theo und Amalie Pinkus erzählt und u.a. auch über die Entstehungsgeschichte des Tagungshauses Salecina berichtet. Es ist weit jünger, als ich gedacht habe: es stammt nicht aus der Lebensreformbewegung der Jahrhundertwende bzw. aus den 20er Jahren, sondern entstand erst 1971, als Pinkus von einem Gönner 200.000,- SFr für den Kauf eines Tagungshauses bekam und bei Majola im Schweizer Bergell einen alten Bauernhof fand, der aufgegeben wurde und – welch ein Glücksfall – von den wohlhabenden Besitzern an ihn auch verkauft wurde, obwohl klar war, daß hier ein Zentrum für die Neue Linke geschaffen werden sollte. Die Bevölkerung von Majola betrachtete dieses Tagungshaus lange Zeit als Fremdkörper, und ohne Unterstützung des Lehrers von Majola, der mit der Neuen Linken sympathisierte, wäre es kaum durchsetzbar gewesen. Es hieß, der 79jährige Pinkus wolle am 4.8.88, dem 11. Todestag von Ernst Bloch, selbst zum Seminar kommen.

Gestern Abend war die unvermeidliche Vorstellungsrunde der Teilnehmer, die sich aus 10 Frauen und 16 Männern zusammensetzte. Der Großteil von ihnen ist nicht über die Bloch-Initiativen gekommen, sondern von der Seminarausschreibung des Tagungshauses Salecina angelockt worden. Fachphilosophen und Bloch- Kenner sind in der Minderzahl, das Gros der Anwesenden besteht aus interessierten Laien und Stammgästen des Tagungshauses. Ulrich Trappe, unser Tagungsleiter, kam mit den Berliner Initiative-Leuten erst gegen 22 Uhr an. Vorher hatte bereits Doris Zeilinger die Initiative ergriffen und begonnen, in einem ersten Plenum die Absicht des Seminars zu erläutern. Die Unsicherheit, wie überhaupt mit der Bloch'schen Philosophie umzugehen sei, löste schließlich Ulrich Trappe mit dem Vorschlag, an Bloch- Texten zu arbeiten und sich dabei an den Textvorschlägen zu orientieren, die eine Vorbereitungsgruppe bereits zusammengestellt hatte. Von ihr wurde das „Böse" bei Bloch in acht thematische Blöcke unterteilt: 1. Umgang des Nichts, 2. Dialektik oder das Widersacherische, 3. entfesselte Natur, entmenschte Geschichte, 4. Aggressionstrieb, Systemzwang, Vernichtungswahn, 5. Schwierige Erde, Erschwerungen der Praxis, 6. Versuch einer Ethik des Widerstandes, 7. Recht und Unrecht des Pessimismus, 8. Perspektiven mit Trauerflor.

Man einigte sich darauf, Arbeitsgruppen zu bilden, die jeweils den gleichen Text lesen (d.h. der Text wird einmal laut vorgelesen) und besprechen, und schließlich im Plenum die Ergebnisse ihrer Gruppenarbeit vortragen und diskutieren.

Montagvormittag von 10 - 14 Uhr war die erste Seminareinheit. Gelesen wurde in vier Gruppen ein Kapitel aus der „Tübinger Einleitung in die Philosophie" (S.250-257), das den Begriff des „Nichts" behandelt und ihn in Verbindung zum „Urbösen" bringt, (Dieses Kapitel kannte ich nicht, da es in meiner Ausgabe der „Tübinger Einleitung" von 1964 nicht enthalten ist und erst in die Ausgabe letzter Hand eingefügt wurde). Bloch spricht an dieser Stelle tatsächlich von einem „Urbösen", das jenseits der historischen Dialektik eine reale Existenz hat. Als historische Beispiele für das Wirken des „Urbösen" nennt er u.a. Nero, den 30jährigen Krieg und Hitler. Die genannten Beispiele stehen dafür, daß es historische Ereignisse gibt, die eine ausschließlich negative Bedeutung haben und nicht in eine dialektische Theorie der Geschichte integriert werden können. Ob Blochs Beispiele gut gewählt sind bzw. ob seine Argumentation überhaupt schlüssig ist, war in der Diskussion umstritten.

Eingewandt wurde z.B., daß der 30-jährige Krieg für die Entwicklung in Deutschland zwar verheerend war, sich aber auf die staatliche Entwicklung Frankreichs positiv auswirkte. Und was Hitler angeht, so brachte z.B. der Ausgang des 2. Weltkrieges für die beiden Supermächte USA und UdSSR geopolitische Vorteile. Auch der Staat Israel läßt sich, dialektisch gesehen, als ein Produkt der Schreckenszeit des Nationalsozialismus betrachten. Ich zweifelte in der Diskussion Blochs Ausnahmen von der historischen Dialektik an, stieß jedoch bei einigen der anwesenden Blochianer auf Widerspruch: Roland Strätz beharrte darauf, daß das Böse etwas Realexistierendes ist und heute z.B. im Alltagsbewußtsein noch genauso präsent ist wie im Mittelalter. Damit verteidigte er die Themenstellung der Tagung, die zuvor kritisiert worden war. Ulrich Trappe wies erläuternd darauf hin, daß das „Böse", „Satanische" oder „Widersacherische" im Frühwerk von Bloch kaum vorkommt, im Spätwerk jedoch in den Rang einer „Realkategorie" erhoben und zu einem zentralen Thema gemacht wird. (Das erklärt auch die spätere Umarbeitung der „Tübinger Einleitung").

Mir wurde an der Gestalt eines Urbösen, dessen Ort jenseits der Geschichte sein soll, klar, daß Bloch in einer Wurzel seiner Philosophie tatsächlich ein Metaphysiker geblieben ist, der allerdings mit dem Materialisten und dem Dialektiker Bloch in einem beständigen Streit liegt.

Dienstag, 2.8.1988

Gestern Abend wurde eine Stelle aus „Atheismus im Christentum" (S. 318-327) vorgelesen, die bei vielen Ratlosigkeit auslöste. Bloch kritisiert hier die Aufklärung wegen ihrer Oberflächlichkeit und stellt die These auf, daß die Aufklärung die Problematik, die vom Christentum mit den Begriffen „Gott" und „Teufel" bezeichnet wurde, nur scheinbar aufgehoben hat. „Hölle" und „Teufel" sind kraft der Aufklärung verschwunden, jedoch ist an ihrer Stelle ein „Hohlraum" entstanden, in dem das „Satanische" um so ungestörter wirken kann.

In der anschließenden Diskussion wurde gefragt, ob sich Bloch als einen Religionsstifter neuen Typs gesehen hat, der sich berufen fühlte, diesen von der Aufklärung hinterlassenen Hohlraum mit neuen Begriffen und Symbolen weltanschaulicher Art zu besetzen. Es war für mich interessant, daß - bei aller Unsicherheit niemand Blochs These vom „Hohlraum", den das Christentum hinterlassen hat, ernsthaft anzweifelte, und daß das Bedürfnis nach einem Religionsersatz bzw. einer Ersatzreligion als evident angesehen wurde. Dabei hätte man doch auch mit Marx darauf hinweisen können, daß sich Religion und Welt wie zwei Kommunizierende Röhren verhalten und ihre jeweilige Größe der historischen Situation entsprechend verändern, so daß der Hohlraum, den die Religion hinterläßt, auch so stark schrumpfen kann, daß er vernachlässigbar wird.

Mittwoch, 3.8.1988

Am heutigen Mittwoch ist freier Tag. Zu einer gemeinsamen Unternehmung der Seminarteilnehmer ist es nicht gekommen. Die persönlichen Freizeitinteressen sind zu verschieden. Insofern muß ich kein schlechtes Gewissen haben, wenn ich dem Windsurfen auf dem naheliegenden See von Silvaplana fröne.

Gestern gab es in meiner Gruppe eine muntere Diskussion über die „Entfremdung" (Textstelle: „Das Prinzip Hoffnung", S.304-310) und die heutigen Versuche, „Entfremdung" zu überwinden. Ich erntete mit meiner bewußt überspitzten These, daß „Entfremdung" nicht im Arbeitsleben, sondern nur in der Freizeit aufgehoben werden kann und daß die Urlaubsunternehmungen der Menschen zeigen, wie sie sich die Aufhebung von Entfremdung vorstellen, den erwarteten massiven Protest. Die Aversion gegen den Tourismus unter den Blochianern war so stark, daß sie sich - zum ersten Mal während der Tagung - als Antikapitalisten und Marxisten zu erkennen gaben und bei den Marx'schen Analysen der entfremdeten Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß argumentative Hilfe suchten. Dabei hatte Karl Marx ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das „Reich der Freiheit" erst jenseits der Sphäre der materiellen Produktion beginnt und der Achtstundentag dafür die Vorbedingung ist. Ich machte mich über die verbiesterte Haltung gegenüber dem „Reich der Freizeit" lustig und polemisierte gegen den Haß der Linken auf die Touristen. Wie unehrlich (oder: wie schlitzohrig?) sind doch viele Linke, wenn es um die praktischen Fragen des eigenen Lebens geht: im Engadin (bzw. Bergell) ein Bauernhaus kaufen, dort Ferien genießen, über Bloch philosophieren, Wandern, Berge besteigen, sich im Kreise der Gleichgesinnten wohlfühlen, kurz: Für sich selbst ein Stück vorgezogener Utopie in Anspruch nehmen, den anderen aber mit Leichenbittermiene einreden, daß so etwas im Kapitalismus gar nicht möglich ist und eine bloße Selbsttäuschung darstellt. Festzuhalten bleibt, daß manche der unorthodoxen Blochianer von heute in der Frage der Freizeitgesellschaft von morgen noch die dogmatischen Marxisten von gestern sind. Aufschlußreich für mich war, daß sich die beiden Fachphilosophen im Kreis, Prof. Wolfram Burisch und Dr. Ansgar Hillach, von Blochs Feuerbach-Kritik distanzierten. Burisch meinte, Bloch habe ein „Marx'sches Gewissen" gehabt und eben versucht, Marx gerecht zu werden (auch wenn er damit Feuerbach Unrecht getan hat). Hillach verwies auf das Feuerbach-Buch von Alfred Schmidt, in dem eine marxistische Ehrenrettung von Feuerbach unternommen wird.

Bei der Analyse des Entfremdungbegriffs und seiner Anwendung auf die Gegenwart hatten wir eine gute Diskussion über die Chancen der heutigen Selbsthilfebewegung, aus dem System der entfremdeten Arbeit auszubrechen und nichtentfremdete Arbeitszusammenhänge zu schaffen. Es war bemerkenswert, daß die intellektuelle Arroganz gegenüber Projekten reformerischer Art, die unter philosophischen Cracks häufig anzutreffen ist, zurückgehalten wurde und man denen die Diskussion überließ, die selbst in alternativen Projekten tätig sind. Am Beispiel der TAZ, die derzeit zu Formen der Arbeitsteilung und Hierarchisierung übergeht, wurde deutlich, welchem permanenten wirtschaftlichen Druck alternative Projekte ausgesetzt sind. Können sie sich am Leben erhalten, wenn sie sich zu Interessenverbänden zusammenschließen, über den Tellerrand ihres jeweiligen Projektes blicken und sich stärker mit der gesellschaftlichen Gesamtsituation befassen? Können die Gewerkschaften zu Bündnispartnern alternativer Projekte werden?

Ich hatte den Eindruck, daß sich bei vielen Projekten eine Ernüchterung bemerkbar macht, wie ich sie in Tübingen beim Club-Voltaire-Projekt erlebt habe. Vielleicht war die Bewegung der alternativen Projekte doch nur eine Arbeitslosenbewegung, die mit einem (notwendigen) falschen, d.h. überhöhten Bewußtsein auftrat und jetzt von der Realität zurechtgestutzt wird. Eine Studentin aus Hamburg sprach sogar von der „hemmenden Wirkung der Utopie" auf das praktische Handeln, was einem Abgesang auf die Alternativbewegung gleichkam, da diese ohne eine eigene Sozialutopie nicht möglich gewesen wäre.

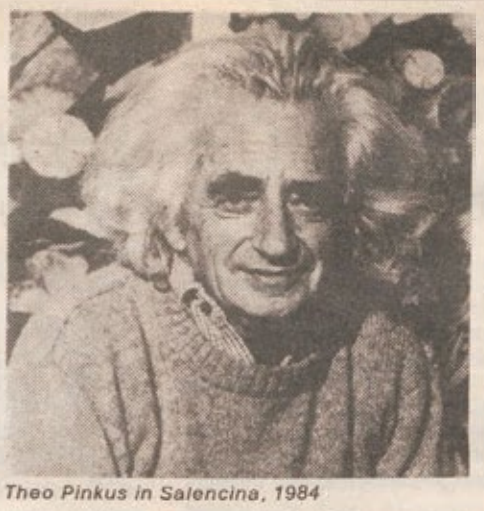
Seinen Auftritt als Alt-68er vor versammeltem Plenum hatte Prof. Burisch am Dienstagnachmittag: Mit Schlapphut und Sonnenbrille angetan, extemporierte er seine Position zur Gesellschafts-, Kultur- und Zivilisationskritik und provozierte vor allem die Jüngeren unter den Anwesenden mit dem Vorwurf der unkritischen Konsumentenmentalität und des angepaßten Verhaltens. Der assoziative Durchgang durch die Schrecken der Gegenwart sorgte für gehörige Aufregung und führte zu kontroversen Diskussionen, z.B, über die konservative These der neuen „schönen Mütterlichkeit", der die Frauenbewegung auf den Leim gegangen sei.

Donnerstag, 4.8.88

Wie wirkt das selbstverwaltete Tagungshaus Salecina auf die philosophischen Diskussionen ein? Gibt es Einfälle und Gedanken, die an einem anderen Ort nicht oder nicht so möglich gewesen wären? Beflügelt das Zusammensitzen auf den Vorplätzen des Hauses in der klaren Luft des Bergell den Geist, während die anderen unten in den Städten ihren Alltagsgeschäften nachgehen müssen? Verändert das Bewußtsein, an einem selbstverwalteten Projekt mitzuwirken - bereits zweimal habe ich das gesamte Geschirr der rund 50 Hausbewohner gespült-, das eigene Verhalten?

Ich muß gestehen, daß das Gebirgspanorama des Oberengadin und des Bergell dem Aufenthalt eine besondere Note verlieh, die schon von so unter-

Fortsetzung nächste Seite



Theo Pinkus in Salencina, 1984

Ernst Bloch (1885-1977), Philosoph, schrieb in der USA- Emigration sein Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung", war von 1949-1961 Philosophieprofessor in Leipzig und von 1961-1977 in Tübingen. Weitere Werke: „Spuren", „Atheismus im Christentum", „Tübinger Einleitung in die Philosophie", „Subjekt/Objekt - Erläuterungen zu Hegel". Ernst Bloch hat sich mit den Menschheitsutopien beschäftigt und den Begriff der „konkreten Utopie" geprägt. Er versteht darunter eine Zukunftsvorstellung, die realisierbar ist („im Gegensatz zur abstrakten Utopie"). Ernst Bloch hat die Studentenbewegung von 1967/68 unterstützt und sich auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung mit Rudi Dutschke angefreundet.

Ernst-Bloch-Initiativen: seit 1984 bestehen an verschiedenen Orten Initiativgruppen, die sich mit der Philosophie von Ernst Bloch beschäftigen. Es werden Tagungen zu aktuellen philosophischen Fragen veranstaltet. Publikationsorgan der bloch-Initiativen ist die Zeitschrift „Vorschein". In Ludwigshafen besteht seit 1980 das **Ernst-Bloch- Archiv,** das über seine Tätigkeit in dem jährlichen **Bloch-Almanach** berichtet. 1986 wurde in Ludwigshafen unter internationaler Beteiligung die wissenschaftliche **Ernst- Bloch-Gesellschaft** gegründet.

Tagungshaus Salecina: ein selbstverwaltetes Tagungshaus in Majola (Schweiz), das 1971 von der Stiftung Salecina gegründet wurde. Seine Tätigkeit basiert auf den Ideen der Arbeiterbewegung und der neuen sozialen Bewegung. Seine Gründung war eine Initiative von Theo Pinkus.

Theo Pinkus (geb. 1909): Buchhändler in Zürich, undogmatischer Marxist. Gründete die Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung. **Ausstellungen:** „Über die Grenzen – Alltag und Widerstand im Schweizer Exil", „John Heartfield", „Franz Masareel". **Biographie:** Rudolf Lüscher/Werner Schweizer, Amalie und Theo Pinkus-De Sassi, Leben im Widerspruch, Zürich 1987.

Ludwig Feuerbach (1804 - 1872): materialistischerPhilosoph und Religionskritiker, **Hauptwerk:** „Das Wesen des Christentums" (1841), Begründer der materialistischen Anthropologie. Feuerbach stellte die Sinnlichkeit des Menschen in den Mittelpunkt seines Denkens und beschäftigte sich als einer der ersten Philosophen mit der Sexualität des Menschen. Er wurde von **Karl Marx (1818 - 1883)** in den „Thesen über Feuerbach" als unhistorisch und undialektisch kritisiert. Die 11. Feuerbach-These von Marx („Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern") war gegen Feuerbach gerichtet.

Friedrich Nietzsche (1844 - 1900): Philosoph, Kultur- und Religionskritiker, Vertreter der Lebensphilosophie und Gegner des Sozialismus. **Hauptwerk:** „Also sprach Zarathustra" (1883 - 1887). Nietzsche übertrug das Kampf-ums- Dasein-Prinzip des Darwinismus auf die Philosophie und verkündete eine Elitetheorie („Lehre vom Übermensch"), mit der er den modernen Existentialismus (u.a. Heidegger) beeinflußte. In den Sommermonaten der Jahre 1881 bis 1888 verfaßte er einen Teil seiner Schriften in Sils- Maria/Engadin, wo er ein Zimmer gemietet hatte (heute: Nietzsche-Haus in Sils-Maria).

Oswald Spengler (1880 - 1936): Kulturphilosoph in der Tradition der Lebensphilosophie. **Hauptwerk:** „Der Untergang des Abendlandes" (1918 - 1922). Anhänger einer zyklischen Geschichtstheorie. Spengler dachte in geographisch gegliederten „Kulturkreisen" und betrachtete die „Kulturen" als Organismen, die einem Alterungsprozeß unterworfen sind, der mit Notwendigkeit zum Untergang führt. Seine Untergangstheorie, die den bevorstehenden „Untergang des Abendlandes" prophezeite, wurde in den 20er Jahren stark beachtet. Sie gilt heute als populärwissenschaftlich und ist umstritten.

Theodor W. Adorno (1903 - 1969): Sozialphilosoph, zusammen mit Max Horkheimer und Herbert Marcuse maßgeblicher Vertreter der „Kritischen Theorie der Gesellschaft". **Hauptwerk:** „Negative Dialektik" (1966), weitere Werke: „Philosophien der neuen Musik" (1958), „Noten zur Literatur" (1958 - 1965). Adorno beeinflußte mit seinen Schriften und Vorlesungen – er war von 1950 - 1969 Professor für Philosophie in Frankfurt – die Wortführer der Studentenbewegung, die sich jedoch später gegen ihn stellten und die Praxisfeindlichkeit seiner Philosophie kritisierten. Mit seiner (elitären) Kunsttheorie prägte er die Musik- und Literaturkritik in der Bundesrepublik.

Es kann auch ohne große Schwierigkeiten klappen

Erfahrungen bei der Gründung einer Genossenschaft

Red. Genossenschaften Die Genossenschaft als mögliche Form selbstverwalteter Projekte genießt allgemeine Sympathie.

Nur bei der Realisation, so heißt es überall, gibt es Probleme, insbesondere in der Gründungsphase. Daß dies nicht immer der Fall sein muß, zeigen die Erfahrungen der Berliner Wendland-Hof e.G., an deren Gründung der Verfasser beteiligt war.

Joachim Garbe-Emden

Zunächst die Vorgeschichte: In den Jahren '85und '86fanden sich in Berlin etwa 20 Leute, vornehmlich AKW-GegnerInnen zusammen, um im Wendland einen Hof zu kaufen. Vordringliches Ziel war es zunächst, der politischen Arbeit mehr Kontinuität zu verleihen. Ohne sich über die rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung vollständig im klaren zu sein Ó und mehr an der genossenschaftlichen Tradition orientiert mit der allgemeinen Vorstellung, selbstverwaltet gemeinsam zu wirtschaften Ó hatte die Gruppe von Anfang an die Idee, sich die Form einer Genossenschaft zu geben.

Als Alternative war der Verein im Gespräch, dessen Gründung bekanntermaßen nicht allzuviel Aufwand erfordert. Der Wahl dieser Gesellschafts- bzw. Projektform standen jedoch die wirtschaftliche Zwecksetzung des Projektes sowie Probleme bei der Eigenkapitalbildung entgegen. Ob eine wirtschaftliche Betätigung tatsächlich ein Hindernis gewesen wäre, ein Verein zu werden und zu bleiben, darf in Zweifel gezogen werden. Unsere Informationen während der Projektgründung liefen aber darauf hinaus, daß, in weitaus größerem Umfange als früher, vordringlich wirtschaftlich tätigen Vereinen Schwierigkeiten im Umgang mit Finanzämtern bzw. der Gewerbeaufsicht entstehen.

Problematisch wäre für uns vor allem die Eigenkapitalbildung geworden, da unser Projektkonzept von Anfang an von einer Beteiligung mit rückzahlbarer Einlage ausging. Zwar können auch Vereine Eintrittsgelder erheben, die Möglichkeit verschieden hoher Einlagen und der Rückzahlbarkeit ist aber im Vereinsrecht wohl nicht gegeben. Auf jeden Fall kann die Beteiligung mit einem Eintrittsgeld nicht mit der Beteiligung als GenossIn in der Attraktivität für Außenstehende verglichen werden. Das aber ist eine ganz wichtige Frage, wenn das Projekt Ó wie bei uns der Fall Ó auf Zuwachs angelegt ist.

Die auch in Betracht kommende Gründung einer GmbH hätte gegenüber der e.G. größere Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Mitgliedern und der Erhöhung von Beteiligungen gebracht. Gegenüber der ansonsten sehr freien Form der GmbH sahen wir die den Schutz der Genossen bezweckenden Beschränkungen des Genossenschaftsrechtes, vor allem die regelmäßige Verbandsprüfung, als vertrauensbildend und vorteilhaft an. Sicherlich war auch hier die aus der persönlichen Sicht der Beteiligten positivere Vorstellung, GenossIn und nicht GmbH-GesellschafterIn zu sein, mit ausschlaggebend.

9 Monate bis zur Eintragung

Es sollte also eine Genossenschaft sein. Dabei habe ich bisher noch nicht erwähnt, was wir eigentlich im Wendland bewirtschaften. Ausgehend von einem Tagungshausbetrieb sind die Organisation von Kinder- und Behindertenfreizeiten sowie Seminarveranstaltungen geplant. Darüberhinaus soll das Projekt auch derzeit noch in Berlin tätigen GenossInnen Raum bieten für die Verlagerung ihrer beruflichen Tätigkeit aus anderen Sparten. Es handelt sich also um eine Dienstleistungsgenossenschaft.

Nun zur Gründung selber: Von der verbindlichen Entscheidung der ProjektgründerInnen für die Genossenschaftsform bis zur Eintragung in das Genossenschaftsregister vergingen ca. 9 Monate. Dies wurde in Gesprächen mit anderen Genossenschaften oder Projekten, die diese Form anstreben, als recht kurz angesehen und ist nicht zuletzt Anlaß für diesen Erfahrungsbericht.

Zunächst bedurfte es einer Satzung. Dabei gingen wir von verschiedenen Mustersatzungen aus, die sich etwa in juristischen Formular-Handbüchern finden oder bei dem Genossenschaftsverband erhältlich sind. Mehrere Mustersatzungen können sehr aufschlußreich sein. Sie geben man/frau beim Vergleich einen Eindruck davon, wie verschiedenartig einzelne Punkte geregelt werden. Allerdings entsprachen diese Mustersatzungen in zweierlei Hinsicht nicht unseren Vorstellungen: Sie sind an der Struktur herkömmlicher Unternehmen orientiert. Das heißt, der Vorstand bestimmt in allen wichtigen und unwichtigen Dingen.

Zweitens sind die Satzungen regelmäßig auf Großbetriebe abgestellt mit Hunderten von Mitgliedern. Es gelang uns aber, nach den Vorlagen ein Gebilde zu schaffen, das unseren Vorstellungen einigermaßen gerecht wird. Der Berliner Genossenschaftsverband, den wir nach Erstellung eines ersten Entwurfes kontaktierten, half uns dabei mehr als daß er Vorstellungen abblockte. Dort hatten wir mehr Widerstand erwartet.

Die Mitgliederversammlung als zusätzliches Organ

Die Satzung ist gekennzeichnet durch eine sehr offen gehaltene Beschreibung unserer wirtschaftlichen Betätigung, da wir ungebunden bleiben wollen. Rückzahlungen sind bei Ausscheiden auf die Einlage beschränkt und Gewinnausschüttungen ausgeschlossen. Ungewöhnlich dürfte die Aufteilung der Befugnisse auf die Organe unserer Genossenschaft sein. Dabei standen wir zunächst vor dem Problem, daß die drei gesetzlich vorgeschriebenen Organe der Genossenschaft – Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung – unseren Vorstellung der Leitung der Genossenschaft druch regelmäßige Mitgliederversammlungen (Plenen) nicht gerecht werden. Die Generalversammlung ist aufgrund der für sie vorgeschriebenen Formalien der Einberufung u.a. wenig geeignet. Die gesetzlichen Regelungen über die Organe der Genossenschaft sind jedoch nicht abschließend. Das heißt, man/frau kann noch weitere hinzufügen. Dies nutzten wir für die satzungsgemäße Verankerung einer Mitgliederversammlung.

Die Mitgliederversammlung wird von Mal zu Mal einberufen und lediglich wichtige Beschlüsse werden protokolliert. Sie kann dem Vorstand Anweisungen erteilen und durch Beschlüsse in laufenden Angelegenheiten Verantwortung für die Genossenschaft tragen. Auch über die Neuaufnahme von Mitgliedern wird dort entschieden. Unsere Mitgliederversammlung hat damit wesentliche Aufgaben übernommen, die herkömmlich dem Vorstand zukommen und als solche nicht selten eine problematische Machtstellung begründen. Von dem gesetzlich vorgesehenen Organ Generalversammlung unterscheidet sie sich durch einen weitgehenden Verzicht auf Förmlichkeiten. Der Generalversammlung verbleiben die üblichen Aufgaben von „Einmal-im-Jahr-Versammlungen", Entlastung und Wahl von Vorstand und Aufsichtsrat und die Genehmigung des Jahresabschlusses.

Daß ein solches Organ, das die übliche Aufgabenverteilung durcheinanderwürfelt, sowohl vom Genossenschaftsverband als auch vom zuständigen Register-Gericht akzeptiert wurde, hatten wir nicht erwartet. Daraus auf eine allgemeine Tendenz größeren Entgegenkommens zu schließen, erscheint uns aber voreilig. Vielleicht handelt es sich bei uns um einen Einzelfall? Vielleicht ist auch der Berliner Genossenschaftsverband an der verstärkten Neuaufnahme von Mitgliedern interessiert?

Formale Genauigkeit ist wichtig

Wesentlich zur Vermeidung von Reibungsverlusten trägt unserer Erfahrung nach eine gute Papierform bei. Das heißt, wir haben uns bemüht, die Satzung und den dem Verband vorgelegten Finanzplan formal in Ordnung zu bringen, um nicht schon auf dieser Ebene Anlaß zu Einwendungen zu geben. Dies gilt in noch stärkerem Maße gegenüber dem Gericht, das für die Eintragung zuständig ist. Sonst gibt es ermüdende Schriftwechsel. So kostete es mehrere Wochen Zeit, die Übernahme eines weiteren Geschäftsanteils durch ein Mitglied in das Register eintragen zu lassen, weil wir dessen Mitgliedsnummer nicht erwähnt hatten. Die hätte – nebenbei angemerkt – das Gericht ohne weiteres auch aus seinen Unterlagen ersehen können. Ist alles perfekt, geht so etwas in 5 Tagen. Es empfiehlt sich also, den geplanten Betrieb auf dem Papier weitgehend Gestalt annehmen zu lassen. Die Frage der Realisierbarkeit des Geplanten stellt sich erst später. Auch der Genossenschaftsverband wird akzeptie-

Fortsetzung nächste Seite

Genossenschaftsförderung

Mitgliederversammlung

Unter reger Beteiligung fand die diesjährige Mitgliederversammlung in der Landesvertretung von Schleswig- Holstein statt.

Wir möchten uns an dieser Stelle noch einmal für die nette und offene Gastfreundschaft bedanken.

Staatssekretär *Dr. Michael Bürsch* betonte in seinem Grußwort das große Interesse der Landesregierung Schleswig-Holstein an den Aufgaben und Schwerpunkten des Vereins. Vor allem im Hinblick auf regionale Wirtschaftsförderprogramme soll die Gründung von Genossenschaften in Zukunft stärkere Beachtung finden.

Herr *Walter Schneevoigt* vom *Revisionsverband Deutscher Konsumgenossenschaften e.V.* wies in seinem Beitrag darauf hin, daß die Rechtsform der Genossenschaft vielen Menschen noch immer unbekannt ist.

Eine Aufgabe des Vereins müßte es deshalb sein, Informationen in Schule und Hochschule einzubringen, die über „solidarische Zusammenarbeit in genossenschaftlicher Selbsthilfe" aufklären.

Es folgten Erfahrungsberichte von neu gegründeten Genossenschaften. Hier wurden vor allem Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit Prüfungsverbänden deutlich. Die Ergebnisse des Rechtsformen-Arbeitskreises stellte *Wolfgang Beywl* vor.

Jahresbericht

Hans-Ulrich Klose ging in seinem Jahresbericht u.a. auf das Modellprojekt zur „Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik" Ó die Verbundstelle Ó ein. Als wichtige Aufgabe des Vereins ist aber auch ein „Brückenschlag" zwischen „alten" und „neuen" Genossenschaften zu sehen. Hier sollen Kontakte ausgebaut und gefestigt werden, so daß eine Zusammenarbeit in vielen Berührungspunkten möglich ist. In den mit dem Binnenmarkt '92 eröffneten Wegen der Zusammenarbeit von Genossenschaften aus verschiedenen EG-Ländern sieht der Verein einen weiteren Aspekt seiner Tätigkeit. Er kann hier zur Diskussion anregen und konkreten Informationsaustausch vermitteln.

Lieder zu Genossenschaft und Selbstverwaltung, die unser Vereinsmitglied *Marlis Cavallaro* gekonnt vortrug, fanden viel Beifall und bildeten einen gelungenen Übergang zum gemütlichen Beisammensein.

Einen ausführlichen Bericht über die Mitgliederversammlung gibt es im nächsten Mitglieder-Rundbrief. Die vorgeschlagenen Arbeitskreise werden dort vorgestellt. Zur Mitarbeit möchten wir Euch herzlich einladen.

Gemeinsam und selbstbestimmt

Das Handbuch II „Leitfaden für gemeinschaftliche Wohnprojekte" kann zum Preis von 12,- DM (10,- DM für Mitglieder) im Vereinsbüro bestellt werden. Es bietet wichtige und praktische Hilfen für wohn- und mietergenossenschaftliche Zusammenschlüsse.

Genossenschaftsförderung, Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
☎(0228) 21 52 90

Ernst Bloch und das Böse

– Fortsetzung –

schiedlichen Philosophen wie Nietzsche und Adorno bemerkt wurde. Ob unsere philosophische Bemühung davon Vorteile hatte, kann ich nicht sagen. Der Jugendherbergscharakter der Einrichtung war andererseits nichts für verwöhnte Geschmäcker: in meinem Schlafraum lagen auf zwei Ebenen zusammen 20 Menschen, Männer und Frauen in bunter Reihe, jeweils in ihre Schlafsäcke vermummelt. Während in der 68er-Zeit in solchen Situationen die „freie Liebe" Thema Nummer eins war, hielt sich hier jeder an die ungeschriebene Spielregel, möglichst unbefangen zu tun. Ich hatte jedoch den Eindruck, daß es nicht allen angenehm war, sich auf engstem Raum voreinander aus- und anziehen zu müssen. In der großräumigen Gemeinschaftsdusche fragten wir uns, warum sich die Geschlechter im Waschraum zusammendrängten, während der Duschraum kaum genutzt wurde. Die mögliche Antwort war, daß sich viele ungern nackt voreinander zeigen, was man beim Duschen tut, während man beim Waschen eben doch durch Kleider vor neugierigen Blicken geschützt bleiben kann.

Freitag, 5.8.88

Am Donnerstagvormittag war ich Teilnehmer einer Arbeitsgruppe, deren unsachlicher Diskussionsstil mich schier in Weißglut brachte. Gelesen wurde das Kapitel „Stachel der Arbeit" aus den „Spuren" (S. 99-103). Die anschließende Diskussion drehte sich aber nur sehr vordergründig um diesen Text, der „Muße" von „Müßiggang" unterscheidet und das mit diesen Begriffen gemeinte Verhalten zu der „befreiten Arbeit" in ein Verhältnis setzt. Bei den Diskussionsbeiträgen gab es ein beständiges Tauziehen zwischen den einen, die den Bloch-Text analysieren und kritisieren wollten, und den anderen, die vor allem an Gruppendynamik und Herstellung eines Gruppenkonsenses interessiert waren. Das Bedürfnis nach einer Gesprächsharmonie wurde, es muß gesagt werden, insbesondere von einem Teil der beteiligten Frauen geäußert. Zitat: „Es ist schön, daß Du Deine Position jetzt noch erläutert hast, weil ich jetzt besser verstehen kann, wie Du das vorhin gemeint hast." Leider löste sich die Runde auf, bevor die unterschiedlichen Diskussionserwartungen thematisiert werden konnten. Doch konnte ich mich des unguten Gefühls nicht erwehren, daß es den besagten Frauen nicht um die philosophische Fragestellungen, sondern um das Verteilen von Streicheleinheiten ging, mit denen sie sich gegenseitig über ihre linke Weinerlichkeit hinweghelfen wollten. Am Donnerstagnachmittag war Theo Pinkus Gast des Bloch- Seminars. In seiner Begrüßung betonte er die Wichtigkeit der Bloch'schen Philosophie für ein Projekt wie Salecina, das man eine vorgezogene Utopie nennen könne. Bei einem solchen Projekt bekomme man auch eine konkrete Vorstellung davon, was Bloch mit richtigverstandener „Muße" und „nichtentfremdeter Arbeit" gemeint hat. Wir saßen anschließend noch in der Abendsonne vor dem Haus und befragten Theo Pinkus nach seinen Begegnungen mit Heinrich und Alfred Kurella, Eberhard Köbel, Willi Münzenberg u.a. in den Jahren vor 1933 in Berlin und über seine Auffassungen über das richtige Zusammenleben von Mann und Frau.

Weil ich zusammen mit Theo Pinkus in die naheliegende Ortschaft Bondo zur erstmaligen Aufführung einer Kinderoper fahren wollte, konnte ich nur den ersten Teil des Vortrags von Ansgar Hillach (Gießen) hören, in dem er Ernst Bloch zu Oswald Spengler in Beziehung setzte und auf die Übereinstimmungen hinwies, die zwischen ihnen bestehen. Bei diesen Ausführungen stockte ich. Denn bisher hatte ich Spengler in eine Linie mit Moeller van den Bruck, Rosenberg und Hitler gestellt, zu denen Bloch in offener Gegnerschaft stand. Das Verbindende zwischen Bloch und Spengler ist nach Hillach die Lebensphilosophie, der Bloch stärker zugehört, als ihm bewußt war, und seine Abneigung gegenüber Spengler beruht angeblich auf einer nur oberflächlichen Kenntnis des Spengler'schen Werkes. An Hillachs Charakterisierung der Bloch'schen Philosophie fiel das Wörtchen „jugendlich" auf, wobei ich einen negativen Unterton mitzuhören meinte: sie sei „jugendlich" und „radikal", weil sie sich keiner Tradition verpflichtet weiß und willkürlich entscheiden kann, welche Erbschaft sie annimmt oder ausschlägt. In der Charakterisierung als „jugendlich" hörte ich den Vorwurf der Geschichtslosigkeit und des subjektiven Eigensinns, der mich erstaunte, da ich Bloch noch nie aus dieser Perspektive betrachtet, sondern stets im Zusammenhang mit den sozialen Bewegungen „von unten" gesehen hatte.

Einen marxistischen Denker der Zukunft, als der Bloch bislang gegolten hat, in einen jugendlichen Voluntaristen umzudeuten, stellt die bisherige Sicht der Bloch'schen Philosophie so ziemlich auf den Kopf, ist jedoch als Vorhaben bemerkenswert, weil es der postmodernen Denkbewegung entspricht. die derzeit angesagt ist, und eben auch um Blochs Philosophie keinen Bogen macht. Insofern hatte die Salecina-Tagung über „Ernst Bloch und das Böse" ihren aktuellen Sinn, auch wenn das Thema – und da war ich mit Theo Pinkus einig – nicht sehr glücklich gewählt war. Denn wenn man nach den Ursachen für die Gefährdung der heutigen Welt und möglichen Vereitelung der Menschheitsutopien sucht, gibt es – auch bei Ernst Bloch – viele Hinweise, die konkreter sind als die Annahme, in den destruktiven Tendenzen unserer Zeit komme eben „das Böse" zur Wirkung.

CONTRASTE DIE BRÜCKE
NACHRICHTEN • MEINUNGEN • KULTUR FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

Unterwegs * Spur um Spur

Mit Lyrik entgegen der Entfremdung in den Elektro-Zellen

Die Sucht nach der Suche gab es in allen Zeiten, die Suche nach dem, was fehlt und zum Streben nach dem noch nicht Erlebten bewegt.
* Lyrik als Wegweiserin auf der Suche, nicht nur nach dem Selbst jetzt, sondern auch nach den Zeiten, die erlebt werden wollen...
* Lyrik als Mittel im Widerstand gegen die Grenzen des Veralteten, das sich im Elektro-Gehirn festzusetzen versucht...
* Lyrik, um sich als Menschliches zu behaupten, zu rebellieren gegen die Zeit, die sinkt und sitzenbleiben will...
DIE BRÜCKE ruft auf:

Lyrik im Wettbewerb

Offen für alle, die schreiben oder schreiben wollen, grenzenlos, für jede Generation, unabhängig von dem Besitz des Ausweises, über jedes Thema im Leben und Erleben, in deutscher Sprache.

Lyrik im Wettbewerb

Ein zweidrittel Jahr lang, bis Juni 1989, auf mehreren Seiten in der Zeitschrift DIE BRÜCKE, mit verschiedenen Preisen, gedacht sind zum Beispiel an Reisen in verschiedene Länder.

Lyrik im Wettbewerb

Mit einer zentralen Abschlußveranstaltung gegen Ende Juni 1989, Vorstellung der Lyriker, der Preisträger, Herausgabe eines Bandes mit Werken des Wettbewerbs...

Lyrik im Wettbewerb

Kurzum: Alle, die schreiben oder schreiben wollen, sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen mit höchstens drei Werken, die ab sofort geschickt werden können mit dem Vermerk »Wettbewerb« an die

Redaktion
DIE BRÜCKE
Im Stadtwald, Bau 14 a
6600 Saarbrücken 11

Weitere Informationen können angefordert werden. Über den Verlauf des Wettbewerbs wird ausführlicher berichtet.

Fortsetzung von Seite 13

ren müssen, daß nicht alles so gelaufen ist, wie man/frau es sich einmal vorgestellt hat.

Der Kontakt zum Genossenschaftsverband und zum Gericht wurde bei uns von 2-3 ständig damit betrauten Leuten gehalten und gepflegt. Wir haben häufiger einmal angerufen und nach dem Stand der Dinge gefragt und für ständige Erreichbarkeit unsererseits gesorgt Das trieb den bürokratischen Prozeß an. Schneller geht es, wenn man/frau den zuständigen Sachbearbeiter häufiger mal nervt, bis er sich die Unterlagen vornimmt. Anschließend ist darauf zu achten, daß er sie nicht wieder weglegt, bevor er fertig wird, indem man seine Bedenken telefonisch herausfragt und dann gleich etwas nachschiebt.

Gründungsgutachten kann kritische Punkte enthalten

Den Eintragungsantrag bei dem Gericht stellten wir – um Zeit zu sparen – schon bevor wir das Gutachten und die Aufnahmeerklärung des Verbandes hatten. Nachdem der Sachbearbeiter bei dem Verband sein Okay zu unserer Satzung gab, führten wir die Gründungsversammlung mit der Vorstandswahl durch. Das Protokoll hierüber wurde samt anderen Papieren doppelt und dreifach an das Gericht versandt. So konnte sich die Rechtspflegerin dort schon alles ansehen und bemängeln, was ihr nicht gefiel. Das Verbandsgutachten reichten wir nach. Als es kam, war die Freude darüber getrübt. Unser Vorstand wurde nur als bedingt sachkundig bezeichnet. Wir befürchteten, das Gericht würde deshalb Schwierigkeiten bei der Eintragung machen, was aber nicht geschah. Ein uneingeschränkt positiver Prüfungsbericht scheint nicht erforderlich zu sein, um von dem Gericht in das Genossenschaftsregister eingetragen zu werden. Der Verband muß wohl nur bereit sein, die Genossenschaft als Mitglied aufzunehmen. Wir hörten sogar von einer Berliner Genossenschaft, die eingetragen wurde, obwohl der Verband ihre Gewinnaussichten negativ einschätzte.

Außer dem Gutachten des Genossenschaftsverbandes holte das Gericht noch ein Gutachten der IHK ein. Das bezog sich, soweit wir dies in Erfahrung bringen konnten, aber nur auf den Namen der Genossenschaft – ob es den schon gibt oder er falsche Assoziationen hervorruft.

Die Gründung kostete uns seitens des Verbandes nichts und seitens des Gerichts inklusive einiger Beglaubigungen ca. 200,- DM. Einiges Geld läßt sich dadurch sparen, daß man/frau nicht die Formulare des dg-Verlages verwendet, sondern eigene erstellt.

Soweit der technische Ablauf der Gründung, deren Ergebnis von den GenossInnen mit Spannung erwartet wurde, weil wir parallel über den Kauf unseres Hofes und das dafür erforderliche Darlehen verhandelten. Da wir zunächst davon ausgegangen waren, daß alles noch länger dauern würde, versuchten wir, den Hofkauf als Genossenschaft in Gründung abzuwickeln. Das ist juristisch möglich, aber das zuständige Grundbuchamt in Niedersachsen wollte sich darauf nicht einlassen. Besser scheint es zu sein, sich bei der Gründung zu beeilen und solche Geschäfte hinterher zu tätigen.

Bei der Gründung einer Genossenschaft sollte meines Erachtens ein wichtiges Kriterium sein, ob die Genossenschaft als Projektstruktur der Größe des Projektes angemessen ist. Wer zu dem Ergebnis kommt, daß die Genossenschaft den Vorstellungen der Beteiligten am ehesten entspricht, sollte sich nicht von den bestehenden Hürden oder negativen Erfahrungsberichten abschrecken lassen. Gründet selbstverwaltete Genossenschaften!

Eine Bank zwischen Müsli und Jäger 90?

Hinweise zum Ökobank-Partner R+V Versicherung. Geschäfte mit Rüstung,Südafrika und Atomwirtschaft.

Zur R+V Versicherung im Raiffeisenverbund gehören insgesamt sieben rechtlich selbständige Firmen. Interessant zu lesen ist besonders der Geschäftsbericht der Rhein-Main Rückversicherung AG. Gibt er doch Aufschluß über deren verschiedene Geschäftsbereiche. So ist diese Gesellschaft nicht nur als **Rückversicherer von Pharmarisiken** aktiv, sondern weist in ihrem Bericht explizit den Bereich des **Atomanlagensachgeschäfts** aus.

Aber nicht nur in den Bereichen Pharmaindustrie und Atomwirtschaft ist die R+V aktiv, sondern auch im **Rüstungsbereich** durch Beteiligung an der Firma Daimler Benz – nicht zu unrecht als die größte Rüstungsschmiede der Nation bezeichnet. 25% der Mercedes Automobil-Holding gehören der Stella Automobil- Beteiligungs GmbH. 50% dieser Firma wiederum sind je zur Hälfte im Besitz der Star- Automobil und der Südwest- Star Automobil. An der Star Automobil hält die R+V Allgemeine einen Anteil von 25%. Mit anderen Worten: Auf die R+V-Gruppe entfallen 3,12% des Grundkapitals dieses Rüstungskonzerns.

Das Sagen in der R+V Versicherung hat die DG Bank (Deutsche Genossenschaftsbank), denn über 39,8% der R+V Allgemeine Versicherung verfügt die Erste R+V Beteiligungs-GmbH mit Sitz in Frankfurt. Ein Drittel dieser Beteiligungs-GmbH befindet sich im Besitz der DG-Bank. Zusammengeschlossen sind sie alle im Genossenschaftlichen Bund, der die R+V als *„zentrales Institut"* des Verbundes ausweist.

Schaut man sich die Aufsichtsrats- und Vorstandslisten an, wundert einen gar nichts mehr. Quer durch den Verbund lassen sich namentlich alle möglichen Verbindungen feststellen. So gehört auch zu diesem Verbund die **Union- Investment.** 11 der 21 Aufsichtsratsposten entfallen direkt auf Vertreter von Genossenschaftsbanken, sieht man von den indirekten Vertretern durch andere Beteiligungen einmal ab. Vier dieser Vertreter finden sich auch in Gremien der R+V wieder.

ersicherungen	3 408 242,—	
	42 561 303,—	7 431 66?,—
b) Atomanlagen-Rückstellung		
Haftpflicht	501 343,—	11 350,—
Sach	1 235 351,—	264 274,—
	1 736 694,—	275 624
c) Rückstellung für die Versicherung von Pharma-Risiken		
Produkt-Haftpflicht	1 129 803,—	

RHEIN-MAIN RÜCK (RMR) R+V VERSICHERUNGSGRUPPE

Aus dem Geschäftsbericht der Rhein-Main Rück (R+V Versicherungsgruppe)

„Saubere" Anlagenfonds

Beteiligt an der **Union- Investment** ist mit 15,6 % die DG-Bank. Weitere Anteile entfallen auf die Genossenschaftliche Zentralbank, die Südwestdeutsche Genossenschaftliche Zentralbank und die Westdeutsche Genossenschaftliche Zentralbank. Die **Union-Investment** fungiert als Anlagenfirma des Genossenschaftlichen Verbundes. Sie bietet insgesamt sieben verschiedene Anlagenfonds an. Der größte ist der **Unifonds** mit 1,3601 Mrd. DM. 8,95% hiervon – das entspricht 121,7 Mio. DM – stecken in Aktien der Firma Hoechst, 92,2 Mio. DM in denen der Firma Bayer, 79 Mio. DM sind der VEBA angelegt und 54 Mio. DM bei Siemens. Auch die Deutsche Bank, ihrerseits durch ihre Südafrikapolitik scharf verurteilt, kommt mit 50,9 Mio. DM nicht zu kurz. 48,8 Mio. DM entfallen auf die BASF und 35,8 Mio. DM auf die „Rüstungsschmiede" Daimler Benz. Insgesamt stecken 27.7 % dieses Fonds in der chemischen Industrie, das entspricht der stattlichen Summe von 376,7 Mio. DM!

Auch die Energie- und Atomwirtschaft ist in diesem Fonds vertreten. Mit 29,9 Mio. DM befinden sich Aktien der RWE (Rhein.-Westf. Elektrizitätswerke) und mit 13,1 Mio. DM Aktien der VEW (Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen) im Besitz der **Unifonds.** Ähnliche Strukturen weisen auch die anderen Fonds, wie **Unirak** und **Uniglobal** auf. Nimmt man alle Fonds zusammen, so hat die **Union- Investment** alleine bei der VEBA einen Aktienbesitz von 94,1 Mio. DM, bei der BASF von 55,5 Mio. DM bei der Deutschen Bank von 53,4 Mio. DM und bei der Firma Hoechst gar von über 130 Mio. DM.

Interessanter noch wird die Anlagenpolitik des Genossenschaftlichen Verbundes im Fonds **Unispecial.** Alleine 16,5 % des Fondsvermögens entfallen auf Firmen in **Südafrika,** davon die Hälfte zu fast gleichen Teilen auf die Rutenberg Platinium Holding und die Impala Platinium Holding. Vertrieben werden diese Fonds von allen genossenschaftlichen Banken des Genossenschaftlichen Verbundes.

Nicht arbeiterfreundlich

In diesem Jahr versuchte der Genossenschaftliche Verbund, seinen Bereich Versicherungen weiter auszubauen durch die Übernahme der Volksfürsorge. Verhandelt hat nicht, wie man eigentlich annehmen sollte, die R+V, sondern ein Vertreter der DG Bank, Helmut Guthard. Ziel war es, beide Unternehmen zusammenzuführen, was bedeutet hätte, daß die R+V zweitgrößter Versicherer am Markt geworden wäre.

Die Verhandlungen scheiterten: Eigentlich sollte man glauben, daß die sooft favorisierten genossenschaftlichen Unternehmen arbeitnehmerfreundlich sind. Aber weit gefehlt. Die Verhandlungen scheiterten, weil die R+V nicht bereit war, ein bei der Volksfürsorge bestehendes Mitbestimmungsmodell zu übernehmen und eine höhere Einkommensstruktur der Arbeitnehmer bei dem gewerkschaftseigenen Unternehmen zu akzeptieren.

Gemeinsame Sache

Interessanterweise taucht die DG Bank in vielen Zusammenhängen auf. Eine personelle Verflechtung innerhalb der verschiedenen Aufsichtsräte der R+V Gruppe ließe sich ja noch erklären, weil dies einer gewissen Zweckmäßigkeit entspricht. Aber damit nicht genug. Die Personalunion setzt sich fort, z.B. bei der DG Bank durch die Herren Croll und Harder sowie einen Freiherr von Heeremann, besser bekannt als Sprecher des Bauernverbandes. Auch zwischen der DG Bank und der **Union Investment** besteht eine Personalunion. Sollte dieses wiederum einer Zweckmäßigkeit entsprechen, dann liegt sie wohl in der gemeinsamen Zielsetzung und Geschäftspolitik begründet. Diese, so scheint es, wird durch die DG Bank betrieben, die für eine R+V Versicherung verhandelt, die das Anlagengeschäft kontrolliert und deren Bemühungen darauf abzielen, zu einem der größten Bankenkonzerne in dieser Republik zu werden.

Zu den führenden Unternehmen der deutschen Assekuranz gehört die R+V Versicherungsgruppe, an deren Kapital die DG BANK und die regionalen Institute des genossenschaftlichen Bankenverbundes mit Mehrheit beteiligt sind. Die Gruppe erreichte im Berichtsjahr ein Prämienaufkommen von 3,8 Mrd. DM.

Aus dem Geschäftsbericht der DG- Bank

Bereits 1986 bezeichnete die Wirtschaftswoche die Genossenschaftsbanken als Giganten, allerdings mit erheblichen Schwächen. Schwächen deshalb, weil diverse Genossenschaftsbanken in den vergangenen Jahren Millionen- Geschäfte in den Sand setzten, etwa Bauherrenmodelle auf Lanzarote, auf Sylt oder beim Versuch, über eine Firma Kirch Einfluß beim Springer- Konzern zu bekommen. Folgt man den Recherchen des *SPIEGEL,* verschlechterte sich der Ruf der DG Bank darüberhinaus durch Schiebungen von Händlern im Devisenhandel, Verstöße gegen Auflagen des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen und durch die Übernahme der faktisch pleite gegangenen Bayrischen Raiffeisen-Zentralbank im Jahre 1985.

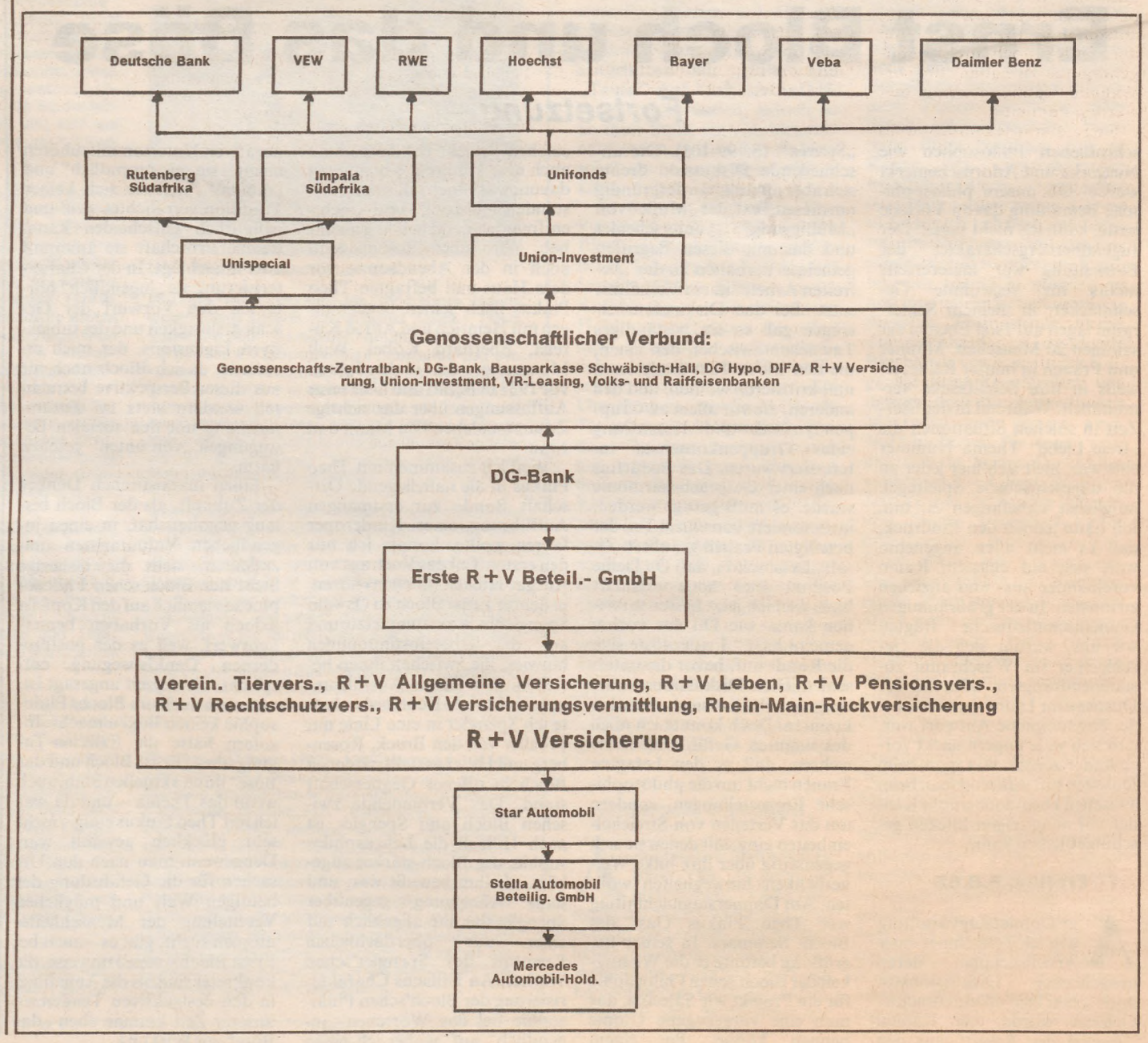
Ungeachtet dieser Tatsache findet zudem bei den Genossenschaftsbanken ein Zentralisierungsprozeß unter der Regie der DG Bank statt. Noch 1989 sollen drei der fünf genossenschaftlichen Zentralbanken mit der DG Bank verschmolzen werden. Ein sicherlich im Banken- und Versicherungswesen üblicher Prozeß. Auch die bisher aufgezeigte Geschäftspolitik der DG Bank, der R+V oder anderer Mitglieder des Genossenschaftlichen Verbundes dürften sich, abgesehen vielleicht von kleinen Ausnahmen, nicht von der Geschäftspolitik der bislang als traditionell bezeichnetetn Unternehmen unterscheiden.

Einzige Hoffnung: Die Ökobank

Andere Banken und Versicherungen verdienen ebenso an den Aktien oder durch direkte Beteiligungen im Geschäft um Rüstung, Atomenergie, Südafrika oder an Konzernen der chemischen Industrie, die Masthormone, Pestizide und Herbizide produzieren und in hohem Maße an der Umweltzerstörung teilhaben. Das abzustreiten wäre fatal. Wir können uns nicht aus diesem Wirtschaftssystem ausklinken. Dem Verbraucher bleibt nur die Möglichkeit, sich einerseits nach einem Preis-/Leistungsverhältnis zu orientieren, und andererseits politisches Engagement an den Tag zu legen.

Genossenschaftliche Unternehmen sollten aber keinen Vorrang genießen, nur weil sie Genossenschaften sind und hiermit Gedanken verbunden werden, die bei diesen längst der Vergangenheit angehören. Einzige Hoffnung für uns bleibt die Ökobank, die noch in hohem Maße über ihre Geschäftspolitik selbst entscheiden kann. Allerdings läßt die Kooperation mit der R+V aufgrund von in der Ökorrespondenz angeführten Argumenten Bedenken an ihrer Gewissenhaftigkeit aufkommen: Auch eine Ökobank ist an dieses System gebunden, aber sie dürfte andere Menschen nicht glauben machen, Genossenschaften seien bessere Unternehmen. Das könnte Zweifel an ihrer eigenen Existenzberechtigung aufwerfen, denn Genossenschaftsbanken haben wir schon über 3.700 mit rund 160.000 Filialen.

D.G.



Die Selbstverwaltung kann kein Jungbrunnen sein

10. Treffen der selbstverwalteten Schreinereien in Mannheim

Andreas Küstermann

Red. Südwest Es ist komisch: Du wartest ewig lang und ungeduldig auf das Treffen und darauf, die Leute wieder zu sehen, dann ist der Termin gekommen, geht irrsinnig schnell vorbei und nun soll ich schon wieder einen Bericht darüber schreiben.

Oberthema war ja, wie angekündigt, Büro und alles was damit zusammenhängt. Herauskristallisiert haben sich zwei Gruppen, die sich zum einen mit den Strukturen und den Einflüssen des Büros beschäftigten und zum anderen mit den Gestaltungsmöglichkeiten sowohl unter ästhetischen wie auch zweckmässigen Gesichtspunkten. Es gab konkrete Arbeiten einzelner Betriebe, die durchgesehen und besprochen wurden, aber auch eine Firma, die für ihre ökologisch gestalteten Büromöbel noch ProduzentInnen und Vertriebsmöglichkeiten sucht.

Details waren z.B. die Gestaltung der Fronten bei massiven Büromöbeln, die Oberfläche oder das Innenleben. Ebenso die Anwendungsfreundlichkeit bei Umgruppierungen, Handlichkeit für den Transport und die Möglichkeit, z.B. Kabel ohne Probleme verdeckt unterzubringen, kamen zur Sprache.

Bei der Frage der Rotation war unumstritten, **daß** rotiert wird, allerdings liegen die praktizierten Rotationsintervalle sehr weit auseinander, nämlich 8 Wochen bis 2,5 Jahre...! Es gibt wenige aus unseren Kreisen, die anstreben, diesen Arbeitsplatz für immer innezuhaben, da er oftmals zu abseits liegt und im Laufe der Zeit die Gefahr der Vereinsamung am Arbeitsplatz besteht. Als Lösung dafür bietet sich bei größeren Collectiven wie z.B. der Handwerkergenossenschaft an, ein Zentralbüro für die verschiedenen Branchen zu schaffen, was diesen Arbeitsplatz durch gemeinsames Arbeiten mit anderen wieder angenehmer macht. Ziel ist aber weiterhin, daß keine reinen „white colour" Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern die Transparenz und die Möglichkeit der Rotation bestehen bleibt. Rotation soll so gestaltet sein, daß Effektivität und Lust/Kreativität möglichst nahe beieinander liegen und ein Wechsel stattfindet, bevor die Unlust den ganzen Ablauf bestimmt.

Neustrukturierung des Treffens

Ein ganz entscheidender Punkt des Treffens ist die Neugestaltung zukünftiger Wochenenden gewesen. Entstanden aus der Unzufriedenheit, wie schnell die Treffen vorüber sind und wieviel wir real unter diesen Bedingungen an Arbeit leisten können, wurde eine Professionalisierung ins Auge gefaßt. Diese soll so aussehen, daß z.B. Fortbildungsprofis aus der Collective-Scene im Kontakt mit einer Vorbereitungsgruppe aus den Betrieben einen Schwerpunkt des Treffens behandeln. Dadurch soll die vorhandene Zeit besser genutzt werden und entstehende Freiräume ohne den Druck noch nicht genügend getan zu haben, für persönliche Kontakte ausgenutzt werden können.

Den äußeren Rahmen soll ein Tagungshaus mit Vollversorgung abgeben, jedoch, um die Anbindung an die Betriebe nicht ganz zu verlieren, findet das zweite Treffen im Wechsel dann wieder in einem Betrieb statt, mit Schwerpunkt auf praxisbezogene Themen.

Die grobe Thematik des nächsten Treffens soll heißen **Arbeitszeit ist Lebenszeit** und soll sich mit unserer Entwicklung, unserem Alltag und der Zukunft der Menschen in den Collectiven befassen. Dies kann sowohl Selbstverwaltungstheorie bedeuten, als auch die Behandlung von Fragen der Alltagsgestaltung im Betrieb oder der Altersvorsorge (.... Jungbrunnen).

Eine genauere Strukturierung und Auswahl der ReferentInnen wird von einer Arbeitsgruppe aus den Betrieben (Kistler, HAWEG, Biiraboom ...) bei einem Vorbereitungstreffen geplant.

Ort und Termin des 11. Treffens der selbstverwalteten **Schreinereien ist das Tagungshaus Felsenkeller** im Westerwald am 7./8./9. April 1989. Genauere Information gibts im März in der CONTRASTE.

Kritik an Ökobank

Die GeMUT eV (3550 Marburg, Uferstr. 4d) plant im Mai 1989 ein Buch herauszugeben mit dem (Arbeits-)Titel:

Ein Jahr Ökobank
– was wurde gefördert
– Warum? – Wie?– Wo?
mit Ökobank-Gebrauchsanweisung.

Dabei sollen wie in unserem ersten Buch auch kritische Stimmen zu Wort kommen – um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken und eine offene Diskussion zu ermöglichen.

Bitte schickt uns Eure Meinungen, Erfahrungen – Kritikpunkte. oder weist uns auf Veröffentlichungen Anderer hin. Hauptmotiv dieses Buch herauszugeben ist für uns die noch viel zu geringe Mitarbeit bei der Ökobank – wir bräuchten 28.000 statt 14.000 ÖkobankgenossInnen. Die Leistungen im 1. Jahr sollen dargestellt werden – welche Projekte wurden gefördert (Förderkredit!) Wie weit ist die dringend notwendige Regionalisierung, reicht das Eigenkapital schon für Zweigstellen? Da die Bank selbst für Werbung kaum Geld ausgibt halten wir eine gerade selbsttragende Information durch das Buch für dringend notwendig.

Der expandierende Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland (VCD) e. V. mit z. Zt. 16 000 Mitgliedern setzt sich als Alternative zu den Autoclubs für ein menschen- und umweltverträgliches Verkehrswesen ein. Zur Leitung der Bundesgeschäftsstelle mit derzeit sieben Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen suchen wir zum frühestmöglichen Termin eine/n

Verbandsgeschäftsführer/in

und

kaufmännische/n Mitarbeiter/in

zur Unterstützung des Geschäftsführers für Organisation und Finanzen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen erbitten wir unter Angabe des Gehaltswunsches bis spätestens 20. Dezember 1988 an:

VCD Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Kalkuhlstraße 24
5300 Bonn 3
☎ (0228) 444144

Jobs

Steuerfachfrau/-mann als EinsteigerIn von fortschrittlichem Steuerbüro in Wuppertal gesucht! Voraussetzung sind mehrjährige Tätigkeit in der Steuerberatung bei Mandanten-Rundum-Betreuung und die persönliche Perspektive sich einschlägig (auch formal) zu qualifizieren!
Spätere Beteiligung ist ausdrücklich erwünscht!
☎ (0202) 493 60 03

Selbstverwalteter Betrieb sucht für sofort eine/n **Tischler/in** mit Berufserfahrung. Wir bieten einen Arbeitsplatz und Perspektiven, erwarten selbständige Entscheidungsfreudigkeit und – nach einer Probezeit – Beteiligung am Kapital.
Infos bei **„Handwerker-Genossenschaft"**, Verb. Kanal li. Ufer 20-24, 6800 Mannheim 1
☎ (0621) 10 33 25
Rolf oder Bernd verlangen.

Aufgrund der aktuellen Auftragssituation suchen wir ab sofort eine/n Tischler/in als **Aushilfe** auf Stundenlohnbasis.
Infos bei „Handwerker-Genossenschaft", Verb. Kanal li. Ufer 20-24, 6800 Mannheim 1
☎ (0621) 10 33 25
Rolf oder Bernd verlangen.

Wir suchen engagierte, erfahrene BetreiberInnen (Pächter) für Kiezcafé Galerie in Berlin 19, auch vegetarische Kost.
☎ (030) 321 26 80
täglich 8 bis 21 Uhr

Zum Jahresbeginn 1989 startet unser Qualifizierungsprojekt im Bereich Denkmalsanierung mit 20 Jugendlichen.
Zur Unterstützung unseres Fachkräfteteams stellen wir hierzu als Anleiter ein:
1 Zimmerer, 1 Maurer, 1 Putzer, 1 Schreiner
Die Kollegen können durchaus älter sein! Wir legen mehr Wert auf besonnene Anleitung und Kooperationsfähigkeit, als auf jugendliche Dynamik und körperliche Höchstleistungsfähigkeit. Sie sollten die Bereitschaft zur Wissensvermittlung und -aneignung, Interesse an einer Weiterqualifizierung im Denkmalbereich und Freude an der Arbeit mit jungen Leuten besitzen. Interessenten richten ihre Bewerbung bitte an:
Organisation Jugendliche Arbeitslose e.V.
Alexanderstr. 69-71
5100 Aachen

Im Fairsicherungsladen Ffm ist ab Jan. '89 eine Stelle frei! Bewerben sollten sich aber nur Menschen mit Ausbildung im Versicherungs-Gewerbe u. mögl. mehrjähriger Berufserfahrung (Sachversicherung u. Schadensbearb.). 20 Std./Gehalt n. V.
Fairsicherungsladen
☎ (069) 494 05 57

Kleiner Handwerksbetrieb in Nürnberg **sucht Maler- und Lackiermeister** (möglichst als Teilhaber). Wir haben zu bieten: Flexible Arbeitszeit, vielfältige Arbeitsbereiche, guter Verdienst.
D. Nees, Breitenlohe 9
8541 Bü chenbach
☎ (09171) 16 39

Jobsuche

Frau sucht Betätigungsfeld im org./finanz. Bereich. Mein Herz schlägt für die Selbstverwaltung. NRW/HB/HH.
Hedy Gerstung
Pfalzburger Str. 29
1000 Berlin 31
☎ (030) 861 29 49

Fachkraft für Arbeitssicherheit sucht freiberufliche Mitarbeit, bietet grundlegende Kenntnisse in allen Bereichen des Arbeitsschutzes. Spez. gefährliche Stoffe.
Friedolf Strube
Haus Nr. 31
2812 Hoyerhagen Nr. 31
☎ (04251) 75 95

Wohnen

CONTRASTE-Mitarbeiterin sucht sofort und dringend ein Zimmer in Berlin – auch vorübergehend.
☎ 693 53 51

Verkäufe

Grafische Betriebe

Verk. **Druckerei:** Heidelberger Tiegel, 2 R40 SY, R30 u. R20 mit Pudereinr., Reprokamera, Kopierrahmen usw.
☎ (030) 65 39 10

Wir verkaufen **Thomas Collators** mit 12 Sammelstationen für Formate von DIN A5 bis DIN A3 incl. angeschossenem Falz- und Heftaggregat.
Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
☎ (06151) 37 39 86

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ **(06221) 1 34 02**

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben. zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-,Abonnenten-oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 61, Wolfgang Krösken, Freiligrathstr. 12, ☎ **(030) 691 99 22; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; 2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ **(0421) 7 20 93; 5300 Bonn 1,** Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎ **(0228) 21 52 90; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** Petra Inden, Niederurseler Str. 7, ☎ **(06171) 7 80 11; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10,** ☎ **(0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ **(06221) 1 34 02; 7053 Stetten,** Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ **(07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ **(0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien,** Sabine Kotler, Heinestr. 35/25, ☎ **(0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1014BA Amsterdam,** Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Kabelweg 51, ☎ **(0031) 20 84 36 95**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ **(030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur: 2000 Hamburg 13,** AG Stadtteilkultur e.V., Barbara Brüggmann, Bornstr. 12, ☎ **(040) 44 23 28; 7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ **(07071) 4 33 41; Genossenschaften: 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ **(089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ **(05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück,** Hermann Cropp, Postfach 1641.

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag; Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Regina Engel, Kantstr. 10, 3500 Kassel ☎ **(0561) 2 28 38; (Nicht für Kleinanzeigen!)** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; **Satz:** auf TEXTLINE- System; **Ausgabe:** Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ **(06221) 1 34 02**

Vertrieb:
☎ **(06221) 16 24 67**

Tübinger Studentenwerk e.V.

Die demokratische Selbsthilfeeinrichtung an der Ernst-Bloch-Universität Tübingen

Wir sind ein gemeinnütziger Verein zur sozialen Betreuung von Studierenden in Tübingen und Reutlingen.

Wir unterhalten Wohnheime, eine Fahrschule, Kneipen, eine Druckerei u.a.

Unser Jahresumsatz beträgt ca. 3 Mio. Mark, in den Wirtschaftsbetrieben arbeiten rund 100 meist Teilzeitbeschäftigte.

Zum nächstmöglichen Termin suchen wir

eine/n Geschäftsführer/in
als Ganztagskraft

Vergütung in Anlehnung an BAT

Aussagekräftige Bewerbungen bitte bis 22.12. an die Verwaltung Studentenwerk e.V., Rümelinstr. 8, 7400 Tübingen

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen
(32 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM**
(jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM**
(jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankierten Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos immer im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.

Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

KLEINANZEIGEN

SCHNIPSEL

Tagungen ... Seminare ... Treffen

Europa gegen den Strom

Vom 15.-17. September 1989 soll in Amsterdam ein Festival alternativer,unabhängiger und radikaler Informationsträger stattfinden. Initiatoren dieses Festival sind MedienmacherInnen aus den Niederlande, die die Vielfalt europäischer Medienproduktion zusammen bringen wollen. Geplant ist u.a., eine Ausstellung unabhängiger Graphischer Produkte: 1968-1988. Performance,eine europäische Radio-Kette, Vorträge und Debatten,lokale Fernsehübertragungen, kulturelle und musikalische Vorführungen und vieles mehr. Den Höhepunkt des Festivals bildet eine internationale Messe. Drei Tage soll die Messe nach den Wünschen der Veranstalter ein Forum sein, auf dem Material,Wissen,Ideen und Informationen ausgetauscht werden können: Das Andere Europa in Bewegung und überschaubar gemacht. Wer an dem Festival teilnehmen will, wende sich bitte an: Stiftung Europa gegen den Strom Erik Niewwendijk/Eef Vermeij Verversestraat 26 NL-1011 JA Amsterdam ☎ 0031-20-203570

Lern=werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- oder Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knappe 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.

Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Wochenendseminare

Umweltschonende Heizsysteme
13. bis 15. Januar 1989
Wintergärten und Anlehngewächshäuser
27. bs 29. Januar 1989
Solarelektrische Stromversorgung
3. bis 5. Februar 1989
Heißes Wasser von der Sonne
10. bis 12. Februar 1989

Bildungsurlaube

Ökologisch orientierte Kommunalplanung
13. bis 17. Februar 1989
Ökologie und Pädagogik
19. bis 24. Februar 1989
Programmbroschüre & Anmeldung siehe obenstehende Anschrift

Geschichte, Gegenwart und Zukunft linker Printmedien

Treffen linker/alternativer Autoren, Verlage, Vertriebe, Vertreter, Buchhandlungen, Satzbetriebe, Druckereien.

Vom 16. bis 20. Januar 1989 im Tagungshaus „Alb-Garten", 7933 Schelklingen-Hausen (Nähe Ulm).

Information & Anmeldung:
Alb-Garten
z. Hd. H. Zimmermann
Langengasse 25
7933 Schelklingen-Hausen
☎ (07394) 6 86

ZEPRA

„Der Arbeitsbegriff – im Wandel?!"

Auswirkungen und Perspektiven veränderter Einstellung zur Arbeit in- und außerhalb des Erwerbssystems.

ZEPRA – *Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene* in Niedersachsen vom 14. bis 16. Dezember in der Ev. Akademie Loccum.

Themen:
Mittwoch: „Der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen" (Luther)
„Gebrauchswert der Arbeitskraft – Tauschwert des Lebens"
Donnerstag: „High Tec – Technik der Befreiung? Strukturwandel, Rationalisierungsentwicklung und die Zukunft der industriellen Arbeit"
„Der Arbeitsbegriff in der psychoanalytischen Sozialpsychologie"
Freitag: „Wege ins Paradies? – Die Alternativdiskussion der achtziger Jahre. Überlegungen zur Wegbereitung für einen neuen Arbeitsbegriff"
u.a.

Information & Anmeldung:
Arbeitslosenzentrum Hannover
Helmut Metzger
Lange Laube 22
3000 Hannover 1

ISO

Kollektives Managment „WAS TUN"

Das kennt jeder: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: - Arbeiten werden doppelt erledigt - Besprechungen dauern endlos - einige werden zu Machern -
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt ihr Eure Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen, optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.
Termin: 10. bis 12. März 1989
Information & Anmeldung:
ISO c/o M. Paulini
Bachstr. 22
6100 Darmstadt

FAPRIK

Handelsbetrieb für baubiologische Produkte Beratung und Verkauf

Intensivwochenende in Textverarbeitung

Einführungsseminar in Word 4.0
Termine:
10./11.12.1988
und 21./22.01.1989
jeweils vier Stunden/Tag,
Gebühr DM 100,–
Anmeldung:
C. Engelskirchen, M. Beskow
c/o Faprik
Im großen Ahl 35
6050 Offenbach
☎ (069) 86 99 35
oder 86 57 57

Kongreß: Radikale Wohnungspolitik gegen Wohnungsnot und Spekulation

Am 4./5. März 1989 in Berlin
An diesem Wochenende soll ein Erfahrungsaustausch zwischen wohnungspolitischen Gruppen und teilweise bedrohten Projekten stattfinden. Wir möchten eine Koordinations- und Perspektivdiskussion initiieren, Wege aus der Defensive finden, in die die Bewegung zumindest in Berlin geraten ist.
Für dieses Treffen bitten wir um Vorschläge für Arbeitsgruppenthemen und um eine Vorinformation, in welchem Umfang ihr teilnehmen wollt, um die Dimensionen der Veranstaltung grob planen zu können.
Schickt uns auch Informationsmaterial, daß zur Vorbereitung dienen könnte.
Arbeitskreis Berliner Selbsthilfegruppen im Altbau e.V.
Liegnitzer Str. 18
1000 Berlin 36
☎ (030) 611 57 53

Mikroelektronik

Vortrag an der Uni Köln, Erziehungswiss. Fakultät, Gronewaldstr. 2, am Freitag 9.12., 14 Uhr von Stephen Wood (London School of Economics) zum **Thema: „Post-Fordism – the changing nature of labour beyond Mass-production and Flexibility".**
Der Vortrag gibt einen Überblick zur aktuellen Diskussion über die durch Mikroelektronikeinsatz und strukturelle Änderungen im Produktions- und Dienstleistungsbereich ausgelösten Veränderungen industrieller Arbeitsformen. Kritisch hinterfragt wird insbesondere die in jüngster Zeit zunehmend postulierte These einer Abkehr von den Massenproduktionsverfahren, die verbunden sei mit einer Aufwertung und Verantwortungsanreicherung abhängiger menschlicher Arbeit (Stichwort: Kern/-Schuman-Debatte): Stellt diese Form der Flexibilisierung von Arbeit tatsächlich ein dominantes Entwicklungsmuster dar oder sind (auch) ganz andere, in ihren Auswirkungen nicht notwendigerweise positive Trends zu beobachten und für die Zukunft weiterhin zu erwarten?

Arbeitsschutz

Arbeitsschutz in der BRD und betrieblicher Alltag. Gruppenarbeit vom 20. bis 24. Februar 1989 im Eine-Welt-Laden, Bahnhofstr. 16, 2847 Barnstorf. Vollwertkost 148 DM.
☎ (04251) 75 95

Das Tagungshaus

17 Betten, volle Verpflegung. Wir verschicken Infomaterial.
Gut Kragenhof
Betrieb für
org. biol. Landbau
3513 Stauffenberg
bei Kassel
☎ *(05543) 7 82*

AG SPAK

Forum der Behinderten und Krüppelinitiativen

Sterilisation von Behinderten
vom 9. bis 11.12.1988, Oberwesel
Information & Anmeldung:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

Übergreifende Tagungen

Frauenseminar: Frauen und Sozialarbeit
vom 14. bis 18.12.1988, Bahnhof Göhrde/Lüneburger Heide
Information & Anmeldung:
Bahnhof Göhrde
2121 Nahrendorf/Breese

Freiheit stirbt mit „Sicherheit"

Kongreß in Köln vom 9. bis 11. Dezember 1988. **Freitag, 18.30 Uhr:** „40 Jahre Grundgesetz - 40 Jahre soziale Bewegung und staatliche Reaktion".
Samstag, ab 9.30 Uhr: Arbeitskreise zu den folgenden Themen: Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit - Gesinnungsstrafrecht, Denkverbote, politische Justiz - Neue Taktiken der Polizei - Geheimdienste und Polizei im Zwielicht, Sicherheit contra Datenschutz - Zivil-militärische Zusammenarbeit - Soziale Erfassung - Verkabelung der Sinne, Zugriff aufs Denken - Gen- und Reprotechniken, Neue Technik für Formen von Herrschaft - Repression und Selektion in der Arbeitswelt - Politik der „inneren Sicherheit" und Patriarchat
Foren ab 16 Uhr: Parlamentarismus, entwickeln oder überwinden? - Frauenbewegung, autonom oder auf dem Weg zur Staatsfixierung? - Basisdemokratie, elementarer Bestandteil linker Demokratie? - Wirtschaftsdemokratie: Folge oder Voraussetzung einer demokratischen Gesellschaft? Sicherheit als legitimes Interesse des Individuums?
Sonntag, vormittag: Plenumsdiskussion: „Wege aus dem Höllenschlund - demokratische Zukunftsvorstellungen"

Information & Anmeldung:
Kongressbüro „Freiheit stirbt mit 'Sicherheit'", c/o freiraum, Reuterstr. 185, 5300 Bonn 1

Ökobank:

links einsteigen oder rechts liegen lassen?

Die Ökobank ist Entwicklungsbank, Motor einer neu entstehenden „Wirtschaft von unten", mit der wir diese Gesellschaft verändern (Verein der Freunde und Förderer der Ökobank e.V., Info Sept. '85).

Viele Vorgänge in der Vergangenheit belegen, daß eine Wiederbelebung der der Ökobank zugrundeliegenden Idee dringend notwendig ist. Dies kann man aber weder von rechts noch von links aufsetzen, dies erfolgt nur **über ein Einmischen der Genossen an der Basis.** Es ist ein Unding, daß ein Wahlausschuß mit sehr düsterer Legitimation es in der Hand hat, aus den Meldungen für die VertreterInnenversammlung nach Gutdünken eine Einheitsliste aufzustellen. Über die Kandidaten sollte in der Region entschieden werden, wo die Leute bekannt bzw. kennen zu lernen sind. Wir wollen von daher der Einheitsliste mit einer Aufstellung der Menschen begegnen, die nicht bereit sind, sich dem *Frankfurter Ausschuß zu unterwerfen.*

Weiterhin wollen wir der Entwicklung entgegenwirken, **daß sich Personen begründeter Kritik an der Bank enthalten, weil sie befürchten, ihren Betrieben als Kreditnehmer entstehen dadurch Nachteile.** Seit Auflösung des Vereins *gibt* es kein, die Ökobank legitim begleitendes Organ. Mit einer Zentrale, die einzig nach ihrer politischen Ausrichtung die Arbeit in den Regionen hemmt, wird die Ökobank bald zu einer Bank wie jede andere, die aus **dem guten Gewissen der Anleger nur noch Kapital schlägt.**

Wir wollen darauf einwirken, Risikokapital, Zinsverzichtssummen und Unterstützung in anderer Form aufzubieten für tatsächlich gesellschaftsverändernde Projekte. Prinzipiell sollte durch Zinsverzicht angefallenes Verfügungskapital immer die Option beinhalten, erstmal gesellschaftlich brisante Aktionen zu unterstützen.

Füllen wir die Forderung nach einem „alternativen unbequemen Projekt" (Jörg Weber) wieder mit Leben. Denn seit der Gründung der Bank ist das Projekt alles andere als unbequem und macht es sich in Frankfurt gemütlich. Fangen wir damit an, Transparenz zu schaffen zwischen Mittelherkunft und -verwendung. **Wir können wenigstens versuchen, nicht banküblich zu handeln.**

Weitere Postkarten zur Ökobank-VertreterInnen-Wahl bis zum 28. Februar 1989 mit dem Satz „Ich unterstütze die Basisliste", und der Mitteilung, ob ihr selber kandidieren wollt, an die Koordinationsstelle Petra Inden, Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel 5, Tel. (06171) 7 80 11

Die Basisliste wird inzwischen von 22 GenossInnen unterstützt (Stand 15.11.1988)

Petra Inden, für die Basisliste in Vorbereitung

NACH DEM WIRBELSTURM

NICARAGUA BENÖTIGT UNSERE GANZE HILFE

Der Wirbelsturm „Joan" hat in Nicaragua bisher etwa 50 Tote gefordert. Mehr als 500 Menschen werden vermißt. Der Sturm hat schwerste Verwüstungen angerichtet. Die Stadt „Bluefields" wurde dem Erdboden gleichgemacht. Von vielen weiteren Orten sind ähnliche Verwüstungen bekannt.

Wegen der Überschwemmungen und des Trinkwassermangels muß in mehreren Landesteilen mit Epidemien gerechnet werden. Weil viele Lebensmittellager dem Sturm zum Opfer fielen, wird sich die Ernährungssituation in Nicaragua dramatisch verschlechtern.

Der Hurrikan hat die Entwicklung des kleinen Landes um Jahre zurückgeworfen: dies in einer Situation, in der Nicaragua durch den von den USA finanzierten und gelenkten Contra-Söldner-Krieg schon seit einiger Zeit in einer zugespitzten wirtschaftlichen Notsituation leben muß.

500000 Einwohner, etwa ⅙ der Gesamtbevölkerung, sind jetzt durch den Sturm ohne Obdach. Die in den letzten Jahren neuaufgebauten Schulen, Gesundheitseinrichtungen und wichtige Brücken sind in den besonders stark getroffenen Landesteilen vernichtet worden. Ein erheblicher Teil der anstehenden Kaffee- und Baumwollernte wurde zerstört.

Nur Dank der Bemühungen der nicaraguanischen Regierung, die besonders stark gefährdeten Menschen rechtzeitig vorab zu evakuieren, ist die Zahl der Todesopfer nicht noch größer.

WIR RUFEN DIE MENSCHEN IN DER BUNDESREPUBLIK AUF, DEN UNTEN GENANNTEN KONTEN GELD FÜR DRINGENDE SOFORTHILFEMASSNAHMEN ZUR VERFÜGUNG ZU STELLEN:

Die Bundesregierung fordern wir auf, unbürokratisch umfangreiche und bedingungslose Soforthilfe zu leisten. Darüber hinaus fordern wir die Freigabe der seit 1981 eingefrorenen Entwicklungshilfegelder (40 Mio DM) sowie Hilfe für den Wiederaufbau nach der Zerstörung durch den Hurrikan.

Kommunen, Kirchen, Verbände und Gruppen fordern wir dazu auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Nicaragua schnell Hilfe zukommen zu lassen.

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA e.V.
Konto 9767 38, Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00

medico international e.V.
Konto 18 00, Stadtsparkasse Frankfurt, BLZ 500 501 02 oder Postgiro 6999-508

Christl. Initiative Romero e.V.
Konto 31122 00, Darlehenskasse Bistum Münster, BLZ 400 602 65

Eirene — Intern. Christl. Friedensdienst,
Konto 709 076 72, Postgiro Ludwigshafen
Stichwort Hurrikanhilfe

Frankfurt, Wuppertal, Münster, Neuwied, den 24. Oktober 1988

Dieser Aufruf wurde unterzeichnet von:
[illegible]

V.i.S.d.P.: Hans Branscheidt, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1.

[illegible]

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Name: . . . .
Adresse: . . . .
Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,-- (incl. Versand)

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber: . . . . Geldinst.: . . . .
Konto-Nr.: . . . . BLZ.: . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Unterschrift: . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1,einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr) an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden!